



# Plenarprotokoll

## 49. Sitzung

Kiel, Freitag, 14. Dezember 2001

<b>Sport in Schleswig-Holstein</b> .....	3647	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3672
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1133		Anke Spoorendonk [SSW].....	3675
Antwort der Landesregierung Drucksache 15/1329		Uwe Greve [CDU] .....	3678
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3647	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3679
Sylvia Eisenberg [CDU].....	3649, 3659	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	3680
Dr. Henning Höppner [SPD] .....	3651	<b>Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG - Universitätsklinikum Jahr 2000 -</b> .....	3680
Günther Hildebrand [FDP].....	3652	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1388	
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3654	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3680
Anke Spoorendonk [SSW].....	3657	Jost de Jager [CDU].....	3681
Helmut Plüschau [SPD].....	3659	Jürgen Weber [SPD] .....	3683
Klaus Buß, Innenminister .....	3660	Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3684
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3661	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3685
<b>Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA</b> .....	3661	Anke Spoorendonk [SSW].....	3686
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1433		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung .....	3687
Bericht der Landesregierung		<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst - Gesundheitsdienst-Gesetz (GDG) -</b> .....	3687
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3661		
Jost de Jager [CDU] .....	3664		
Jürgen Weber [SPD] .....	3667		
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3670		

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1045		<b>peutenkammer und zur Änderung des Heilberufegesetzes</b> .....	3703
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozia- lausschusses Drucksache 15/1403		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1319	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1439		Bericht und Beschlussempfehlung des Sozi- alausschusses Drucksache 15/1418	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1457		Wolfgang Baasch [SPD], Berichterstatter .....	3703
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter...	3687	Siegrid Tenor-Alschausky [SPD] .....	3704
Arno Jahner [SPD] .....	3688	Werner Kalinka [CDU] .....	3704
Werner Kalinka [CDU] .....	3689	Dr. Heiner Garg [FDP].....	3705
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3690	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3705
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3691	Silke Hinrichsen [SSW] .....	3705
Silke Hinrichsen [SSW] .....	3693	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, So- ziales, Gesundheit und Verbraucher- schutz.....	3706
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, So- ziales, Gesundheit und Verbraucher- schutz.....	3694	Beschluss: Verabschiedung.....	3706
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1045 2. Annahme des Antrages Drucksache 15/1457.....	3695	<b>Energieeinsparung bei den Landeslieg- schaften</b> .....	3706
<b>Generalplan Küstenschutz - Integriertes Küstenschutzmanagement Schleswig- Holstein 2001</b> .....	3695	Landtagsbeschluss vom 11. Juli 2001 Drucksache 15/1064	
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1075		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1254	
Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 15/1394		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	3707
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1459		Berndt Steincke [CDU] .....	3708
Claus Hopp [CDU], Berichterstatter .....	3695	Renate Gröpel [SPD].....	3709
Wilhelm-Karl Malerius [SPD] .....	3695	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	3710
Jürgen Feddersen [CDU].....	3696	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3711
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] .....	3697	Lars Harms [SSW] .....	3712
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3699	Beschluss: Überweisung an den Finanzaus- schuss und den Umweltausschuss.....	3712
Lars Harms [SSW] .....	3700	<b>Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern</b> .....	3712
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirt- schaft und Tourismus .....	3701	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1071	
Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] .....	3703	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozi- alausschusses Drucksache 15/1364	
Beschluss: Für erledigt erklärt .....	3703	Andreas Beran [SPD], Berichterstatter... ..	3712
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Errichtung einer Psychothera-</b>		Werner Kalinka [CDU] .....	3712, 3716
		Arno Jahner [SPD] .....	3714
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3714
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3715

Silke Hinrichsen [SSW] .....	3716
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3717
Beschluss: Annahme .....	3718
<b>Brandschutz an Kindergärten und Schulen.....</b>	3718
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1402 (neu)	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	3718
<b>Modellversuche in der Drogenpolitik .....</b>	3718
Landtagsbeschluss vom 28. September 2001 Drucksache 15/1238	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1441	
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung ...	3718

\* \* \* \*

#### **Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen eine schönen guten Morgen. Wir wollen jetzt in die weitere Beratung der Tagesordnung eintreten. Bevor ich den Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich zunächst auf der Tribüne Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler der Hebbel-Realschule, Flensburg, begrüßen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich darf Ihnen mitteilen, dass - nach den Mitteilungen der Fraktionen - Herr Abgeordneter Klaus-Dieter Müller und Frau Abgeordnete Brita Schmitz-Hübsch erkrankt sind. Beiden wünschen wir von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Bernd Schröder und Joachim Behm.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

#### **Sport in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1133

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 15/1329

Wenn das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird, erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage für die Landesregierung Frau Kultusministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was fällt Ihnen zu Ihrem eigenen Schulsport ein? Leichtathletik bei Nieselregen, Angst vor dem Flickflack oder dem Reck?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich merke, den Kolleginnen und Kollegen fällt viel ein. Fallen Ihnen der Geruch von muffigen Turnschuhen oder - an die Mädchen gerichtet - fantasievolle Entschuldigungen ein? Es wäre schade, wenn es nur so wäre, weil es mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Sportmuffel aus Ihnen gemacht hätte. Wünschenswerter wäre es natürlich, wenn Sie sich daran erinnerten, dass Sie leidenschaftlich oder auch bis zur Erschöpfung in einer Mannschaft gekämpft, manchmal das Letzte aus sich herausgeholt und gelernt

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

haben, sich selbst etwas zuzutrauen. Überhaupt wäre es wünschenswert, wenn der **Schulsport** eine **Initialzündung für Ihr eigenes aktives Leben** gewesen wäre und zu einem gesunden Umgang mit Ihrem Körper geführt hätte. Liebe Schülerinnen und Schüler, ich hoffe - gerichtet an alle Schülerinnen und Schüler -, dass das erste Szenario heute nicht mehr das wahrscheinliche Szenario ist. Eines ist wohl mit Sicherheit klar, es bedarf immer wieder neuer Anstöße und Initiativen, um den Schulsport ins Blickfeld zu rücken.

Ich glaube, es war daher wichtig, das Jahr 2002 zum Jahr des Schulsports zu erklären, um ihn als zentralen **Bestandteil** von **Bildung** und **Erziehung** verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Das gilt im Interesse der Schüler, aber auch im Interesse der Schüler als künftige Erwachsene. Mir geht es dabei gleichermaßen um Sportlichkeit und Sportsgeist. Sie wissen, dass es um die Fitness und um den allgemeinen Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht zum Besten steht. Die **Defizite** sind zum Teil so groß, dass massive gesundheitliche Probleme entweder schon zu beobachten oder aber zu befürchten sind. Wir werden später über PISA und über den Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Schulleistungen diskutieren. Leider gibt es auch einen Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und körperlicher Gesundheit bei Kindern. Das finde ich genauso bedenklich wie den ersten Befund.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk  
[SSW])

Warnungen von Experten gibt es genügend. Sie scheinen selten auf fruchtbaren Boden zu fallen. Zweifelloso handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist weder regional eingrenzbar noch auf einfache Kausalzusammenhänge zu reduzieren. Der Schulsport ist lediglich ein Baustein innerhalb des großen Gebäudes Gesundheit oder einer umfassenden Gesundheitsdebatte.

Sport und Schulsport stehen aber eigentlich nicht auf der Problemseite der Rechnung, sondern eher auf der Seite der Problemlösungen. Das ist aus zwei Gründen so: Ein Grund ist der **Gesundheitsaspekt**, nämlich Sport im körperlichen Sinne. Der andere Grund steht für mentale und **soziale Schlüsselqualifikationen** wie der Förderung von Strategiefähigkeit, Gemeinschaftsinn, Fairness und Toleranz, von Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Beim Handballspielen lernt man nicht nur, mit Sieg und Niederlage umzugehen. Man lernt auch zu kämpfen, sich durchzubeißen und Allianzen zu schmieden. Vor allem aber lernt man, dass der sportliche Gegner im wirklichen Leben eigentlich ein Freund ist. Schulsport ist im buchstäblichen Sinne

Sport für alle, denn er erreicht ohne Ausnahme alle Kinder und Jugendliche. Er stellt die Weichen für das Gesundheitsbewusstsein des zukünftigen Erwachsenen. Er steht für körperlichen und mentalen Zugewinn.

Der Schulsport kann aber keine Wunder bewirken. Er ist - wie die Sportvereine auch - nur begrenzt in der Lage, gegen **gesellschaftliche Bewegungsarmut** insgesamt anzukämpfen. Dennoch fällt die Saat bei vielen auf fruchtbaren Boden. Bei manchen während, bei manchen erst nach der Schulzeit. Bei manchen erfolgt dies aber auch erst, wenn ihnen als Erwachsene der Rücken wehtut. Dann sind die guten Tipps aus dem Sportunterricht wieder gefragt.

Wie aber steht es um den Schulsport in Schleswig-Holstein? Ich stelle fest: Die **Rahmenbedingungen stimmen**. Mehr noch, in Schleswig-Holstein sind sie besser als in manch anderen Bundesländern.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg  
[CDU])

Wir haben in den vergangenen Jahren konsequent an den Stundentafelwerten von 1981 festgehalten. Frau Eisenberg, in anderen Ländern wurden sie abgebaut. Weiter haben wir am zweiten Aktionsprogramm für den Schulsport von 1985 festgehalten. Ich weiß allerdings: In der täglichen Schulpraxis können die zumeist vorgesehenen drei Sportstunden in der Woche nicht in jedem Einzelfall erteilt werden. Der Anspruch aber sichert die Grundlage für einen umfassenden Sportunterricht. Unsere Lehrpläne sind alle neu oder stehen gerade vor dem Abschluss einer Revision. Sie sind die verbindliche Arbeitsgrundlage für den Sportunterricht. Sie sollen es sein. Ich hoffe, dass dies in der Praxis so ist und dass der Sportunterricht - so wie wir ihn selber noch genossen haben - nicht die Regel ist.

Dieser Unterricht wird umso effizienter sein, je besser es uns gelingt, die Interessen des freien Sports und seiner Vertreter - nämlich des Landessportverbandes und der Spitzenverbände des Sports - mit der schulischen Arbeit zu verknüpfen. Hier stehen wir in Schleswig-Holstein gut da. Ich möchte hier stellvertretend nur die Arbeitsgemeinschaften der Aktion „Schule und Verein“ und den Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ nennen. Die künftigen Ganztagsangebote sollen und werden die Kooperation zwischen Schule und Sport noch weiter verstärken. Mit den Rahmenbedingungen können wir in Schleswig-Holstein auch deswegen zufrieden sein, weil der **Landessportverband** in Schleswig-Holstein eine herausragende Arbeit leistet.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten  
Sylvia Eisenberg [CDU])

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

- Zumindest hier könnten Sie zustimmen und Beifall klatschen. Er hat im Übrigen erheblich zu dem vorliegenden Bericht über den Sport in Schleswig-Holstein beigetragen. Ich finde, dies ist daher eine gute Gelegenheit, die Arbeit zu würdigen. Derzeit ist jeder dritte Schleswig-Holsteiner Mitglied in einem der 2.650 Sportvereine, die im Landessportverband organisiert sind. Mehr als ein Drittel der Mitglieder sind Kinder und Jugendliche. Beide Kurven steigen an. Ich finde, das ist ein äußerst erfreuliches Zeichen. Diese Vereine leisten zunehmend nicht nur Sportarten- und Spartenarbeit, sondern auch **Betreuung** im weitesten Sinne. Sie tun dies weit über das rein Sportliche hinaus. Sie setzen derzeit das neu entwickelte Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ flächendeckend um. Viele Aktive arbeiten ehrenamtlich mit überaus großer Einsatzfreude. Das sind die guten Nachrichten.

Im Getriebe des Schulsports ist natürlich auch Sand. An den Lösungen wird jedoch gearbeitet und muss auch weiter gearbeitet werden. Die Zahl der **Sportlehrkräfte** ist insgesamt ausreichend. Die **Altersstruktur** wirkt sich in diesem Fach aber natürlich besonders ungünstig aus. Gerade im Jahr des Schulsports empfehle ich daher den Schulleitungen, ältere Sportlehrerinnen und -lehrer - soweit sie dies auch wollen - verstärkt in ihren anderen Fächern einzusetzen, damit auf diese Weise jüngere Sportlehrkräfte vorrangig angefordert werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das ist eine Möglichkeit, die die Schulen in der Hand haben. Auch in diesem Bereich wird sich in den nächsten Jahren, bedingt durch Pensionierungszahlen und eine deutliche Verjüngung der Lehrerkollegien, ohnehin ein radikaler Wandel vollziehen. Mit dem Jahr des Schulsports möchte ich vor allem ein generelles Umdenken erreichen. Wir beobachten bundesweit seit Jahren so etwas wie eine **Marginalisierung des Sportunterrichts**. Im Gegensatz zum Mathematikunterricht werden ausgefallene Sportstunden innerhalb des Schulsystems von allen Beteiligten noch am ehesten toleriert. Dies bedeutet eine schleichende Entwertung. Das muss sich ändern. Jede nicht erteilte Sportstunde muss von allen als Verlust empfunden werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Für das Fach Sport ist das eine Riesenchance und eine Herausforderung. Ich hoffe, dass unsere Initiative zum **Jahr des Schulsports 2002**, die von vielen Sponsoren - und ganz besonders vom Landessportverband - dan-

kenswerterweise unterstützt wird, ein Stück weit die Trendwende einleiten kann. Das liegt auch im Interesse der Chancengleichheit. Es dient dazu, der Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und echte Integration, die der Sportunterricht wirklich leisten kann, zu stiften.

Ich bin zuversichtlich, dass es gelingt, im Schulsport zu guten Ergebnissen zu kommen. Das gilt im Hinblick auf die Sportlichkeit ebenso wie im Hinblick auf den Sportsgeist. Ich bin überzeugt davon, dass gute Leistungen im Sport nicht nur das Selbstbewusstsein der Kinder erheblich stärken können, sondern dass es auch positive Auswirkungen auf die Lernfähigkeit geben kann. Auch deshalb ist dieses Thema wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Daher bitte ich Sie um Ihre Mithilfe und vielleicht sogar um Ihr Vorbild, damit unsere Kinder nicht erst spät die Reißleine ziehen und viel zu spät einen sehr beschwerlichen und langen Lauf zu sich selbst antreten müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich Frau Abgeordneter Sylvia Eisenberg das Wort.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, die Analyse des Berichts wird auch von unserer Seite ähnlich sein. Wie voraussehen, ist unsere Bewertung allerdings etwas anders. Das ist die Aufgabe der Opposition und damit muss man leben.

Alle Welt redet von PISA. Auch eben klang diese Studie an. Auf diese Art und Weise verschafft sie der Bildung - hoffentlich nicht nur vorübergehend - die Aufmerksamkeit der Gesellschaft, die sie verdient. Wenn es dem geplanten **Jahr des Schulsports**, das übrigens keine Neuerfindung des Landes Schleswig-Holstein ist, denn in Nordrhein-Westfalen und Hessen gab es das auch schon, in ähnlicher Weise gelingen würde, die Bedeutung und die Notwendigkeit des Schulsports und des Sports allgemein wieder in das Bewusstsein der Beteiligten - der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, der Politiker, der Gesellschaft und der Menschen in Schleswig-Holstein - zu rücken, dann wäre ein wesentliches Ziel erreicht.

Wenn die geplanten Aktionen im nächsten Jahr allerdings nur dafür genutzt werden, die Mängel in der

(Sylvia Eisenberg)

Unterrichtsversorgung im Fach Sport zu verschleiern, so wird dieses Ziel mit Sicherheit nicht erreicht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen unsere Zeit nicht mit Verschleiern verplempern, sondern müssen die erforderlichen **Rahmenbedingungen** anpassen. Wie sieht es denn zurzeit mit dem Sportunterricht in Schleswig-Holstein aus? Der Unterrichtsausfall und das jedenfalls bis 1993/94 noch nachgewiesene Unterrichtsfehl von damals schon rund 7 % im Grundschulbereich - heute liegt dieses Fehl wahrscheinlich wesentlich höher - lassen, für sich gesehen, die Frage zu, wie diese Landesregierung zum Fach Sport steht.

Zunächst zur **Altersstruktur der Sportlehrerinnen und Sportlehrer**: Das durchschnittliche Alter der Sportlehrerinnen und Sportlehrer liegt zwischen 50 und 60. In den nächsten Jahren werden wir einen erheblichen Lehrerberarf vor allen Dingen im Grund- und Hauptschulbereich haben. Ich fordere die Landesregierung hiermit auf, schnellstens erhebliche Anstrengungen zur Werbung auch von Sportlehrern in Gang zu setzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Fach Sport ist das Unterrichtsfach, das von der **Flexibilisierung der Stundentafeln** am meisten betroffen ist. Die Schulkonferenzen entscheiden sich eigenständig unter dem Gesichtspunkt der insgesamt knappen Unterrichtsversorgung zugunsten anderer Fächer häufig gegen den Sportunterricht. Einerseits ist das verständlich, andererseits aber aus pädagogischen und gesundheitspolitischen Aspekten nicht hinnehmbar. Mit dem Hinweis, dass es keine festen Stundentafeln mehr gibt - das steht auf Seite 11 des Berichtes -, zieht sich die Landesregierung aus der Verantwortung für die Bildung insgesamt und in diesem Fall auch für den Schulsport zurück. Nicht nur bezogen auf den Schulsport, sondern auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse von PISA fordere ich die Landesregierung auf, die Stundentafeln für alle Fächer wieder verbindlich festzulegen.

(Beifall bei der CDU)

Betrachten wir unsere Schülerinnen und Schüler: Rund 30 % aller Schülerinnen und Schüler sind zu dick, rund 80 % weisen Haltungsfehler auf; hinzu kommen laut Aussage des Sportlehrerverbandes zunehmend Koordinationsschwierigkeiten und Konzentrationschwächen. Die Ursachen sind unterschiedlich, werden aber übereinstimmend im Wesentlichen auf Bewegungsmangel zurückgeführt. Daraus ergeben sich weit reichende Folgerungen im Hinblick auf spätere gesundheitliche Schäden. Sicher ist der Ruf nach dem

Staat kein Allheilmittel; auch Eltern und Erzieher sind gefordert.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Aber der Staat hat in seiner Zuständigkeit dafür zu sorgen, dass auch im Schulalltag Bewegungsanlässe in Form des Sportunterrichtes geschaffen werden, um so späteren gesundheitlichen Schäden zumindest vorzubeugen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Schulsport in dieser Hinsicht eine der wichtigsten Stunden in der Schule ist. - An dieser Stelle habe ich eigentlich Beifall erwartet!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SSW)

- Wenn wir den Schulsport am Freitagvormittag zur besten Redezeit auf der Tagesordnung haben, dann erwarte ich, dass Sie mit ein bisschen Sportsgeist dabei sind.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU, SPD und SSW)

- Vielen Dank!

Der Bericht zeigt noch etwas Erstaunliches: Schleswig-Holstein ist das einzige unter den 16 Bundesländern, das keine „**sportbetonte Schule**“ besitzt. Ich denke insofern nicht an Hochleistungssport, sondern an eine profilbetonte Schule mit dem Schwerpunkt Sport, von denen es im Bundesgebiet 103, in Schleswig-Holstein aber keine einzige gibt. Die Landesregierung fühlt sich nämlich nicht wirklich zuständig dafür. Ich denke, auch das beweist, dass die Landesregierung - jedenfalls bisher - dem Sport insgesamt einen nur **geringen Stellenwert** zuweist. Ich hoffe, dass die öffentliche Wertschätzung des Schulsportes im nächsten Jahr auch dazu führen wird, dass die Schulträger vor allen Dingen in Ballungsräumen ermutigt werden, den Antrag auf eine profilbetonte Schule mit dem Schwerpunkt Sport zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Vereinssport. Die Programme „Schule und Verein I und II“ sollten, so der Bericht, auch dazu dienen, die **Verbindung zwischen Schule und Vereinssport** herzustellen, gegenseitiges Verständnis zu wecken und die sportlichen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen, aber auch dazu, zukünftige Übungsleiter zu werben. Die angestrebte Verbindung zwischen Schule und Verein scheint offensichtlich nicht so ganz zu klappen, weil die Vereine Schwierigkeiten haben, ihre ehrenamtlichen Übungsleiter in den Schulsport am späten Vormittag oder am frühen Nachmittag einzubinden, und weil die Sportlehrer der Schulen aufgrund der zunehmenden allgemeinen Arbeitsbelastung den Vereinen nicht mehr zur

(Sylvia Eisenberg)

Verfügung stehen. Das angestrebte Ziel, mit diesem Programm auch Übungsleiter aus dem Schulbereich für den Verein zu werben, ist nach meinen Informationen aus den Sportvereinen nicht geglückt. Zwar hat sich die Anzahl der Übungsleiter in den letzten zehn Jahren verdoppelt, allerdings sind auch die Anforderungen an die Vereine gestiegen, die zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben vor allen Dingen gesellschaftspolitische Aspekte wie Jugendarbeit, Integration von jungen Ausländern - „Sport gegen Gewalt“ als Stichwort - und gesundheitspolitische Aufgaben im Bereich der älteren Generation abdecken müssen. Mein ausdrücklicher Dank gilt den Sportvereinen und an der Spitze dem LSV,

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

dass sie sich dieser zusätzlichen Aufgaben, sozusagen als Reparaturbetrieb für die Gesellschaft und für die Gesundheit der Bevölkerung, angenommen haben.

Es bleibt aber die Frage der Werbung um **Übungsleiter**. Das ist sicher nicht die Aufgabe der Landesregierung; das sehe ich ein. Zu überlegen wären aber ein verpflichtendes Praktikum für Sportstudenten im Vereinssport

(Beifall bei der CDU - Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

oder die Einführung eines sozialen Jahres im Bereich des Sportes. Das könnte Abhilfe schaffen und hätte gleichzeitig mehrere positive Effekte für alle Beteiligten.

Es bleibt mir - gerade auch mit Blick auf den Berichtsantrag von Rot-Grün, der uns in der nächsten Landtagstagung beschäftigen wird - der Hinweis, dass die Bewerbung um den Austragungsort von Olympischen Spielen im Jahr 2012 laut Sportpräsident von Richthofen nur dort Erfolg haben wird, wo die Rahmenbedingungen stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Zu diesen **Rahmenbedingungen** gehören auch die Rahmenbedingungen im Schulsport und die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung des Vereinssportes vonseiten der Gesellschaft und der Politik.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und ein Flughafen in Holtenau!)

Herr Buß, Ihre Äußerungen als „selbst ernannter Sportminister“ in der „Landeszeitung“ vom 15. Oktober dieses Jahres, wo Sie in Verbindung mit dem Finanzminister die Absicht äußern, den beiden einzigen großen Fußballvereinen, die es in Schleswig-Holstein gibt, die Schuld für Krawalle aufzubürden und ihnen

die Kosten für Polizeieinsätze in Rechnung zu stellen, ist unter dem Gesichtspunkt der Wertschätzung des Vereinssportes sicherlich kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Sie sollten diese Absicht noch einmal überdenken!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU und dementsprechend die Antwort der Landesregierung konzentrieren sich fast völlig auf den Bereich des Schulsportes. Das, so könnte man sagen, wird der Bedeutung des Sports als Freizeitgestaltung in den Vereinen und als eines der wichtigsten Felder des ehrenamtlichen Engagements in unserer Gesamtgesellschaft nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zu diesem Punkt wird mein Kollege Helmut Plüschau später noch etwas sagen.

Der Zusammenhang zwischen der Arbeit der Schule und der späteren sportlichen Betätigung ist nicht von der Hand zu weisen. Die Voraussetzungen sind dafür in Schleswig-Holstein ausgesprochen günstig. Die Mehrzahl aller **Sporteinrichtungen** wie Sporthallen und Sportplätze sind **Bestandteil unserer Schulen**. Wir wissen, dass Schleswig-Holstein bezogen auf die Gebietsstruktur ausgesprochen kleinteilig ist. Wir haben daher sehr viele kleine Schulen. Aber selbst in diesen kleinen Schulen - ich denke auch an die Gemeinden mit unter 500 Einwohnern - finden wir Sporthallen und Sportplätze, die die Vereinssporttätigkeit in diesen Gebieten überhaupt erst möglich machen.

Die Fragestellung der CDU geht - wie wir das bei vielen Gelegenheiten erleben dürfen - im Vorverständnis davon aus, dass der Schulsport in Quantität und Qualität in Schleswig-Holstein ein defizitärer Bereich sei. Dankenswerterweise hat die Landesregierung diese „Steilvorlage“ genutzt, um mit detailliertem Zahlenmaterial zu belegen, dass - bei allen Problemen, die wir gar nicht wegdiskutieren wollen - gerade der Sportunterricht an unseren Schulen eine wichtige Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass die CDU die Bedeutung des Schulsportes wieder erkannt hat. Ich erinnere mich

(Dr. Henning Höppner)

nämlich, dass die CDU noch vor wenigen Jahren gefordert hat, den Sportunterricht an den Berufsschulen zu streichen.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Der vor wenigen Jahren neu gefasste **Lehrplan** für das Fach Sport hat die Aufgaben des Schulsports umfassend definiert. Sie bestehen nicht nur aus dem Antrainieren motorischer Fertigkeiten, sondern auch aus dem Erwerb sozialer und psychischer Kompetenzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Schüler lernt nicht lediglich, seine eigene Leistungsmöglichkeiten und seine eigenen Grenzen zu erfahren und zu erweitern. Stärker als in anderen Schulfächern wird das Erleben und Verarbeiten von gemeinsamem Erfolg oder Misserfolg geübt.

(Jürgen Weber [SPD]: Besser kann man es nicht sagen!)

Umso wichtiger ist der **Sportunterricht für Kinder und Jugendliche mit körperlichen oder geistigen Behinderungen** - an Sonderschulen ebenso wie in Integrationsmaßnahmen. Mit Recht hebt die Landesregierung das Programm IBIS zur gemeinsamen Unterweisung blinder und sehender Schüler im Sport hervor. Es ist begrüßenswert, dass die Bildungsministerin das kommende Jahr 2002 zum „Jahr des Schulsports“ erklärt hat. Die dazu vorbereitete Broschüre zeigt die Vielfalt der bestehenden Leistungswettbewerbe für Schüler und Lehrer, unter denen ich „Jugend trainiert für Olympia“ hervorheben möchte.

Das schlechte Abschneiden des deutschen Schulsystems in der PISA-Studie hat sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Doch nahezu einhellig war der Ruf nach mehr **Ganztagsangeboten**. Das Land hatte bereits vor der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse beschlossen, ebenfalls im kommenden Jahr in die Mitfinanzierung von Ganztagsangeboten an Schulen einzusteigen. Bei diesen Angeboten werden Sportarbeitsgemeinschaften eine zentrale Rolle einnehmen.

In den nächsten Jahren wird es eine spürbare **Verjüngung des Lehrkörpers** gerade im Fach Sport geben, in dem die Altersgruppe der über 50-Jährigen noch sehr stark vertreten ist. Aber, Frau Kollegin Eisenberg, ich glaube, dass der jetzige Zustand kein Nachteil für die Schülerinnen und Schüler sein muss. Ich denke, wir sollten einmal in die Altersstruktur der Trainerinnen und Trainer im Spitzensportbereich schauen. Es wäre wohl für jede Schulmannschaft ein herausragendes Erlebnis, von einem 60-Jährigen wie etwa Otto Rehagel trainiert zu werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein hat - anders als andere Länder - in den letzten Jahren die **Studentafeln** im Bereich des Sports nicht gekürzt. Es gehört zur erweiterten Mitverantwortung der Schulen, das ihnen zugewiesene Lehrpersonal flexibel einzusetzen.

Ich will an dieser Stelle aber auch klar sagen, dass eine Ausweitung des Sportunterrichts auf Kosten der anderen Schulfächer für uns in der SPD keine Perspektive sein kann. Wir haben den blauen Brief, den die OECD uns in der vergangenen Zeit mit den Ergebnissen von PISA zugeschickt hat, in dieser Hinsicht schon verstanden. Schleswig-Holstein ist ein Bundesland, in dem die Verknüpfung von Schulsport, Breitensport und Leistungssport in vorbildlicher Weise funktioniert. Wir brauchen hier keinen Leistungsvergleich mit anderen Bundesländern scheuen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der einzige Sportler bisher!)

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Sport in Schleswig-Holstein beschränkt sich nicht nur auf die mögliche Ausrichtung der Olympischen Spiele.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Sport in Schleswig-Holstein, das sind tausend **Ehrenamtler**, die in ihrer Freizeit unseren Kindern Spaß an der körperlichen Bewegung, an Geselligkeit und auch ein Bewusstsein für die eigene Gesundheit vermitteln.

Bei den Kindern gilt dazu das Zitat von August Bürger: „Was Hänschen nicht lernt, das lernt Hans nimmermehr.“ Hierbei ist speziell die **Vermittlung von Sozialkompetenz** im Sport gemeint. Wer als Kind und Jugendlicher wettkampfmäßig Sport betreibt, der lernt die Fähigkeit zur kooperativen Zusammenarbeit und zur konkurrenzorientierten Auseinandersetzung, der lernt die Fähigkeit zur angemessenen Verarbeitung von Sieg und Niederlage, der lernt die Fähigkeit zur friedlichen, fairen und argumentativen Konfliktlösung und zur Entwicklung von Regelungen sowie die Bereitschaft, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.



**(Günther Hildebrand)**

All dies sind Fähigkeiten, die im späteren Zusammenleben der Menschen unabdingbar sind. Insofern hat Sport auch **gewaltpräventiven Charakter**. Gerade die Mannschaftssportarten sind es, die die Zusammenarbeit und ein gemeinsames Ziel sowie die Verantwortung für andere vermitteln. Gerade die Einzelsportarten sind es, die das Verlieren in Anstand und mit Respekt vor der Leistung des Gegenübers vermitteln, da bei diesen kein Dritter für die eigene Niederlage verantwortlich gemacht werden kann.

Darüber hinaus lernen Kinder durch sportliche Betätigung bereits die Freude an der körperlichen Bewegung. Regelmäßiger Sport ist außerdem ein Beitrag zur eigenen Gesundheit.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-  
neit-Lücke [FDP])

Eine Verbreiterung von sportlichen Aktivitäten in der Gesellschaft ist darüber hinaus für die **Prävention im Gesundheitswesen** von großer Bedeutung. Erst vorgestern forderte der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, von der Bundesregierung, mehr Druck auf die Kultusminister der Länder auszuüben, den Zusammenhang von Sport und Gesundheit verstärkt in die öffentliche Diskussion zu rücken und dabei auch den Sport von Kindern im Vorschulalter und von Jugendlichen nicht auszuklammern.

Nicht zu vergessen ist die integrative Bedeutung des Sports gerade vor dem Hintergrund des zurzeit intensiv diskutierten Zuwanderungsgesetzes.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk  
[SSW])

- Danke! - Sport hat also auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Dieser Bedeutung muss sich auch der Staat bewusst sein.

Die Große Anfrage der Fraktion der CDU ist vom Schwerpunkt leider nicht mehr als eine Anfrage zur Situation im Schulsport in Schleswig-Holstein.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Dabei geht die Bedeutung des Vereinssports etwas unter. Das ist bedauerlich.

In der Antwort der Landesregierung wird aufgrund der gestellten Fragen gründlich auf die Bedeutung des Sports in den schleswig-holsteinischen Schulen und auch des Sports insgesamt für den Einzelnen und die Gesellschaft eingegangen. Diesen zutreffenden Bemerkungen haben wir nichts hinzuzufügen.

Wenn es allerdings um die Umsetzung der Bedeutung in die Realität geht, bleiben des Öfteren nachvollziehbare Antworten aus. Dabei fällt auf, dass im Rahmen der amtlichen Schulstatistik anscheinend einige

Schwerpunkte so gesetzt wurden, dass negative Bilanzen für die Landesregierung ausbleiben. So erstaunt es mich, dass auf Seite 8 der Antwort der Landesregierung zwar die Zahl der für Sportarbeitsgemeinschaften aufgewendeten Lehrstunden mitgeteilt werden kann, die Anzahl der erteilten Sportstunden in den zurückliegenden Jahren aber von der amtlichen Schulstatistik nicht erfasst wird. Vielleicht liegt es daran, dass sich in den Jahren 1992 bis 1995 - wie nachzulesen ist - das Stundenfehl von 4 % auf über 9 % mehr als verdoppelt hatte. Bei 6,7 % im Jahr 1994 hörte man lieber auf, dies in der amtlichen Statistik festzustellen.

Auf die Frage, ob die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer mit der Lehrbefähigung für den Schulsport ausreicht, die erforderlichen Regelstunden zu erteilen, wird ausgeführt, dass das **Stundenfehl für den Sportunterricht** nicht erfasst wird. Dann aber stellt die Landesregierung merkwürdigerweise fest: „Eine überschlägige Betrachtung lässt den Schluss zu, dass derzeit die erforderlichen Stunden und das mögliche Angebot nach Lehrbefähigung in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen.“ - Das verstehe, wer will!

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten  
Sylvia Eisenberg [CDU])

Interessant war ebenfalls die Statistik über die Entwicklung der voll- und teilzeitbeschäftigten **Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung Sport** an den verschiedenen Schularten im Land von 1994/95 bis 1999/2000: An den Grund- und Hauptschulen ein Minus von 37 Stellen, an den Sonderschulen ein Minus von 14 Stellen, an den Realschulen ein Plus von einer Lehrkraft, an den Gymnasien ein Minus von 26 Stellen, an den Gesamtschulen - nun kommt es! - ein Plus von 35 Stellen. Das macht insgesamt einen Abbau von 41 Stellen aus, deren Inhaber im Sport unterrichten könnten. So viel zum Schwerpunkt Sport in den Schulen bei dieser Landesregierung!

Wie die Landesregierung in ihrem Bericht ausführt, werden zu wenig Sportlehrer ausgebildet, um den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern an den Grund- und Hauptschulen bis 2008 abzudecken. Bereits heute werden Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen „in der Regel“ im Sportunterricht fachadäquat eingesetzt. Ich betone: in der Regel! Es kommt aber auch zu fachfremd erteiltem Sportunterricht. Eine Statistik hierüber - wie sollte es anders sein? - ist hierzu aber nicht vorhanden.

Die Bedeutung des Schulsports für die Landesregierung lässt sich aber auch an der **Altersstruktur** der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen zusammenfassen. Es wurde hier bereits darauf hingewiesen. 54,6 % der Sportlehrerinnen und -lehrer sind 50 Jahre alt und älter. Meine Damen und Herren, auch ich bin

(Günther Hildebrand)

bereits 50 Jahre alt - ich will hier niemanden diskriminieren -

(Heiterkeit)

- ich weiß, jünger aussehend; das ist mir klar -, ich würde es mir allerdings nicht zutrauen, Schülerinnen und Schülern beispielsweise am Barren, Stufenbarren, Reck oder etwas Ähnlichem die einzelnen Übungen tatsächlich vorzuturnen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das müssen Sie auch nicht!)

Frau Ministerin, Sie sprachen eben vom Flickflack. Vielleicht könnten Sie uns einmal präsentieren, wie das aussieht.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Gott sei Dank muss ich das nicht tun!)

Der Schulsport legt die Grundlage für den Sport als **Freizeitaktivität**. Daher schlagen Defizite im Schulsportbereich auch auf den Vereinssport durch. Es reichte der Regierung aber nicht aus, den Schulsport zu vernachlässigen. Auch der **Vereinssport** wurde und wird durch unsinnige Regelungen behindert. Der Klassiker unter diesen Regeln - ich habe ihn schon oft genug benannt - ist das so genannte 630-DM-Gesetz. Auf die Frage, ob der Landesregierung die durchschnittliche Gesamtsumme der sozialversicherungsrechtlichen Abgaben durch das neue 630-DM-Gesetz bekannt sei, wird geantwortet, dass es hierzu keine Erhebungen gebe und zukünftig auch nicht vorgenommen werden. Aber das ist typisch: Gesetze ändern, ohne die Grundlagen zu ermitteln!

(Beifall bei der FDP)

Auf die Frage, ob der Landesregierung bekannt sei, ob und welche Vereine wegen des so genannten 630-DM-Gesetzes ihre Mitgliedsbeiträge erhöhen mussten, wird lapidar mit „Nein“ geantwortet. Ich füge hinzu: Das interessiert die Landesregierung auch nicht.

Eine Große Anfrage mit dem Titel „Sport in Schleswig-Holstein“ hatte ich mir allerdings umfassender vorgestellt, nicht nur hauptsächlich **Schulsport** und etwas Breitensport, sondern zum Beispiel hätten auch der Betriebsport und insbesondere der Spitzensport mit abgefragt werden müssen.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Das liegt am Fragesteller!)

Breitensport und Spitzensport sind zwei Seiten einer Medaille und bedingen einander: Breitensport, der Talente sichtet und fördert, und Spitzensport, der für viele Jugendliche Anreiz schafft, sich sportlich zu betätigen.

Apropos Spitzensport! Im Vergleich zu den anderen Bundesländern wird in Schleswig-Holstein relativ wenig **Spitzensport** geboten, vom Männerhandball mit den drei Bundesligisten einmal abgesehen. Aber selbst hier geht nun die SG Bad Schwartau leider nach Hamburg, weil dort die besseren Voraussetzungen geschaffen sind und es bessere Perspektiven gibt.

(Lothar Hay [SPD]: Wegen der Sponsoren! - Weitere Zurufe von der SPD)

Seid Gründung der Bundesliga im Jahr 1963 gab es im Fußball bei uns noch keinen Erstligisten. Aber das liegt vielleicht auch daran, dass sich Schleswig-Holsteiner schwerer tun, etwas mit Füßen zu treten.

Auch ein Vergleich mit anderen Bundesländern über die Ausstattung und Förderung des Sports wäre ein Hinweis darauf, welchen Stellenwert der Sport bei dieser Landesregierung hat. Ich habe kürzlich mit dem neuen Vorsitzenden des Landessportverbandes gesprochen. Er sagte, er müsse zu seiner eigenen Schande gestehen, dass die **Förderung des Sports** in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern äußerst gering sei und sich Schleswig-Holstein am Ende dieser Liste befinde. Er war immerhin eine ganze Zeit lang selbst dafür verantwortlich. Dieses Eingeständnis musste er machen.

Insofern bleibt als Fazit festzustellen: Worin sind sich die Landesregierung und Winston Churchill einig? - No sports!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Rainer Steenblock das Wort.

(Lothar Hay [SPD]: Endlich mal ein aktiver Sportler!)

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Danke schön! - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hildebrand, wenn Sie den Leistungssport in Schleswig-Holstein nur durch unsere hervorragenden Handballvereine charakterisieren, muss ich Ihnen leider sagen, dass Sie überhaupt keine Ahnung haben, was in diesem Land im Sport tatsächlich los ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn Sie hier auf die Förde gucken, fällt Ihnen vielleicht noch das Segeln ein.

(Beifall bei der FDP)

**(Rainer Steenblock)**

Das ist einer der zentralen Sportbereiche Schleswig-Holsteins.

Wenn Sie sich unsere Seen angucken, würden Sie vielleicht noch ans Rudern denken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch da bieten Schleswig-Holsteiner hervorragende Leistungen.

Sehen Sie sich einmal die deutschen Meister, die Weltmeister, die Europameister aus Schleswig-Holstein an. Es wäre sicherlich hilfreich, zu der Meisterschere des Landessportverbandes zu kommen, Herr Hildebrand. Der Innenminister und der Vorsitzende des Landessportverbandes, Herr Präsident Wienholz, werden Sie sicherlich gern einladen, daran einmal teilzunehmen. Dann erfahren Sie, was in der Breite in diesem Land auch im **Leistungssport** los ist. Ich glaube, dass der Leistungssport ein ganz wichtiger Bestandteil des Sports ist,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

weil wir damit Vorbilder erzeugen, Leute motivieren, in den Breitensport hineinzugehen. Deshalb ergänzen sich Leistungssport und Breitensport auch in Schleswig-Holstein hervorragend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies nur am Rande! Die Große Anfrage der CDU ist eigentlich nicht zu dem Thema „Sport in Schleswig-Holstein“ gestellt worden, sondern konzentriert sich auf den Bereich des **Schulsportes**. Ich finde es auch in Ordnung, wenn man sich auf bestimmte Bereiche konzentriert, weil man diesen dann vernünftig abhandeln kann.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werde ich mich auch darauf beziehen.

Die Lebenswelt unserer Kinder hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Spielräume im doppelten Wortsinn sind für unsere Kinder eher die Ausnahme geworden. Stattdessen werden Kinder in eine konsumorientierte, bewegungsfeindliche Freizeit eingebunden. Es besteht zunehmende Demotorisierung. Die elektronischen Medien tun ihr Übriges zur Einschränkung von Bewegungs- und Spielerfahrungen.

Experten sind sich schon lange darüber einig, dass vielen Kindern und Jugendlichen elementare motorische Fähigkeiten fehlen. Die Aussagen der Mediziner

sind eindeutig: Haltungsschäden, Übergewicht, psychische Störungen, Fitnessmängel, Koordinationsstörungen finden sich in erschreckend hohem Anteil bei Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen. In Zahlen ausgedrückt liest sich das so: 30 % aller Kinder haben heute Übergewicht, 20 % Haltungsschäden, mindestens 15 % - besonders alarmierend! - sind psychisch auffällig.

Vor allem für jüngere Kinder gilt: Wer sich nicht ausreichend bewegt, verpasst wichtige Entwicklungschancen. Aber es sind nicht nur die **Gesundheitsprobleme**, die die Konsequenzen des Bewegungsmangels verdeutlichen. Es geht auch um die Förderung von Intelligenz, Selbstvertrauen und sozialem Verhalten. Nicht zuletzt: Bewegungsangebote können Leistungen in anderen Schulfächern positiv beeinflussen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lothar Hay [SPD], Jutta Schümann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Auch das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt. Ich würde das gern umdrehen. Das zeigt unsere Verantwortung für den Sport. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich ausreichend körperlich zu bilden, werden auch Defizite in den anderen Bereichen haben. Das ist nicht nur ein positiver Effekt, sondern es kann genauso gut ein negativer Effekt sein, dass diejenigen, die nicht die Chancen haben, sich körperlich eine Identität zu bilden, auch in anderen Bereichen Schwierigkeiten haben. Deshalb haben wir in diesem Bereich eine besonders hohe Verantwortung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Schulsport ist - darin sind wir uns einig - im Fächerkanon unseres Schulwesens unverzichtbar. **Körper- und Bewegungserfahrung**, die mit dem Schulsport vermittelt werden, sind wichtige Elemente der **Persönlichkeitsentwicklung**. Das Vertrauen in den eigenen Körper, in die eigene körperliche Leistungsfähigkeit, sind eine ganz wichtige Basis für die Entwicklung einer Identität. Gesundheit und Wohlbefinden bilden sich auf der Grundlage von Lebenszufriedenheit und Lebensqualität. Die Freude, den eigenen Körper zu spüren, seine Belastbarkeit zu testen und ihn zu beherrschen, sind wichtige Aspekte eines positiven Selbstwertgefühls. Die Kinder entwickeln ihre Sinne weiter und stellen fest, dass beharrliches Üben zu Fortschritten führt. Der Schulsport liefert so einen wesentlichen Beitrag zu einer physischen und psychischen Gesundheitserziehung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

**(Raider Steenblock)**

Die Kinder lernen - auch das ist wichtig - über den Sport den Umgang mit Aggressionen, mit Gewalt. Sie lernen verlieren, sie lernen das Zusammenspielen und sie lernen das Gewinnen. Der Sport ist aber auch - das ist ein wichtiger Hinweis auf PISA; in diesem Zusammenhang haben wir das Problem der **Integration** der Migranten angesprochen -, ein hervorragendes Instrument, um die Migranten, die zu uns kommen, in unsere Gesellschaft einzubinden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht nur im Schulsport, aber auch da, haben diese Menschen, die Jugendlichen und die Kinder, die zu uns kommen, die Möglichkeit, sich in Gemeinschaften zu integrieren, mit den anderen zusammen zu kämpfen und gerade ihre Körperlichkeit einzubringen. Deshalb sind all diejenigen, die sich über Integration Gedanken machen, auf den Sport hinzuweisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und  
Anke Spoorendonk [SSW])

Kinder brauchen Bewegung. Deshalb müssen einige der Forderungen, die ich hier noch einmal aufstellen werde, aus unserer Sicht - aus Bündnis/Grüner-Sicht - im Schulsport realisiert werden. Es geht darum, ein **Minimum von drei Sportstunden** für die allgemein bildenden Schulen zu gewährleisten.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg  
[CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es geht auch darum, dass ein regelmäßiger Sportunterricht für die Schülerinnen und Schüler an den **berufsbildenden Schulen** unverzichtbar ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Drittes ist mir ganz besonders wichtig, das ist die zügige Einführung einer **zusätzlichen täglichen Bewegungszeit an allen Grundschulen**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade in diesem Bereich der Grundschulen brauchen wir über den traditionellen Sportunterricht hinaus die Chancen einer pädagogisch motivierten Bewegungszeit. Sie ließe sich hervorragend in den Unterricht integrieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Diskussion hierüber hat begonnen; Frau Erdsiek-Rave hat das schon angesprochen. Es muss natürlich über neue Konzepte nachgedacht werden. Wenn der Schulsport nur unter dem Stichwort: kein Bock auf Bockspringen, realisiert wird und nur noch diejenigen,

die die besten Entschuldigungen haben, die Leistungsträger in der Klasse sind, müssen sich natürlich auch diejenigen, die den Sport in den Schulen zu vertreten haben, Gedanken darüber machen, wie man es anders machen kann.

Der Sport hat ein immenses pädagogisches Potenzial. Es geht nicht nur darum, tatsächlich die körperlichen Übungen zu machen, sondern auch die pädagogischen Implikationen des Sportes zu nutzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Roswitha Strauß  
[CDU])

Hier gibt es hervorragende Chancen, wenn wir sie im Rahmen einer **ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung** nutzen. Deshalb sind auch die Sportwissenschaft und die Sportpädagogik gefordert, neue Ansätze zu finden und neue Sportformen zu integrieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht nur darum, die traditionellen Sportgeräte zu nutzen, sondern ich könnte mir auch vorstellen, andere Bewegungsformen einzuführen. Man könnte im Sportunterricht zum Beispiel Jonglieren oder Tai-Chi lehren. Der Umgang mit dem Körper, die Belastung des Körpers und das Ausprobieren des Körpers muss dabei im Vordergrund stehen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Dafür brauchen wir aber entsprechende Stunden!)

- Ja, wir brauchen diese Stunden. Darüber besteht überhaupt kein Dissens.

Frau Erdsiek-Rave, ich glaube, es wäre ausgesprochen hilfreich, wenn die KMK ihren Widerstand aufgeben würde, eine repräsentative Untersuchung zur aktuellen Situation des Schulsports in Deutschland in Auftrag zu geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke  
[FDP])

Es geht nicht nur um Schleswig-Holstein, sondern wir brauchen diese Grundlage auch in der gesamten Bundesrepublik. Es gibt eine massive Weigerung der KMK, aller Kultusminister. Vielleicht schaffen wir es unter dem Eindruck des Ergebnisses von PISA, hier ein Stück weiterzukommen. Dann hätten wir eine Datengrundlage, aufgrund der wir feststellen können, was wir zusätzlich brauchen und was an Sport ausfällt. Dann können wir neue Akzente setzen.

Zum Schluss möchte ich noch ganz kurz - weil es eigentlich hauptsächlich um Schulsport geht - auf den außerschulischen Sport eingehen. Die zweite Säule des

**(Rainer Steenblock)**

Schulsports bildet der außerunterrichtliche Bereich, der mit der endlich in Schwung gekommenen Ganztagschuldebatte sicherlich eine neue Bedeutung gewinnt. Dadurch haben wir die Chance, im außerschulischen Bereich - gerade in Kooperation mit den Vereinen - neue Angebote für Schülerinnen und Schüler in diesem Freizeitbereich zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der **außerunterrichtliche Schulsport** bildet die Brücke vom Sportunterricht zum Breitensport, der im Wesentlichen von den Vereinen repräsentiert wird. Hier gibt es in Schleswig-Holstein sehr gute Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen. Die Ministerin hat auf unsere Modelle hingewiesen. Ein wichtiger Partner ist der Vereinssport. Er bietet den Schülerinnen und Schülern nicht nur die Möglichkeit, eine große Palette wettkampfgebundener Sportarten zu realisieren, sondern auch freie Spiel- und Sportgelegenheiten kennen zu lernen und auszuüben. Darüber hinaus bietet er - das ist im Vereinssport ganz wichtig - stabile soziale Strukturen, Erfahrungsbereiche, in denen sich Kinder und Jugendliche in der Gruppe, aber auch individuell, wohl fühlen können. Deshalb sind wir alle aufgefordert, dies zu fördern. Deshalb bedanke ich mich auch bei der CDU-Fraktion, dass sie zum Schulsport diese Fragen gestellt und damit die Diskussion ermöglicht hat. Ich bedanke mich aber auch bei der Kultusministerin, die die Initiative ergriffen hat, das nächste Jahr zum **Schulsportjahr** hier in Schleswig-Holstein zu machen. Ich glaube, das ganze Parlament ist aufgefordert, durch unsere aktiven Beiträge in diesem Jahr junge Menschen zu motivieren, Vorbild zu sein und

(Ein Handy klingelt)

- Entschuldigung -, ein Stück weiter die Initiative zu ergreifen.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Es gibt keinen Grund zu tadeln, er hat ja nicht telefoniert!

(Heiterkeit)

Ich erteile jetzt das Wort für den SSW Frau Abgeordneter Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war ein Novum.

Das Jahr 2002 hat die Bildungsministerin zum Jahr des Schulsports in Schleswig-Holstein erklärt. Sie hat sich dazu auch schon geäußert. Das heißt, im kommenden Jahr wird es ganz viele Veranstaltungen zum Thema Schulsport geben und - was noch viel wichtiger ist - es soll sehr viel Sport betrieben werden.

Nun kann man natürlich der Meinung sein, dass mit solchen besonderen Jahren nichts erreicht wird, dass sie eher wie Feiertage wirken, wo es doch auf die Arbeit im Alltag ankommt. Es mag sein, dass das die Erklärung dafür ist, dass sich die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Sport in Schleswig-Holstein weniger mit Projekten oder mit der Bewertung von Projekten befasst als mit dem Abfragen von Strukturen. Hinzu kommt, dass sich sechs von acht Fragenkomplexen mit dem Zusammenhang von Sport und Unterricht auseinander setzen. Es geht um Lehrpläne, um Unterrichtsausfall, um Sport in den verschiedenen Schularten, um Lehreraus- und -fortbildung und um die Förderung von sportlich hoch begabten Schülerinnen und Schülern. Das ist legitim, das kritisiere ich nicht, ich stelle es nur fest.

In den letzten beiden Abschnitten geht es dann um Kooperationen und um verschiedene Aspekte der Verbandsarbeit. Mit anderen Worten, aus der Sicht des SSW wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Problemstellung Sport in Schleswig-Holstein nicht so eng definiert worden wäre.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Jacobs  
[SPD])

Das hatte nämlich zur Folge, dass das herausragende Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ des Landessportverbandes in Zusammenarbeit mit der Landesregierung in der Großen Anfrage völlig unerwähnt geblieben ist. Darüber habe ich mich gewundert, weil das eine Initiative ist, die bundesweit Beachtung gefunden hat.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jutta Schumann [SPD])

Zu Recht wies der damalige Sportpräsident Hans Hansen in der Ausgabe von „Sport News“ im Dezember 2000 darauf hin, dass sich Schleswig-Holstein gern und selbstbewusst als ein weltoffenes und ausländischerfreundliches Land darstellt, dass aber zunehmende Gewaltbereitschaft, rechtsextremistische Ausfälle und gezielte Aktionen gegen Ausländer den Norden der Republik nicht unberührt lassen. Seine Schlussfolgerung daraus lautete:

„Der Sport ist in der aktuellen Situation aufgerufen, seine Stärken und Möglichkeiten

(Anke Spoorendonk)

zum Erhalt der demokratischen Werte aktiv darzustellen und einzusetzen.“

Und er fügt hinzu:

„Die Experten sind sich in ihrem Votum einig: Gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt hilft vor allem Vorbeugung. Diese Erkenntnis ist für den Sport nicht neu - und sie wird durch Handeln umgesetzt. Kinder und Jugendliche lernen in ihrer Sozialisation durch eigenes Erleben und durch ihre Vorbilder. Eigenes Erleben im Sport heißt, die Integration eines ausländischen Kindes als normalen Prozess wahrzunehmen, wenn es das erste Tor für die eigene Mannschaft schießt. Und Lernen über das Vorbild? - Untersuchungen belegen, dass prägende Autoritäten immer seltener in den Eltern oder Pädagogen gesehen werden, sondern deren Rolle zunehmend durch ehrenamtlich wirkende Übungsleiter und Betreuer eingenommen wird. Im Sport - langfristig angelegt - können Brücken des Vertrauens als wesentliche Bausteine sinnvoller Vorbeugung gebildet werden.“

Das war ein langes Zitat, aber ich denke, treffender kann nicht gesagt werden, was der Kern des Projektes **Sport gegen Gewalt** ist. Es würde zu weit führen, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Doch lassen Sie mich noch in Erinnerung rufen, dass dieses LSV-Projekt bereits seit 1994 existiert. Es sollte letztes Jahr auslaufen, wird aber nun als unbefristetes Programm weiterlaufen. Das bedeutet - es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen -, dass mittlerweile über 2.000 Jugendliche in mehr als 80 Gruppen - unter ihnen auch ganz viele Jugendliche aus Migrantenfamilien - betreut werden. In einer wissenschaftlichen Studie der Kieler Universität ist zudem nachgewiesen worden, dass das Projekt auch wirklich seine kritische Zielgruppe erreicht.

Das Bestechende an der Konzeption ist erstens die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, das heißt, mit den Schulen, den Kirchen, den Trägern der Jugendhilfe, den Gewerkschaften, der Polizei und den Kommunen. Zweitens werden dadurch die Kinder und Jugendlichen aktiviert, die nicht oder vielleicht noch nicht Teil des Systems, das heißt, Mitglied eines Sportverbandes oder Sportvereins sind. Neben der Präventionsarbeit wird dadurch also auch ein Stück Erziehung zur Demokratie geleistet. Ich finde, das ist bemerkenswert und muss erwähnt werden, wenn es in einer Großen Anfrage um Sport in Schleswig-Holstein geht.

(Beifall beim SSW)

Dieser Ansatz ist mir auch sehr wichtig - das ist heute schon gesagt worden - im Hinblick auf die **Rahmenbedingungen** für viele Kinder und Jugendliche. Die Antwort auf die Große Anfrage gibt dazu einige Anhaltspunkte. Die Kinder und Jugendlichen sitzen nämlich bis zu zehn Stunden täglich in der Schule, vor dem Fernseher oder vor dem PC. Die Folgen sind - auch das haben wir schon gehört - Haltungsfehler, Übergewicht, Koordinationsschwächen und - wie es heißt - „eine deutliche Zunahme im Bereich Depression und Aggression“. Vor diesem Hintergrund ist das Projekt Sport gegen Gewalt ein voller Erfolg.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wie schon gesagt, befasst sich die Große Anfrage der CDU-Fraktion in erster Linie mit dem Thema **Sport in der Schule**. Das ist legitim, das begrüßen wir auch. Wir begrüßen aber auch, dass die Landesregierung ausdrücklich hervorhebt, dass weder der Vereinssport noch Sportarbeitsgemeinschaften den Sportunterricht der Schule ersetzen können. Der Sportunterricht wird in den kommenden Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Darin sind sich die Experten einig - nicht zuletzt auch, weil es erwiesen ist, dass **Defizite in der Motorik** der Kinder ihre Lernfähigkeit beeinträchtigen. Viele Lehrerinnen und Lehrer wissen ein Lied davon zu singen, dass die Kinder montags dazu neigen auszurasen, weil sie am Wochenende viel zu wenig Bewegung bekommen haben. Hinzu kommt, dass eine wachsende Anzahl von Kindern aus motorischen Gründen Lernschwächen aufweist. Das heißt, für die Aus- und Fortbildung von Sportlehrern müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Antwort auf die Große Anfrage macht deutlich, wie die Situation des Sportunterrichts ist. Die Einzelheiten lasse ich jetzt weg, darauf können wir gegebenenfalls im Ausschuss eingehen. Wesentlich finde ich, dass sie auch einen Überblick darüber vermittelt, was in den letzten Jahren im Bereich **Sport für behinderte Kinder** und Jugendliche gemacht worden ist. Es war beeindruckend, das zu lesen.

Ich bleibe aber dabei, dass ich mir insgesamt eine andere Gewichtung der Fragestellung gewünscht hätte. Schade, dass das nicht dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Helmut Plüschau.

**Helmut Plüschau** [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Sportlerinnen- und Sportlerkollegen! Der Titel der Großen Anfrage der CDU zum Sport in Schleswig-Holstein hätte korrekt lauten müssen: Schulsport in Schleswig-Holstein. Nur neun von 43 Seiten berühren den Vereins-, Spitzen- und Breitensport in seiner großen Vielfaltigkeit. Der immer bedeutender werdende kommerzielle Sport ist überhaupt keiner Frage wert. Wenn Sie sich einmal im Lande umschauen, welchen Boom er dort ausgelöst hat, werden Sie erstaunt sein.

(Unruhe)

Es scheint, als habe der Fragesteller nicht wahrgenommen, dass der **Vereinsport** in die Autonomie des LSV fällt. Sonst hätte man nicht die Landesregierung gefragt, die diese Fragen dankenswerterweise an den LSV weitergeleitet hat.

Ich danke übrigens auch dem Kollegen Steenblock dafür, dass er dem Kollegen Hildebrand ein wenig Nachhilfeunterricht in der Bedeutung des Breiten- und Spitzensports in Schleswig-Holstein gegeben hat. Die größte Bürgerbewegung in diesem Lande mit fast 1 Million Mitgliedern hat eine umfassende Würdigung verdient.

(Beifall bei SPD und SSW)

Senioren, Integration, Behindertensport, Sport gegen Gewalt und Sport und Umwelt haben eine so große Bedeutung im LSV gewonnen, dass er es wirklich einmal verdient hätte, gewürdigt zu werden.

(Minister Klaus Müller: Das stimmt!)

Die am 3. Dezember stattgefundene Sportlerehrung - sie hätten einmal dabei sein müssen, Herr Hildebrand, als der Sportminister und der Präsident die **Spitzensportler** geehrt haben, hat verdeutlicht, was wir für hervorragende Sportlerinnen und Sportler haben. Im Rudern und im Behindertensport stellen wir Weltmeister. Das haben Sie ausgeblendet, weil Sie weit vom Schuss sind. Natürlich stehen im Lande die traditionellen Sportarten im Vordergrund: Handball, Segeln, Reiten, Rudern, Rollsport. Dass wir im Wintersport keine Rolle spielen, versteht sich beim Bungsberg von selbst.

Kaum wahrgenommen wird, dass im Lande Schleswig-Holstein die Golfsportvereine auf nationaler Ebene eine große Rolle spielen.

(Zurufe)

Wir stellen hier im Jugendbereich mehrere deutsche Meister. In Dänemark ist Golf sogar Schulsport.

Auf Seite 36 des Berichts wird nach der **Talentförderung** gefragt. Wohin zielt diese Frage? Denken Sie an die Kaderschmieden nach dem Muster des verblichenen Ostblocks, die zum Ruhme des Nationalstaates und seiner Leistungsfähigkeit erhalten mussten? - „Wehret den Anfängen!“ kann ich nur sagen. Lasst es dort, wo es bisher gut organisiert ist: Beim LSV und den Sportverbänden! Unsere Sportverbände sind in ihrer Autonomie auf dem richtigen Wege.

Die Initiative zur Integration der Talente aus dem Schulsport hin zur Leistung geht oft deckungsgleich ineinander über. Die Übungsleiter in den Sportvereinen werden oft aus dem Schulsport gestellt beziehungsweise es sind Lehrer.

Ich möchte einmal aus meinem engeren Bereich berichten, dass zum Beispiel in meiner Heimatstadt der SC Rist Wedel - das wird in Kiel, Flensburg, Schleswig oder sonst wo kaum wahrgenommen - in der ersten Bundesliga des Damenbasketballs spielt und den Pokal gewonnen hat,

(Beifall)

dass die erste Herrenmannschaft in die erste Bundesliga hätte aufsteigen können, wenn das Geld und Sponsoren vorhanden gewesen wären. Hamburg rechnet den SC Rist Wedel übrigens zu seinem Bereich und würdigt ihn im „Hamburger Abendblatt“ und allen überregionalen Blättern.

(Zurufe: Unerhört!)

Es wird der Bedeutung des Sports aus diesem Bericht heraus nicht gerecht, wenn man bei der verkürzten Fragestellung bleibt. Daher rege ich an, die Leistungen des LSV, der Sportverbände und der Sport Treibenden in einem umfassenden Angebot auf den Weg zu bringen und fortzuschreiben, um zu dokumentieren, dass der Sport in Schleswig-Holstein eine hervorragende Rolle spielt. Packen wir es an! Wir sind dabei.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Sylvia Eisenberg.

(Zurufe)

**Sylvia Eisenberg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man will, kann man ein Thema auch kaputt reden. Das tut mir ein bisschen Leid für das Thema, um das es geht. Sehr verehrte Frau Spoorendonk, wenn Sie Kritik an

(Sylvia Eisenberg)

der Fragestellung üben, möchte ich Sie, Herrn Plüschau und andere in diesem hohen Hause darauf hinweisen, dass es Ihnen völlig unbenommen ist, weitere, zusätzliche Fragen in diese Richtung zu stellen. Ich freue mich nichtsdestotrotz, dass Sie die Gelegenheit genommen haben, unsere Fragestellungen zu kritisieren. Ich hoffe, dass Sie das entsprechend verändern und vor allem besser machen.

Noch einmal zur Erläuterung, weshalb es hier im Wesentlichen um den **Schulsport** geht. Das ist selbstverständlich, Frau Spoorendonk. Wir als Parlament oder die Landesregierung selbst haben im Wesentlichen Einfluss auf den Schulsport und weniger auf den Vereinssport. Das ist auch gut so. Die Vereine in Schleswig-Holstein brauchen selbstverständlich Unterstützung, ideelle Unterstützung und zum Teil durchaus finanzielle Unterstützung, aber sie brauchen nicht die großen Ratschläge des Staates, die Sie sich vielleicht vorstellen.

Herr Plüschau, der Vergleich mit der DDR ist lachhaft, den können Sie wieder einstecken und vergessen. Darum geht es überhaupt nicht.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Eisenberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Spoorendonk?

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Na, Frau Spoorendonk, muss das sein?

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Na, liebe Frau Kollegin! Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass ich gesagt habe, dass es legitim ist, die Fragen so zu stellen, wie Sie es gemacht haben. Ich bedauerte nur, dass andere Aspekte nicht einbezogen worden sind.

- Die Zeit läuft mir weg, Frau Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Das Projekt Sport gegen Gewalt ist mehr als Vereinssport. Ist Ihnen das bekannt?

- Natürlich ist mir das bekannt. Wenn das die Frage sein sollte - die kann ich sehr schnell beantworten: Ja.

Ich habe deswegen konsequent nach dem Schulsport gefragt. Das betrifft auch die **Altersstruktur**, Herr Höppner. Sie vergleichen ein Stück Äpfel mit Birnen. Sie können nicht Rehagel, der Spitzensportler im Bereich der Erwachsenen trainiert, mit Sportlehrern ver-

gleichen, die 6- bis 10-Jährigen Sportunterricht geben. Der Vergleich hinkt und ist falsch.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine angeregte Diskussion im Ausschuss. Ich freue mich, dass wir dieses Thema hier angestoßen und Sie so engagiert mitdiskutiert haben.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Buß.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Eisenberg, ich bin der für den Sport zuständige Innenminister. Als Sportminister habe ich mich nie bezeichnet. Das tun allerdings andere. Das kann ich mir nur so erklären: Vielleicht bin ich Ihnen einmal im Traum erschienen und habe gesagt: „Ich bin der Sportminister.“

(Heiterkeit und Zurufe)

Ansonsten werden Sie das nicht erlebt haben. Allerdings fahre ich zur Sportministerkonferenz, ohne Sie zu fragen. Stellen Sie sich das einmal vor!

Sie haben einen Zeitungsartikel zitiert. Ich bin enttäuscht, das ausgerechnet von Ihnen zu hören. Das ist wirklich eine uralte Kamelle. Das habe ich inzwischen öffentlich so oft richtig gestellt, dass es eigentlich auch Sie erreicht haben müsste: Es wird keine Gebühren für die beiden Fußballvereine geben, die Sie erwähnt haben. Das sage ich jetzt ungefähr zum 20. Mal. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das registrierten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort noch zu Herrn Hildebrand! Es ist richtig, dass wir in der **institutionellen Förderung** im Vergleich leider Schlusslicht sind. Das stimmt und ist auch nicht zu beschönigen. Aber es ist spitzenmäßig, was der Landessportverband daraus macht.

(Beifall im ganzen Haus)

Wenn man bedenkt - Frau Spoorendonk hat es freundlicherweise erwähnt -, was wir neben der institutionellen Förderung machen, verlieren wir diesen Platz und liegen gut im Mittelfeld. Wir leisten insgesamt eine gute Arbeit für den Vereins- und Breitensport in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)



**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich gehe davon aus, dass beantragt ist, die Antwort der Landesregierung, Drucksache 15/1329, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur abschließenden Beratung an den zuständigen Kultusausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 a auf:

**Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1433

Bericht der Landesregierung

Mit diesem Antrag wird ein Bericht der Landesregierung erbeten. Für die Berichterstattung durch die Landesregierung erteile ich der Frau Kultusministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Dienstag dieser Woche hatte ich Vertreter der Hauptschulen bei mir zu Gast: Lehrer und Schulleiter von Schulen, die sich in ganz besonderer Weise um die Qualität ihrer Schule bemühen, ihren Schülern Chancen geben wollen, ihnen Ausbildungsplätze, einen vernünftigen Schulabschluss vermitteln, Chancen, die gerade diesen Kindern nicht in die Wiege gelegt werden. Aber auch Schüler standen vor mir, offene, aufgeschlossene, die in den Kategorien der PISA-Studie vermutlich zur Risikogruppe zählen, und fragende, verunsicherte Gesichter machten, als im Gespräch mit den Lehrern von PISA die Rede war. Und nicht minder verunsicherte Lehrer sagten: „Wir tun, was wir können - und dann so ein Ergebnis.“

Ich sage dies zum einen, weil ich überzeugt bin, dass unsere Kinder Talente und Fähigkeiten haben, die PISA nicht abgefragt hat.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich sage dies zum anderen, weil den Lehrern überholte Unterrichtskonzepte und vielleicht auch mangelnde Analysefähigkeit für Schwächen, aber gewiss nicht Unfähigkeit oder mangelndes Engagement bescheinigt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Ich berichte dies, um vor einer Gefahr zu warnen, die ich in der Diskussion durchaus sehe, nämlich der **Gefahr** von **Resignation** oder **Abwehr** statt der gemeinsamen Suche nach Lösungen und der dringenden Analyse der Ursachen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in wenigen Stichworten konzentriert berichten, was die PISA-Studie für Deutschland ergeben hat. Ich setze dabei vieles als bekannt voraus.

Die Fähigkeiten von 15-Jährigen im Lesen, in Mathematik, in den Naturwissenschaften liegen unter dem OECD-Durchschnitt, das heißt unter dem Durchschnitt aller Industrieländer. Die Schwächen zeigen sich dabei besonders bei den Aufgaben, die eben nicht mit schematischem Routinewissen zu lösen sind. Wenn Sie sich die Aufgabenstellungen einmal angucken - eine Palette der Aufgaben ist heute im „Flensburger Tageblatt“ veröffentlicht -, werden Sie dies ganz leicht feststellen.

Ein ebenso dramatischer Befund: 42 % der Schülerinnen und Schüler lesen in ihrer Freizeit nur, wenn sie es unbedingt müssen. Kein anderes Land hat eine so dramatische Quote. Ein Viertel der Getesteten erreichten in Mathematik maximal die niedrigste Kompetenzstufe; in den naturwissenschaftlichen Bereichen waren die Ergebnisse ähnlich schlecht.

Das Leistungsniveau zwischen starken und schwachen Schülern differiert bei uns ganz erheblich. In anderen Ländern gelingt es offensichtlich weit besser, Spitzenleistungen mit einem insgesamt hohen **Leistungsniveau** zu verbinden. Der Anteil der schwachen Schülerinnen und Schüler, also jener, die nur das unterste Kompetenzniveau erreichen oder dies sogar noch unterschreiten, ist in Deutschland größer als in vielen OECD-Staaten. „Unterstes Kompetenzniveau“ heißt auf den mathematischen Bereich bezogen, fast 10 % der Schüler konnten eine Aufgabe nicht lösen, bei der sie die Fläche eines Rechtecks mit den Seitenlängen 3 x 4 cm berechnen sollten. Sie konnten diese Aufgabe nicht lösen. Es sei dahin gestellt, ob sie dies nicht konnten, weil sie die Aufgabe schlicht nicht lesen konnten und deswegen nicht verstanden haben oder ob das mathematische Grundwissen fehlte.

Der dramatischste Befund ist wohl der **Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistungsniveau** der Schülerinnen und Schüler. Er ist in Deutschland am Ausgeprägtesten überhaupt. Kinder aus Mittelstandsfamilien haben bei uns viermal so große Chancen, das Gymnasium zu besuchen, wie Kinder aus einer Arbeiter- oder einer Migrantenfamilie.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Wer sich noch an die bildungspolitische Diskussion der 60er-Jahre erinnert, als vom Bildungsnotstand die Rede war, weiß, dass es da einen Problemtypus gab - -

(Unruhe)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ein bisschen mehr Aufmerksamkeit!

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Das Rauschen im Blätterwald hat abgenommen und damit auch die Aufmerksamkeit des Publikums.

Meine Damen und Herren, es gab in den 60er-Jahren - ich wiederhole das - einen Problemtypus der Bildungspolitik: das war das katholische Mädchen in Bayern vom Lande.

(Unruhe)

- Ja, das war so.

Wenn wir heute einen **Problemtypus** aufgrund der PISA-Studie beschreiben sollten, dann ist es der 15-jährige türkische Junge aus der Großstadt. Das ist so.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Wissen Sie, ich glaube, den Fehler sollten wir jetzt nicht machen, Frau Strauß. Ich komme auf die Frage, wie wir jetzt gemeinsam damit umgehen, noch zurück.

In vielen Fällen ist die Zuweisung zu den einzelnen Schularten problematisch. Manch ein Realschüler könnte durchaus auf dem Gymnasium sein und umgekehrt. Ein Beispiel für diese Überlappung ist der Befund - wiederum beim Lesen -, Hauptschülerinnen lesen im Durchschnitt genauso viel - oder mehr - wie gleichaltrige Jungen im Gymnasium.

Meine Damen und Herren, das waren ausschnittshafte Befunde, aber ich glaube, es waren durchaus die wichtigsten. Die PISA-Studie stellt uns allen - der gesamten Gesellschaft - ein schlechtes Zeugnis aus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Bildungspolitik!)

Die Ursachen dafür sind komplex, so komplex wie die 500 Seiten dieses Berichts, die gewiss der eine oder andere, der sich so freimütig äußert, noch gar nicht zur Kenntnis genommen hat.

Zwei Bereiche will ich herausgreifen. Wer das nicht mit sieht, Herr Kayenburg - mit Verlaub! -, oder dieses Ergebnis nur auf bildungspolitische Entscheidungen zurückführt, der springt wirklich zu kurz und hat

keine Ahnung von der komplexen Studie, die hier vorliegt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der erste Befund ist: Diese Gesellschaft fällt auseinander. Es gibt genügend empirische Befunde außerhalb von PISA, die dies belegen -

(Martin Kayenburg [CDU]: Suchen Sie doch die Schuld einmal bei sich und nicht bei den anderen!)

von den Armutsberichten bis zur Shell-Jugendstudie. Wenn Sie dies nicht zur Kenntnis nehmen, dann leiten Sie daraus eine falsche Politik ab. Die **soziale Integration** in Deutschland funktioniert mangelhaft und sie schlägt voll auf die Schulen durch. Wir öffnen die Schule zwar für benachteiligte Kinder, aber wir fördern die Kinder nicht genug. Dies gilt insbesondere für Migrantenkinder. Das finde ich dramatisch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Zweite ist ebenso dramatisch wie übergreifend - -

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Ja, Sie wissen schon wieder alles vorab ganz genau; ich merke das schon.

Das **kulturelle Klima** hat etwas mit **Leistungsunlust**, mit Bequemlichkeit, mit Konsumdenken, mit Beliebigkeit zu tun und damit ist es auch nur andeutungsweise beschrieben. Auf der Werteskala junger Menschen - sie spiegelt nur das wider, was die Werteskala der Erwachsenen ist - stehen Leistung, Anstrengung und Bildung ziemlich weit unten in dieser Gesellschaft. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und daraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir haben viel zu spät darüber nachgedacht, was die neue Bequemlichkeit, was die Leistungsunlust, was das Konsumdenken für dramatische Folgen hat.

Dazu gehört für mich trotz Harry Potter die Entwertung des Mediums Buch. Ich weiß nicht, ob Lesekompetenz - so hat es der Professor Baumert, der deutsche Koordinator der Studie ja genannt - tatsächlich nur so etwas ist wie das kulturelle Kleingeld. Ich glaube, nur wer lesen kann, kann auch selbstständig denken. Deshalb glaube ich, dass **Lesekompetenz** vielleicht das Sparbuch, wenn nicht gar der Schlüssel zur Zukunft ist.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

So wenig wie es einen Schuldigen gibt, gibt es auch nicht das eine Patentrezept. Wer dies meint, springt wirklich zu kurz und beschäftigt sich nicht genug mit dem Thema.

PISA bescheinigt ja im Gegensatz zu allen Vorgängerstudien nicht nur der Schule, sondern auch den Schülerinnen und Schülern schlechte Noten. Sie berücksichtigt eben neben den intellektuellen Leistungen auch die familiären Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb und sie verknüpft diese miteinander. Erst in dieser Koppelung liegt der Sprengstoff dieser Studie.

So komplex die gesamtgesellschaftlichen **Ursachen** sind, so präzise sind die Analysen, die auf den schulischen Bereich verweisen: auf eine unzureichende Gestaltung des Unterrichts und damit auf die mangelnde Ausbildung der Lehrkräfte, auf eine zu spät einsetzende und unzureichende Frühförderung, auf unsere Schullaufbahnregelungen und auf den Einschulungszeitpunkt, auf zu wenig Lernzeit am Nachmittag, auf mangelnde Förderung der Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten sozialen Schichten und - ich füge hinzu - von Hochbegabten.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Hier müssen die schulischen Maßnahmen ansetzen, hier muss es zu neuen Regelungen, zu neuen Ausbildungsinhalten und -ansätzen kommen, die zügig und - so betone ich - sorgfältig auf den Weg gebracht werden müssen.

Erstens. Die Diagnose von PISA muss zum Handlungsleitfaden für die **Ausbildung** und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer werden. Die Ausbildung muss praxisnäher, die Weiterbildung muss verpflichtend werden.

Zweitens. Die Lernzeiten sind intensiver zu nutzen durch ergänzende **Angebote**, durch vermehrte Förderung in der Grundschule und im **vorschulischen Bereich**. Hier bedarf es einer Initiative „Schule und Kindergarten“, die ich gemeinsam mit der Sozialministerin auf den Weg bringen will.

Drittens. Wir müssen unsere **Schullaufbahnregelungen** überprüfen. Das betrifft den Einschulungszeitpunkt, das betrifft die Klassenwiederholung und das betrifft die Übergangsentscheidungen. Die Durchlässigkeit unseres Systems steht hier auf dem Prüfstand.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin mir sehr bewusst, dass dies der schwierigste Komplex ist, den wir da zu bearbeiten haben werden.

Ich kann mir hier beliebig viele ideologische Kleinkriege vorstellen, die da geführt werden müssen. Ich wünsche mir allerdings, dass dies nicht der Fall sein wird, sondern dass wir kindgerechte und sachgerechte Lösungen gemeinsam miteinander finden werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viertens. **Ganztägige Angebote** müssen mit dem Ziel von mehr Lernzeit und von mehr Förderung Benachteiligter ausgebaut werden.

Fünftens. Ein solides **wissenschaftliches Fundament** ist vonnöten. Die Lehr- und Lernforschung und die fachdidaktische Forschung müssen an den Hochschulen verstärkt werden.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das findet in Deutschland insgesamt nicht genug statt.

Meine Damen und Herren, abschließend und nicht zuletzt sage ich zum Raster der Priorität: Der einmal eingeschlagene Weg der Qualitätsentwicklung mithilfe von interner und externer Evaluation muss weitergegangen werden, und zwar mit dem Ziel, Standards zu sichern - nicht in dem Sinne, wer kann wann das große Einmaleins oder die unregelmäßigen Verben, sondern in dem Sinne von Anwendungswissen und Anschlusswissen. Das sind die entscheidenden Fragen, um die es geht.

(Klaus Schlie [CDU]: Das Einmaleins braucht man schon!)

- Ja, das Einmaleins wird vorausgesetzt; allerdings.

In allen Schulstufen muss es und wird es in Schleswig-Holstein **verbindliche Zielsetzungen** und **Standards** geben, die den Schulen selbst zur Überprüfung ihrer Leistungen dienen sollen, die wir aber auch von außen überprüfen werden. Wir werden den Weg der Eigenverantwortung der Schulen in Schleswig-Holstein nicht umkehren, aber wir werden ihn ergänzen um die Kontrolle der Schulqualität von außen.

Nicht überall müssen wir wahrlich bei null anfangen. Die **Reform der Lehrerbildung**, das IPTS sind auf den Weg gebracht, eine Fülle von erfolgreichen Modellversuchen zeigen Wege zur **Qualitätsverbesserung des Unterrichts**. Dies muss in die Breite gehen. Der Einstieg in mehr Ganztagsangebote beginnt, die Hauptschulen gehen neue Wege und werden dabei intensiv unterstützt.

Deutschland hat bisher im Gegensatz zu anderen Ländern keine Tradition der **flächendeckenden Lei-**

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

**stungsvergleiche** mit anderen Ländern. Das müssen wir offenbar erst lernen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Aber ich bin davon überzeugt, dass in jeder Krise auch immer eine große Chance liegt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb produzieren Sie so viele!)

eine Chance für den Stellenwert von Bildung, von Leistung und Lernen, eine Chance allerdings nur dann, wenn wir diese Chance nicht zerreden, wenn wir nicht in alte parteipolitische Grabenkämpfe zurückfallen, die gerade in Schleswig-Holstein so erbittert geführt worden sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gibt Schocks, die lösen Panik aus, die lösen Fehlreaktionen aus, es gibt aber auch heilsame Schocks; es gibt heilsame Schocks, die Veränderung nachhaltig und schnell bewirken können. Die letzte Stabilisierung des Schiefen Turms von Pisa hat zwölf Jahre gedauert. Das wäre hier allerdings zu lange.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jost de Jager.

Bevor er das Rednerpult erreicht hat, nutze ich die Gelegenheit, auf unserer Tribüne neue Gäste zu begrüßen. Es sind Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Harms-Schule aus Hutfeld sowie des Gymnasiums im Bildungszentrum Mettenhof eingetroffen. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal ein Wort vorweg schicken. Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass es zeitweilig in den Reihen der CDU etwas laut war. Dass es bei der SPD nicht laut war, hängt aber damit zusammen, dass dort eigentlich gar keiner ist.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist das Interesse an diesem Thema bei den Fraktionen durchaus unterschiedlich sowie übrigens bei den Chefs auch; denn ich nehme zur Kenntnis, dass die Fraktionschefs da sind beziehungsweise eben hier gewesen sind, die Ministerpräsidentin aber nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Chefthema! So ist es! - Zuruf von der CDU: Chefsache!)

Meine Damen und Herren, wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der konnte von PISA nicht wirklich überrascht gewesen sein.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Wer genau hingehört hat bei den Gesprächen mit ausbildenden Betrieben, mit den Schulen selbst, aber auch mit den Universitäten, der konnte in etwa erahnen, was auf uns zukommt. Der PISA-Schock in Deutschland beruht nicht auf der Tatsache, dass wir im internationalen Vergleich schlecht abgeschnitten haben, sondern darauf, wie schlecht wir abgeschnitten haben.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das zu ermessen, dürfen wir nicht nur auf die Länder gucken, die in diesem Vergleich vor uns liegen, sondern wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, welche Länder hinter uns stehen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das sind ja kaum welche!)

Zum Beispiel bei der Bemessung der Lesefähigkeit heißt es - so darf ich aus der Zusammenfassung von PISA wörtlich zitieren -:

„In der unterdurchschnittlich erfolgreichen Gruppe befinden sich neben Deutschland alle fünf der ehemaligen Ostblockländer, die an PISA teilgenommen haben, vier Länder aus dem südeuropäischen Raum sowie zwei südamerikanische Staaten.“

Eines davon ist Brasilien. Letztlich sagte mir jemand, dass die wenigstens Fußball spielen können.

Doch im Ernst, meine Damen und Herren: PISA ist keine Bundesligatabelle, sondern bei PISA geht es um die Bildung junger Menschen, es geht um deren persönliche und berufliche Zukunftsaussichten und es geht nicht zuletzt um die Zukunft von uns als Industrienation, die von unseren Köpfen in unserer Gesellschaft lebt.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund gehen die wesentlichen Erkenntnisse von PISA eben nicht nur den Bildungspolitikern unter die Haut, sondern der Gesellschaft insgesamt.

(Jost de Jager)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der durchschnittliche Leistungsstand 15-jähriger Schüler in Deutschland schlecht ist. PISA hat die **Lesefähigkeit**, das Textverständnis von Schülerinnen und Schülern der westlichen Welt untersucht und stellt fest:

„Mit etwa 20 % des Altersjahrganges ist der Anteil schwacher und schwächster Leser in Deutschland ungewöhnlich groß.“

Das ist so etwas wie ein bildungspolitischer Offenbarungseid. Denn die Tatsache, dass jeder fünfte deutsche Schüler dieses Alters zur Risikogruppe gehört, ist schon schlimm genug; sie wird dadurch noch schlimmer, dass das Leseverständnis erwiesenermaßen die Grundvoraussetzung für ein weiteres eigenständiges Lernen und für das Erlernen mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge ist. Das Lesen ist die Schlüsselkulturtechnik Nummer 1.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP], Dr. Heiner Garg [FDP] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier geraten wir in der Tat in eine fatale Wirkungskette, die sich im Übrigen auch in den Ergebnissen der - sozusagen - naturwissenschaftlichen Lesefähigkeit und im mathematischen Verständnis - Frau Ministerin, Sie haben es selber zitiert - widerspiegeln.

Wir haben im deutschen Schulwesen ein Problem: Wir schaffen es weder, die Guten noch die Schlechten zu fördern. Die Feststellung aus PISA lautet, dass wir es nicht geschafft haben, die besonders Förderungswürdigen in unserem Schulsystem dorthin zu führen, wohin wir sie haben wollen. PISA stellt auch fest:

„Im Unterschied zum Vereinten Königreich gibt es in Deutschland keine ausgeprägte Elite.“

Meine Damen und Herren, das gilt insbesondere für den Umstand - ich glaube, dass der am schmerzlichsten ist bei der Betrachtung unseres Schulwesens -, dass wir es nicht schaffen, die **Defizite** bei den Schülerinnen und Schülern auszugleichen, die diese von Zuhause mitbringen. Es gibt kein Land in diesem Vergleich, in dem sich die **soziale Herkunft** so auf die Bildungsaussichten der Schülerinnen und Schüler niederschlägt wie in Deutschland. Und das tut in der Tat weh.

Es ist auch so, dass **die Integration ausländischer Kinder** durch die Schule in Deutschland kaum - beziehungsweise nur schlecht - gelingt. Das hat auch damit zu tun, dass die meisten ausländischen Kinder - im Vergleich zu anderen Ländern - in unseren Schulen tatsächlich fremdsprachig sind, während viele auslän-

dische Kinder in Frankreich oder in England dagegen die gleiche Sprache sprechen und nicht die gleichen Integrationschwierigkeiten haben. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Wir dürfen die Integration fremdsprachlicher Kinder in Deutschland nicht allein der Schule überlassen. Dazu bedarf es Integrationsmaßnahmen, die der Schule vorgeschaltet sind oder parallel geschehen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was folgt daraus?)

- Für die Zuwanderungsdebatte folgt daraus eine ganze Menge! Die bisher veröffentlichten Ergebnisse von PISA sind nur die halbe Wahrheit. Im Verlauf des Jahres 2002, wahrscheinlich in der zweiten Jahreshälfte, werden die regionalisierten Ergebnisse der PISA-Studie, sprich der **Vergleich der Bundesländer** untereinander, vorgestellt. Erst bei diesem Vergleich geht es bildungspolitisch ernsthaft zur Sache. Es ist ohne Abstriche interessant zu wissen, wie Deutschland im Vergleich zu Korea, den Vereinigten Staaten oder Japan dasteht. Landespolitisch wird es aber erst interessant und ernst, wenn wir wissen, wie Schleswig-Holstein im Vergleich zu Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen abschneidet oder wenn wir wissen, wie Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Hessen dasteht. So wie man sich im Vorwege der Veröffentlichung die Ergebnisse von PISA I ausmalen konnte, so kann man sich in etwa auch die Ergebnisse dieser **regionalisierten Vergleichsstudie** vorstellen. Das ist der Hintergrund, vor dem der Appell des SPD-Fraktionsvorsitzenden, der im Moment nicht im Raum ist, zu verstehen ist, dass wir die weiteren Schritte im Konsens gehen sollten. Ich bin mir nicht sicher, ob wir diesen Konsens tatsächlich erreichen. Ich bin aber dagegen, dass wir einen Konsens herstellen, bevor wir wissen, worüber wir ihn herstellen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Im Übrigen bin ich mir auch nicht ganz darüber im Klaren, ob ein schulpolitischer Schulterschluss die richtige Reaktion auf PISA wäre. Tatsächlich brauchen wir jetzt den **Wettstreit der besseren Konzepte** und Ideen im Bildungswesen. Darüber wollen wir in den kommenden Wochen gern mit Ihnen diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe der Ministerpräsidentin und dem Fraktionsvorsitzender der SPD ausdrücklich Recht, wenn sie sagen, wir müssen die bildungspolitischen Grabenkämpfe beenden. Auch wir glauben, dass es in der Tat vertane Zeit wäre, die Bildungsdebatten der 70er-Jahre

(Jost de Jager)

heute weiterzuführen. Wir wollen das nicht machen. Das gilt auch für die bemerkenswerten Äußerungen - etwa von Frau Spoorendonk oder von Frau Birk -, die die Schlussfolgerung gezogen haben, dass nun die sechsjährige Grundschule und die Gesamtschule weiter eingeführt werden müssten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen: Das sind keine Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus PISA, sondern das sind die Floskeln vergangener Zeiten. Wer so etwas heute noch sagt, gehört nach PISA zur Risikogruppe der deutschen Schulpolitik.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass wir keine neue Debatte über eine Bildungsreform brauchen. Wir brauchen eine Leistungssteigerung. Ich möchte darauf zurückkommen, was der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog gesagt hat. Er sagte: „In der Bildungspolitik in Deutschland haben wir kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.“ Das ist haargenau richtig.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Deshalb müssen wir rasch zu Schritten kommen, die schnell zu einer Besserung des Zustands führen. Nach unseren Vorstellungen ist es jetzt Zeit, dass wir uns in einem sehr viel stärkeren Maße um die **Grundschulen** kümmern müssen, als wir es bisher getan haben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Es ist richtig, dass PISA gerade nicht die Grundschüler untersucht hat. Genauso richtig ist aber festzustellen, dass die schlechten Leistungen der 15-Jährigen Schüler auch damit zu begründen sind, dass sie seit der Grundschulzeit Defizite mit sich herumschleppen, die später nicht abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir etwas für die Grundschule tun wollen und müssen, dann hat das auch etwas mit dem Faktor Zeit zu tun. Wir können die Leistungen in der Grundschule und die Grundfertigkeiten nur dann stärken, wenn wir den Kindern in der Grundschule genügend Zeit zur Verfügung stellen, um Dinge zu erlernen, einzuüben und zu vertiefen.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund ist die Grund- und Minimalforderung, dass die **Stundentafeln** eingehalten werden

müssen. Es kann nicht sein, dass sie ständig flexibilisiert und unterschritten werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu: Wir haben vorhin viel über Förderung gehört. Ich habe das auch schon angesprochen. Wir werden die Förderung von leistungsschwachen und leistungsstarken Kindern in der Grundschule nur dann hinbekommen, wenn die **Förderung** nicht in der regulären Unterrichtszeit erfolgen muss. Das kann schlicht nicht funktionieren. Das heißt, wir brauchen zusätzliche Zeit und Kapazitäten, um die Förderung der Schwachen außerhalb der Schulzeit vorzunehmen, damit wir denjenigen, die diese Förderung nicht brauchen, genügend Zeit zur Verfügung stellen, um das Erwartete auch zu lernen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Darüber hinaus glauben wir, dass es Zeit ist, die **Renaissance des Leistungsbegriffs**, die wir verbal beschreiben, tatsächlich auch umzusetzen. Wir glauben, dass wir dann, wenn wir von Schülern eine ganz bestimmte Leistung erwarten, sie auch definieren müssen. Das bedeutet, dass wir Bildungsbegriffe und Bildungsinhalte wesentlich stärker präzisieren müssen, als es bisher der Fall ist. Das heißt, die Zeit von Rahmenlehrplänen, die alles offen lassen, ist vorbei. Wir müssen konkret benennen, was die Schülerinnen und Schüler im Unterricht lernen müssen, damit wir hinterher von ihnen erwarten können, dass sie das können. Insofern sagen wir auch, dass der Lehrplan, den Sie zur Anhörung gestellt haben, eine weitgehend autorisierende Angelegenheit im Fach Deutsch ist. Das ist ein falscher Ansatz. Vielmehr müssen wir ganz konkret benennen, was wir erwarten wollen, damit wir das hinterher prüfen können. Wir sind der Auffassung, dass wir keine externe Evaluation brauchen, wie die Ministerin es gesagt hat. Wir brauchen **zentrale Prüfungen** in den zentralen Fächern.

(Beifall bei der CDU)

Die brauchen wir auch deshalb, weil es nicht nur darum geht, die individuelle Leistung der Schülerinnen und Schüler zu messen, sondern auch die Leistung der Schulen. Die Leistung der Schulen kann ich nur dann ermessen und bemessen, wenn ich zentrale Prüfungen habe, die einen solchen Vergleich tatsächlich auch zulassen.

(Konrad Nabel [SPD]: Am Ende kommt die Todesstrafe!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege, Sie haben noch zwei Minuten Redezeit, weil die Landesregierung überzogen hat.

**Jost de Jager [CDU]:**

Trotzdem werde ich allmählich zum Schluss kommen. Ich wünsche mir, dass wir in der Folge von PISA nicht unsere Kultur der Kommentierung fortschreiben, sondern dass wir tatsächlich zu Änderungen und konkreten Handlungen kommen. Nichts wäre schlimmer, als wenn wir uns jetzt alle zwei Monate lang aufregen und hinterher nichts passiert. Deshalb fordern wir für Schleswig-Holstein in der Schulpolitik endlich ein Ende der Mut- und Tatenlosigkeit, weil wir dann erkennen, wer PISA nur kommentieren und wer tatsächlich konkrete Handlungsanweisungen daraus ziehen will. Wir stehen bereit. Wir haben unsere ersten Vorschläge gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Wenn die - auch mit Herrn Nabel - die Grundlage eines schulpolitischen Konsenses im hohen Hause wären, dann wären wir froh.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, Sie haben den durchaus bemerkenswerten Satz gesagt, dass Sie aus PISA ableiten, dass wir keine Bildungsreform, sondern mehr Leistung brauchen. PISA hat uns gerade vor Augen geführt, dass das System, in dem wir bisher arbeiten, nicht in der Lage ist, diese Leistungen zu erbringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Also wird man über die Frage nachdenken müssen, an welcher Stelle man ansetzen soll und will. Sie sagten etwas zum Thema Risiko: Auch Sie haben mit Ihren Vorabanalysen unterstrichen, dass konservatives Beharren nach wie vor das größte Risiko für eine zukunftsfähige Bildungspolitik bleibt.

(Beifall bei der SPD)

PISA ist zu Recht das neue Megathema in der Öffentlichkeit. Wenige Jahre nach dem Beginn der verschiedenen TIMSS-Studien haben wir jetzt von der OECD ein Zeugnis erhalten, wonach unser Schulsystem in

allen wichtigen Leistungsbereichen irgendwo zwischen ausreichend und ungenügend abschneidet. Die zentralen Botschaften sind schon genannt worden. Ich muss sie nicht im Detail wiederholen. Es wurde das Problem dargestellt, Texte zu lesen. Die Tatsache, dass das Interesse am **Lesen** dramatisch gesunken ist, wurde ebenfalls erwähnt. Die Ministerin hat auch schon über die mathematischen und naturwissenschaftlichen Leistungen und ihre Probleme in Deutschland gesprochen.

Nahezu kein anderes Land in der Welt, das getestet wurde, produziert so extreme **Leistungsbandbreiten** wie das deutsche Schulwesen. Kein anderes Schulsystem konserviert **soziale Unterschiede** so stark wie das unsere. Diese Fragen, wie die Schule organisiert werden soll, sind in der Tat Fragen, über die wir zu sprechen haben werden.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

In der Tat ist es so, dass die Integration **Kinder nicht deutscher Muttersprache** in unser Bildungssystem ganz offensichtlich versagt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Hinweis, dass es ein Unterschied ist, ob ich 10 % der Kinder mit Migrationshintergrund habe - wie in Deutschland - oder 2 % wie in Finnland, ist sicher richtig. Unter dem Stichwort Zuwanderung kann man aber in der jetzigen Situation doch nicht so tun, als ob diese Kinder vom Himmel gefallen wären oder wie Heuschrecken über das Land gekommen wären. Sie haben ein Recht auf eine vernünftige und ordentliche Vorbereitung auf die Schule. Das ist der Ansatzpunkt.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Es ist korrekt, dass das zurzeit in Deutschland offensichtlich nicht vernünftig gelungen ist. Das ist der Ansatzpunkt, nicht der Kurs auf die Zuwanderungsdebatte. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zurzeit wird von Notstand, Bildungskatastrophe und ähnlichen Dingen gesprochen. Der PISA-Koordinator der OECD wird mit dem Satz zitiert:

„Ein Viertel der deutschen Schüler wird den Anschluss an das Leben - an die Herausforderungen in Familie, Beruf und Gesellschaft - wahrscheinlich nicht schaffen.“

Ich will mich in keinen Panikwettbewerb begeben. Eines scheint mir aber unabweisbar klar zu sein: Wenn wir nicht erkennen, welche enormen Anstrengungen und Herausforderungen jeder in seinem Verantwortungsbereich für eine zukunftsfähige Bildung unserer Kinder

(Jürgen Weber)

zu leisten hat, dann wird man uns eines Tages zu Recht zur Rechenschaft ziehen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

PISA ist nicht die erste Untersuchung. Sie ist aber ein - wie ich finde - enormer Schritt nach vorn. Warum? Mehr als ihre Vorgänger versucht PISA, fachlich übergreifend Kompetenzen zu erfassen. Weiterhin geht es bei PISA um die Anwendung von Wissen und auch um Fertigkeiten in außerschulischen Situationen sowie um kritisches Urteilen. Das bedeutet eine neue Qualität. PISA beinhaltet auch eine nachvollziehbare Kontexterfassung von Schule, vor allem auch sozialer Rahmenbedingungen. Deshalb kann man sich jetzt nicht herausreden. Ausflüchte und Nebenkriegsschauplätze helfen nicht, weil wir fundiertes Material haben, das wir auszuweiten haben.

Zu den viel zitierten schulpolitischen Grabenkämpfen der letzten Jahre und Jahrzehnte: Ich gehöre auch zu denen, die diese nicht führen wollen. Ob wir zu einem Grundkonsens kommen werden, weiß ich nicht. Ich sage ganz deutlich: Es kann nicht sein, dass wir uns in eine Konsensdebatte begeben, bevor wir nicht vernünftig ausgewertet haben. Einen Grundkonsens auf der Basis konservativer Bildungsideologien kann sich unser Bildungssystem auf gar keinen Fall leisten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Deswegen werden wir sehr genau benennen müssen, über welche Bildungsinhalte und Bildungsformen wir eigentlich reden. Wir werden die Formeln und Floskeln beiseite lassen müssen. Der Handlungsbedarf ist ohne Frage enorm. Weil das Thema **gesamtgesehliche Probleme** als Hintergrund für die Bildungsprobleme angesprochen wurde, sage ich deutlich: Natürlich kann man die Fragen nicht ausblenden. In Nuancen darf ich aber etwas anders diskutieren als die Ministerin. Ich nenne Großbritannien. Man wird nicht sagen können, dass die soziale Problemlage sich dort - im Vergleich zur Bundesrepublik - deutlich abgeschwächt zeigt. Dort ist es durch die Labour-Regierung immerhin gelungen, im Bereich der Grund- und Vorschule und durch ganzheitliche Bildungsangebote für die ganz Kleinen so etwas wie Excellence-Center zu schaffen, die dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme mit den Mitteln der Bildungspolitik mit sehr guten Erfolgen in den Griff zu bekommen. Es lohnt, den Blick dorthin zu wenden und die dortigen Erfahrungen, die so nicht im PISA-Bericht stehen, mit auszuwerten. Es gibt eine Reihe von Ansätzen, die man mit einbeziehen muss.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Die Ministerin hat bereits darauf hingewiesen: In der Tat fällt auf, dass viele Schüler nicht in der Lage waren, Fragen zu beantworten, weil offensichtlich die Komplexität der Fragen nicht verstanden worden ist. Man könnte einige Beispiele mehr nennen. Wir haben - und das ist für mich die erste Schlussfolgerung - ganz offensichtlich nicht nur ein Problem in der Quantität von Wissen. Vielmehr stehen wir vor der Frage, wer in unseren Schulen wie und in welcher Form Wissen vermittelt. Dieser Ansatzpunkt hat zunächst einmal gar nichts mit den Schularten zu tun. Primär geht es darum, wie sich die Lernkultur an unseren Schulen insgesamt entwickelt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

Wenn man sich die Aufgaben der PISA-Studie - die findet man im Netz, in Büchern und auch in Zeitungen - einmal anschaut, dann stellt man fest, dass es dabei auch eine ganze Reihe von **Kreativitätsaufgaben** gibt. Es stellt sich die Frage, warum gerade diese Aufgaben zum ganz überwiegenden Teil von den deutschen Schülern nicht gelöst werden konnten. Die Antwort ist, dass dort Dinge abgefordert wurden, die in den deutschen Lehrplänen überhaupt nicht vorkommen und deshalb von den deutschen Schülern auch gar nicht bewältigt werden können. Deswegen will ich eines deutlich sagen: Meines Erachtens ist es sehr viel ertragreicher, über Unterrichtsformen, Fächerkanon und Lehrerqualifizierung zu reden, als sich andauernd und ausschließlich über Fragen zur Schulzeitdauer und zu den Schularten den Kopf zu zerbrechen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Punkte mussten an dieser Stelle einmal angesprochen werden.

Kommen wir zum Thema der uns bevorstehenden **Regionalisierung**. Dazu wird es sicherlich eine interessante Debatte geben. Es ist zu erwarten - da habe ich gar keine Zweifel -, dass sich die versammelten deutschen Provinzfürsten und Besserwisser darüber streiten werden, wessen Ergebnisse etwas weniger schlecht sind als die miserable Gesamtlage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das das Niveau der Diskussion werden wird, werden wir meines Erachtens nicht sehr weit kommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch nur Angst vor der Diskussion! Das ist Ihr Problem!)



(Jürgen Weber)

Ich freue mich, dass offenbar einige schon etwas über Dinge wissen, die noch gar nicht vorliegen. Das ist ein hohes Maß an Antizipation; das will ich Ihnen zugehen. Aber warten wir doch einmal ab, was dabei herauskommt, wenn die Dinge endgültig auf dem Tisch liegen.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele herausgreifen. Im Moment liest man viel zum Thema „Mehr Leistung!“. **Leistung** lässt sich nun in vielerlei Hinsicht definieren und man muss schon deutlich sagen, was man damit meint. Leider haben wir nicht die Zeit, das en détail zu machen, aber ich möchte einmal etwas exemplarisch aufzeigen: Wer glaubt, dass das Thema Ziffernnoten in den Klassen 1 und 2 etwas mit Leistung zu tun hat, der muss nur in den PISA-Bericht hineinschauen. Alle Länder, die auf Ziffernnoten in den Klassen 1 und 2 und zum Teil auch darüber hinaus verzichten, liegen in dieser Untersuchung vor Deutschland.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will daraus heute noch keinen endgültigen Schluss ableiten, aber jedenfalls kann man den Schluss, dass mit einer Ziffernnote in den Klassen 1 und 2 etwas gewonnen ist, aus PISA nun wahrlich nicht ziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Martin Kayenburg [CDU]:  
Aber dann sind wir relativ noch schlechter!  
Das müssen Sie sich auch klar machen!)

Entweder ist man also bereit, einen solchen Bericht seriös auszuwerten - dann kann man sich über die Ergebnisse streiten -, oder man lässt es. Aber man kann nicht Dinge an den Haaren herbeiziehen, die gar nicht in dem Bericht stehen. Insoweit kann man sich nicht auf PISA berufen.

Es gibt eine Reihe von Anregungen und Erkenntnissen aus anderen Bildungssystemen, über die man ohne Frage nachdenken muss. In einem ausgeprägten Bildungssystem wie dem deutschen kann man aber nicht einfach Modelle aus anderen Staaten einführen und einfach etwas übernehmen; das wäre illusorisch. Dies gilt auch dann, wenn diese anderen Modelle offensichtlich bessere Ergebnisse zeigen. Wir müssen uns die anderen Länder schon anschauen und analysieren, welche Hinweise für uns nützlich sein können. Meines Erachtens ist die Erkenntnis aber nicht von der Hand zu weisen, dass wir unsere Mittel mehr und stärker als bisher im **Grundschulbereich** konzentrieren müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will nicht die Frage diskutieren, ob und in welcher Form wir Kinder mit zehn Jahren in verschiedene

Schulformen selektieren müssen. Das ist eine alte und lange Debatte. Dennoch sage ich so viel: Man kann nicht die PISA-Studie auswerten wollen und gleichzeitig Tabus formulieren, über die nicht geredet werden darf.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das wäre kein vernünftiger Umgang mit all diesen Problemen.

Nehmen wir als nächstes Beispiel das Thema der früheren Einschulung der Schüler. 1997/1998 - das ist noch gar nicht so lange her; ich habe das noch gut in Erinnerung - gab es die große Schulgesetznovelle in Schleswig-Holstein. Die damalige Bildungsministerin, Frau Böhrk, hat es gewagt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die **Einschulungsmöglichkeit** drei Monate vorverlegt werden sollte. Ein Aufschrei der Empörung ging durch das Land - gespeist durch die Opposition, die geradezu den Eindruck erwecken wollte, als würde der Kindermord von Betlehem vorbereitet werden, um einmal ein vorweihnachtliches Beispiel zu nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Untergang des Abendlandes hieß es in der Opposition!)

Es ist ja gut, dass die Einsicht gewachsen ist, dass die Dinge etwas anders liegen. Ich habe das Beispiel aber auch genannt, um ein Stück Fähigkeit zur Selbstkritik zu belegen. Wir sind damals zurückgewichen und haben gesagt, dass uns bei dem Schulgesetz andere Dinge so wichtig seien, dass wir diesen Kampf, der auch öffentlich schwer darstellbar war, nicht zu Ende führen wollten. Das war ein Fehler. Wir haben uns zu sehr ins Bockshorn jagen lassen. Das zeigt: Ohne Mut kommt man in der Politik manchmal ein bisschen spät zu guten Ergebnissen. Wir haben damals Sachen zementiert, die wir - das wissen wir heute - nicht hätten zementieren dürfen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Lehre habe ich persönlich aus der Diskussion gezogen.

Lassen Sie mich einen Satzsatz formulieren. Ich glaube, dass niemand ungeschoren an der PISA-Studie vorbeikommt: nicht wir Politiker, nicht die Lehrer, nicht die Eltern und auch nicht unsere ganze Gesellschaft. Diese Einsicht ist nicht neu. Es kommt jetzt darauf an, zu handeln - und zwar nicht in den nächsten drei, vier oder fünf Jahren, sondern im nächsten Jahr. Dann brauchen wir erste Konsequenzen aus der PISA-

(Jürgen Weber)

Studie; wir müssen praktisch etwas umsetzen. Ich freue mich auf die angeregte Debatte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es sehr nett, dass die Ministerpräsidentin bei diesem „Chefsache“-Thema genau in dem Moment in den Plenarsaal kam, in dem mein Redebeitrag angekündigt wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Zeichen dafür, dass ein Koalitionswechsel bevorsteht?)

Als in der letzten Woche die PISA-Studie veröffentlicht wurde, gab es tageweise eine so heftige Debatte über Schule und Bildung wie noch nie zuvor in diesem Land. Diese Diskussion liefert eine gute, aber auch eine schlechte Botschaft. Die gute Botschaft lautet: Vielleicht können wir jetzt dadurch, dass das Thema Bildung in die Schlagzeilen gekommen ist, die Situation nutzen, um die Qualität der Bildung zu verbessern und die dazu notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Dazu gehört aber auch, diese zu finanzieren.

Die schlechte Botschaft lautet: Im Geschnatter der Kommentare haben auch die Verkünder von Patentrezepten, die Windmacher und die Rauchverkäufer wieder Hochkonjunktur.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn diese mit ihren Botschaften Erfolg haben, dann gibt es bei der nächsten Studie mit Sicherheit noch schlechtere Ergebnisse als bei dieser.

Die Riege der Patentrezeptverkünder stammt interessanterweise aus allen politischen Lagern. Zu ihnen gehören Konservative wie Frau Schavan, die meint, das Heil im Zentralabitur oder in anderen zentralen Prüfungen zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei wissen wir doch, dass die Art und Weise der Durchführung eines Prüfungsverfahrens überhaupt gar keine Aussage über die Qualität der Bildung zulässt. Das ist evident.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genauso unsinnig ist es aber, wenn von der anderen Seite des politischen Spektrums jetzt wieder eine neue Gesamtschuldebatte hervorgezaubert wird.

(Holger Astrup [SPD]: Auch richtig!)

Wir wissen doch, dass Länder mit sehr differenzierten Bildungssystemen wie die Schweiz oder auch England mit den vielen privaten Eliteschulen deutlich bessere Ergebnisse vorweisen können als etwa Deutschland. Übrigens hat auch schon die TIMSS-Studie gezeigt, dass die Gegenüberstellung von Gesamtschule und differenziertem Schulsystem überhaupt keine Signifikanz hat. Die Debatte über die Schulformen darf also nicht neu aufgewärmt werden. Vielmehr müssen wir in unserem Schulsystem eine bessere und wirksamere **Förderung** sowohl für lernschwache als auch für hoch begabte Kinder erreichen.

Ich finde es sehr positiv, dass Sie, Frau Erdsiek-Rave, den Akzent auf diesen zentralen Ansatz gelegt haben. Das sind Punkte, die wir als FDP-Fraktion in den letzten Jahren hier im Landesparlament in einer Vielzahl von Initiativen immer wieder angesprochen haben. Neben vielem anderen liegt an dieser Stelle der Schlüssel dafür, dass wir in Zukunft bessere Ergebnisse in der Qualität der Bildung in Deutschland erreichen können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns kurz einen Blick in das Nachbarland Finnland werfen. Finnland hat bei PISA exzellent abgeschnitten. Dort gibt es für Schüler mit Lernschwierigkeiten einen Anspruch auf gezielte Nachhilfe. Gleichzeitig werden besondere Begabungen gezielt gefördert. Das geht bis hin zu Internaten für hoch Begabte wie etwa die Päivölä-Schule. Für die Aufnahme in eine Schule macht man es in Finnland zur Bedingung, dass die Schüler die **Landessprache** beherrschen. Die Bildungsausgaben in Finnland liegen um ein Drittel über dem europäischen Durchschnitt. Schließlich gibt es in Finnland - wie Reinhard Kahl in der „ZEIT“ festgestellt hat - eine Tradition, die „die Wertschätzung fürs Lernen, für die Lernenden und für die Lehrer hochhält“. Zusammengefasst, so denke ich, sind diese Faktoren von erheblicher Bedeutung für die guten Ergebnisse, die Finnland bei der PISA-Studie vorweisen kann.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte vor dem Irrweg warnen, den ich als den „Irrweg der technokratischen Illusion“ bezeichnen

**(Dr. Ekkehard Klug)**

möchte. Manche Politiker, aber auch Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler meinen, Bildung sei quasi eine Dienstleistung, die wie ein Konsumartikel produziert werden könne, wenn man denn bloß die richtigen Produktions- und Marketingmethoden einsetzen würde.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Meine Damen und Herren, Bildung ist aber keine Ware, die man herstellen kann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ein Haus kann man bauen lassen und kaufen, Bildung jedoch nicht. Der Vergleich zum Hausbau macht deutlich, worin der Unterschied liegt: Es ist bei der Bildung so, als müsse derjenige, der das Haus besitzen will, selber die Baugrube ausschachten, die Steine schleppen und auch noch an der Architektur mitwirken. Ohne diese sehr weit reichende **Eigenleistung** desjenigen, der Bildung erhalten soll oder will, gelingt es selbst mit den besten didaktischen Methoden und der exzellentesten Lehrerversorgung nicht.

David Blunkett, Bildungsminister im ersten Kabinett von Tony Blair, hat deshalb in diesem Sinne sehr zu Recht von einer „Kultur der Anstrengung“ - „culture of effort“ - gesprochen, die nötig sei, um gute Bildungsergebnisse zu erreichen. Die Preisfrage lautet nun: Wie erreicht man eine solche Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft, ohne zu „kinderfeindlichen Paukschulen“ japanischer oder koreanischer Art zu gelangen?

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf jeden Fall ist das eine Einstellungs-, eine Mentalitätsfrage, die durch technokratische Pseudo-Reformen niemals beantwortet werden kann. Deshalb möchte ich vor manchen Herangehensweisen warnen. Ich habe einen Pressezetteln des SPD-Landesverbandes vorliegen,

(Lothar Hay [SPD]: Das ist nicht die Auffassung unserer Fraktion!)

wo in der Sprache der Betriebswirtschaftslehre von „ISO 9100“ und „Controlling“ die Rede ist. Das genau ist einer der pseudotechnokratischen Irrwege, vor denen ich warne.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und SSW - Lothar Hay [SPD]: Wir teilen die Auffassung des SPD-Landesverbandes nicht!)

- Das nehme ich mit Freude zur Kenntnis, Herr Hay.

Die Zeit ist zu knapp, um noch auf viele Dinge im Detail einzugehen. Deshalb möchte ich nur noch ein paar Stichpunkte zu Einzelbereichen hinzufügen. Punkt eins: Kindergarten und **Vorschulalter**. Viele Bildungsdefizite entstehen in Deutschland bereits im Vorschulalter.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aufklärung, Beratung und Hilfe für Eltern sind daher ebenso notwendig wie Kindertagesstätten, die durch spielerisches - das sei drei Mal betont - Lernen auf kindgerechte Art und Weise sowohl sprachliche Ausdrucksfähigkeiten fördern als auch Freude am Lernen vermitteln, und zwar über Erfolgserlebnisse, die die Kinder weiter für die Bildung motivieren können.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweiter Punkt: Ganztagschulen. **Ganztagschulen** dürfen weder Betreuungseinrichtungen noch Dauer-Unterrichtsanstalten von 8 bis 16 Uhr sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Hauptzweck der Ganztagsangebote sollte darin liegen, Schülern soziales Lernen zu ermöglichen, Verantwortungs- und Einsatzbereitschaft zu fördern, also jene erzieherischen Defizite auszugleichen, die den Lehrern heute die Arbeit mit einem Teil der Schüler so sehr erschweren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kurz gesagt: Das Ganztagsangebot ist darauf auszurichten, die Bildungsfähigkeit und die Bildungsbereitschaft dort zu erhöhen, wo sie heute mangelhaft ist.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Punkt drei: **Ausländerkinder**. Das schlechte Abschneiden der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft ist einer der Schwachpunkte, die durch die PISA-Studie zu Tage gefördert worden sind. Ist es nicht besser, jungen Ausländern zunächst hinreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln und sie erst dann - allerdings möglichst früh - in Klassen mit deutschen Schülern gemeinsam zu unterrichten?

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abschaffung der früher in Schleswig-Holstein vorhandenen Vorbereitungsklassen war - das sei als kritisches Wort in die Vergangenheit gestattet - offenbar ein Fehler. Professor Jürgen Baumert, der Chef des

**(Dr. Ekkehard Klug)**

Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, verweist auf das Beispiel skandinavischer Nachbarländer:

„Wir wissen ..., dass Länder wie Norwegen und Schweden sehr viel striktere Einschulungsregelungen und Förderkonzepte haben. Dort werden die Kinder erst dann eingeschult, wenn sie die Landessprache ausreichend sprechen und im Unterricht mitkommen.“

Punkt vier: Einschulungsalter! Es wäre geradezu idiotisch, das **Einschulungsalter** generell abzusenken. Nötig ist mehr Flexibilität.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Haben wir!)

Nach gesicherten medizinischen Erkenntnissen - die Debatte gibt es: generell mit fünf! Lesen Sie die Presse! Das wissen Sie - sind manche Kinder schon mit fünf Jahren, andere aber erst mit sieben Jahren in ihrer Entwicklung so weit, dass sie - um ein einfaches Beispiel zu nennen - Buchstaben und Zahlen in eine sinnvolle, logische Reihenfolge bringen können.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wenn man diese Entwicklungsunterschiede ignoriert und sie alle zum Stichtag - Lebensalter fünf - in die Grundschulklasse hinein presst, belastet man die Grundschulen mit Problemen, die sie schlechterdings nicht bewältigen können.

(Beifall im ganzen Haus)

Punkt fünf: **Guter und quantitativ ausreichender Unterricht!** Ohne diese Grundvoraussetzung wird eine Besserung der Ergebnisse der Schulen nicht zu erreichen sein. Wenn man darauf hinweist, dass Hauptschüler vor zehn Jahren in diesem Land im Schnitt 30 Wochenstunden Unterricht hatten und es jetzt 25 Stunden Unterricht sind, ist es nicht verwunderlich, dass bei einer besonders schwierigen Schülerklientel in vielen Bereichen die Ergebnisse nicht den Hoffnungen und Erwartungen entsprechen.

Wir haben in diesem Land einen krankheitsbedingten Unterrichtsausfall von etwa 5 % nach den Stichprobenerhebungen, die die Landesregierung regelmäßig alle paar Jahre vornimmt. Wir haben darüber hinaus ein Stundenfehl von durchschnittlich 7 % - auch, wenn Sie das seit einigen Jahren in den Berichten zur Unterrichtsversorgung nicht mehr erwähnen. Der letzte Bericht des Landesrechnungshofs zum Thema Unterrichtsbedarf stellt fest:

„Um eine gleichmäßige Bedarfsbasis zu schaffen, hat das Bildungsministerium ... eine

durchschnittliche Unterrichtsversorgung von 93 % der Studentafeln zugrunde gelegt.“

Daraus kann man ablesen: Von vornherein ist ein durchschnittliches **Stundenfehl** von 7 % einkalkuliert. Wenn dann noch 5 % Unterrichtsausfall durch Krankheitsfälle hinzukommt, sind wir im Schnitt bei 12 %. Dann gibt es Presseberichte wie die von vor ein paar Tagen aus Lübeck. Der Kreiseltererbeirat der Gymnasien hat aufgrund besonderer örtlicher Probleme von einem Stundenfehl von 20 % gesprochen. Diese Zahl ist durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Solche Ausreißer auch in noch extremere Werte hinein sind möglich, wenn man im Durchschnitt schon so hoch liegt.

Es bleibt dabei: An Bildung darf nicht mehr - auch das ist eine Botschaft aus der PISA-Studie - gespart werden, auch wenn Finanzminister Möller, auch wenn der Bund der Steuerzahler dieser Meinung sind.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen: Wer jetzt noch an Bildung spart, der spart die Grundlagen unseres Wohlstandes und unserer sozialen Stabilität in diesem Land zu Tode.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den sehr differenzierten Beiträgen von Herrn Weber und Herrn Dr. Klug kann ich hier feststellen: Einig sind wir uns wohl alle: Bildung muss das Hauptanliegen der gesamten Gesellschaft werden. Aber dann wird es schon differenzierter: Wir sind mit Ihnen in vielem einig, Herr Klug und Herr Weber, allerdings nicht in der Frage, ob es wieder neue Sonderschulen, neue Sondersysteme für hoch begabte oder Menschen mit besonderen Handicaps geben muss. Hierüber sollten wir noch einmal diskutieren. Ich bedauere, dass sich die CDU mit ihrer Forderung nach einem zentralen Prüfungssystem nur auf einen sehr kurzen Sprung eingestellt hat. Wir brauchen aber tatsächlich eine **Bildungsreform**. Daran führt kein Weg vorbei, Herr de Jager.

Die Analyse der Schwächen und das 8-Punkte-Programm der Zeitschrift „Spiegel“ zu PISA liest sich für mich, als habe jemand das grüne Parteiprogramm abgeschrieben. Ich möchte das deshalb hier in Auszügen zitieren.

Als Bündel von Maßnahmen, um die Weichen für den weiteren Lebensweg zu stellen, wird hier beschrieben:

(Angelika Birk)

**Kindertagesstätten** und Kindergärten müssen zu einem Bildungswerk werden. Sie müssen ihren **Bildungsauftrag** erfüllen - nicht mit Pauken, sondern mit altersgerechten Förder- und Lernmöglichkeiten. Dies gilt natürlich auch für Migranten!

Der „Spiegel“ kommt zu dem zweiten Punkt, nämlich dass **Sprachtests** in Aussicht gestellt werden müssen, um die Eingangsphase in der Schule auch für diese Kinder gut zu gestalten.

Ein sehr wichtiger Punkt, der sich durch die ganze Analyse des „Spiegel“-Artikels zieht - hier möchte ich manchem Vorredner widersprechen -, ist der Hinweis darauf, dass das hierarchisch gegliederte Schulsystem in Deutschland überholt ist, dass andere Länder, beispielsweise Finnland, mit einem **egalitären Bildungssystem** offensichtlich besser abschneiden. Alle Kinder in den ersten neun Jahren in einer Schule, das ist in vielen Ländern Standard. Das sollte uns doch nachdenklich machen. Das spricht nicht gegen mehr individuelle Förderung und das spricht auch nicht dagegen, dass es natürlich Lernsituationen gibt, in denen nicht alle Kinder in einer Lerngruppe sind, weil sie unterschiedliche Niveaus haben. Aber das spricht gegen Auslese. Das spricht dagegen, dass man ein Kind, das nicht mitkommt, einfach in eine andere Schule abschieben kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie einmal auf die Statistik, die im „Spiegel“ abgebildet ist, die die PISA-Ergebnisse anschaulich macht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublich!)

Da heißt es: 14,9 % der ausländischen Schüler in Deutschland sind in Sonderschulen, immerhin 17,3 % in Hauptschulen, 12,0 % in Gesamtschulen. In den anderen weiterführenden Schulen liegt die Zahl weit unter 10 %, bei den Gymnasien nur bei 3,9 %. Das spricht doch im Grunde genommen für sich. Das heißt, hier haben wir bei dem versagt, was wir hätten tun können. Wir sind kein Einwanderungsland geworden. Wir haben es versäumt, allen Kindern gleichmäßig Bildungschancen zu eröffnen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es verwundert Sie sicherlich nicht, dass ich auf einen dritten Punkt eingehe, den der „Spiegel“ hervorhebt, nämlich die Ganztagschulen. Hier sollten wir uns nicht in einen akademischen Streit zwischen **Ganztagschulen** und Ganztagsangebot verheddern. Wir haben ausführlich darüber debattiert, wie man dies schrittweise aufbauen kann. Herr Dr. Klug hat das

Wesentliche zu dem gesagt, was Ganztagsangebote leisten müssen.

Wir müssen an sozialen Brennpunkten beginnen. Auch dies ist dem „Spiegel“ schon aufgefallen.

Viertens: Reform der **Bildung für Lehrerinnen und Lehrer!** Mehr Pädagogik und mehr Teamarbeit! Mehr pädagogische wissenschaftliche Forschung! Auch die Ministerin hat darauf hingewiesen: Wir wissen in Deutschland überhaupt nicht, wie Lernen heutzutage funktioniert. Wir brauchen dazu natürlich die Unterstützung unserer Hochschulen, die das mit den Praktikern evaluieren und herausfinden müssen.

Fünftens: Natürlich muss die **Schule** selbst ein **unabhängiges System** werden. Es freut mich, dass auch dies inzwischen bei den Journalisten des „Spiegel“ angekommen ist. Ein unabhängiges, lernendes System, organisatorische, inhaltliche und finanzielle Unabhängigkeit!

Wir sind uns auch beim sechsten Punkt einig: Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, was in der Schule passiert. Eine öffentliche Profildarstellung, Profilfindung und - wie die Ministerin betonte - **regelmäßige unabhängige Tests** wie PISA! Nicht zentrale Prüfungen, Herr de Jager, sondern unabhängige Tests, die nicht dem einzelnen Schüler oder der einzelnen Schülerin das Versagen eines Bildungssystems zuschreiben, eine Evaluierung, die überprüft, wie es mit der Bildung und dem Bildungssystem jeweils bestellt ist!

Die **Schule** muss sich nach außen ins Gemeinwesen hinein öffnen und mit den **gesellschaftlichen Gruppen** wie Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaft und so weiter zusammenarbeiten, schreibt der „Spiegel“ als siebten Punkt. Auch dies ist etwas, was wir als Grüne schon in der letzten Legislaturperiode gefordert haben, was nun endlich mit Initiativen wie „Jugendhilfe in Schule“, mit Initiativen wie „Sport gegen Gewalt“, aber auch mit der Demokratiekampagne des Landes Schleswig-Holsteins in Angriff genommen worden ist. Hier braucht sich dieses Land, was gute Ansätze angeht, nicht zu verstecken. Es geht jetzt darum, dies in die Breite gehen zu lassen.

Der letzte Punkt ist ein sehr wesentlicher Punkt. Ich bedauere, dass der Finanzminister nicht anwesend ist. Nichts weniger als die Forderung, **Investitionen in die Bildung** auch haushaltsrechtlich als solche zu betrachten, ist der Abschlusspunkt in diesem „Spiegel“-Artikel. Wenn wir alle uns denn so einig sind: Warum ist das tatsächlich eine Verfassungsutopie? Können wir nicht dahin kommen, unser Haushaltsrecht umzuschreiben? Ich weiß, dass man das nicht in einem einzelnen Bundesland tun kann, Das kann man auch nicht

(Angelika Birk)

mit der einfachen Mehrheit tun. Wenn wir uns in dieser Frage so einig sind, muss es Wege geben, Bildungsinvestitionen als das anzusehen, was sie sind. Das Return of Investment ist natürlich eine etwas technokratische Sprache - so wie sich auch manches Technokratische in den Ausführungen von Herrn Thönnies, dem SPD-Landesvorsitzenden, wieder findet.

Ich betone: Es gibt eine Reihe von Punkten, in denen wir übereinstimmen. Ich habe sie vorgetragen. Eine ganze Reihe dieser Gedanken findet sich auch in der Stellungnahme des SPD-Landesvorsitzenden wieder. Ich hoffe deshalb darauf, dass er seinen Einfluss auf Bundesebene nutzt, damit wir gemeinsam, Rot-Grün, ein Stück vorankommen.

Ich will noch auf ein paar weitere Punkte eingehen, die eine etwas differenziertere Betrachtung brauchen. Dankenswerterweise wird im „Spiegel“ auch darauf hingewiesen, dass unser Gesamtschulsystem in der Konkurrenz zu einem gegliederten Schulsystem in einem unfairen Wettbewerb steht. Im Grunde genommen ist es eine vierte Ausgliederung: Hauptschule, Realschule, Gymnasium und dann noch die Gesamtschule. Häufig werden Gymnasialschüler, die versagen, erst einmal auf die **Gesamtschule** geschickt. Das heißt, die Gesamtschule hat eine Aufgabe bei der Integration, die weit über das hinausgeht, was andere Schulen zu leisten bereit sind. Deswegen darf diese Debatte nicht nur um die Frage geführt werden, ob die Gesamtschule gut oder schlecht ist, sondern wir müssen das gegliederte Schulsystem auch insgesamt kritisch betrachten und schauen, wie wir zu neuen Lösungen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz finde ich es wert, sich einmal anzuschauen, was die **Gesamtschule** hier zu Lande leistet. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Berichtsantrag gestellt haben. Wir werden hoffentlich im Frühjahr Antworten auf die Fragen haben, was die Gesamtschulen leisten und wo wir, wenn wir die Schulen des gegliederten Schulsystems miteinander vergleichen, bisher stehen. Nach einer Einführungs- und Konsolidierungsphase dieser Schulart sind diese Fragen an der Zeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir noch einmal auf die **Migrantenkinder**. Die bayerische Regierung möchte diesen die Schuld an den schlechten PISA-Ergebnissen geben. Meine Vordredner haben das Notwendige dazu gesagt. Ich möchte an dieser Stelle nicht nur auf die Notwendigkeit des Deutschunterrichts schon in der Kindertagesstätte hinweisen, sondern auch neugierig machen auf die

Debatte über den Migrationsbericht, den uns die Landesregierung vorstellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird auch darum gehen, in den Kindertagesstätten und den Schulen endlich einen **multikulturellen Ansatz** zu finden. Das bedeutet auch das, was wir anhand der Fremdsprachendebatte in der Grundschule im Bildungsausschuss diskutiert haben, nämlich zu Inversionsmethoden zu kommen, das heißt zu der Möglichkeit, dass der Fachunterricht auch in ausländischen Sprachen stattfindet, und zwar sowohl in den Herkunftssprachen der Kinder als auch in den zukünftigen Weltsprachen. Aber solange die Kinder noch nicht in der Lage sind, eine Sprache richtig zu sprechen, sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Ich glaube aber, dass man richtiges Sprechenlernen nur dann erreicht, wenn man das, was die Kinder an Sprachvermögen mitbringen, zum Ausgangspunkt macht.

In „dpa Kultur“ gab es einen wichtigen Hinweis auf einen Modellversuch - ich glaube, es war in Nordrhein-Westfalen -, bei dem erstmals im ersten Schuljahr in multikulturellen Klassen festgestellt wird, welche Sprachen die Kinder überhaupt sprechen und wie weit sie in diesen Sprachen jeweils fortgebildet sind. Wir müssen zu solchen neuen pädagogischen Ansätzen kommen, um dieses Problem zu lösen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jürgen Weber [SPD])

Ein Weiteres, was bisher zu wenig beachtet, aber bei der PISA-Analyse sehr deutlich wird - Frau Erdsiek-Rave ist darauf eingegangen -: Während früher das katholische Mädchen vom Lande der Prototyp der Bildungsbenachteiligung war, so ist es heute - so sagte sie - der türkische Junge aus der Großstadt. Es ist schon auffällig, wie groß die Anzahl der Modernitätsverlierer beim männlichen Geschlecht insgesamt und auch bei männlichen Migranten ist.

Was heißt das für den pädagogischen Ansatz? Heißt das denn einfach, dass wir so weitermachen können wie bisher? Wo haben diese Kinder denn **männliche Vorbilder**? In den Medien wird ihnen mehr denn je ein Machobild vorgelebt. Die realen Väter entziehen sich häufig. Männer entziehen sich häufig sogar auch als Fachpädagogen. Der pädagogische Beruf verweiblicht. Auch darauf hat Frau Erdsiek-Rave dankenswerter Weise schon wiederholt hingewiesen.

(Zuruf von der SPD: Das ist schlecht!)

Wenn wir dieses Thema nicht ernst nehmen, werden alle unsere Bemühungen um mehr Lesenlernen und mehr Anregungen zum Schreiben ins Leere laufen.

(Angelika Birk)

Denn Lernen ist ein ganzheitlicher Prozess. Er läuft auch über die Geschlechts- und über die Kulturidentität. Deshalb müssen wir sehr genau hinschauen, wie andere Länder mit diesem Problem fertig werden. Es nützt nichts, die **Geschlechterfrage in der Schule** länger zu leugnen; sie ist eine Machtfrage, sie ist eine Kulturfrage und sie ist eine Zukunftsfrage.

Ein Letztes dazu, wie wir die Reform nun gemeinsam angehen: Wir reden jetzt sehr viel über die Modernitätsverlierer, über diejenigen, die Probleme haben, aber wir reden nicht mit ihnen. **Partizipation** und **Integration** kann nur gelingen, wenn wir diejenigen, um die es geht, in den Dialog mit einbeziehen. Das heißt, dass wir uns darüber klar werden müssen, dass bei vielen Kindern, deren **Eltern** sich nicht so sehr um sie kümmern, wie wir uns das wünschen - die statt zu reden und mit ihnen gemeinsam rauszugehen, lieber den Fernseher einschalten -, wir schon bei der Lernbiografie der Eltern auf ein Schulversagen, auf ein Bildungsversagen unseres Systems zurückblicken müssen. Schon diese Eltern sind in der beginnenden Strukturverwerbslosigkeit groß geworden. Vielleicht haben sie selber als Migranten erlebt, dass sie nicht willkommen sind und in der Schule versagt haben. Ich finde es sehr ermutigend, dass beispielsweise der Kreis Nordfriesland **Elternschulen** an Kindertagesstätten und Schulen einführt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk  
[SSW])

nicht um die Eltern zum Besuch einer Paukanstalt für Erziehung zu verdonnern, sondern um auf die Fragen, die sie zur Erziehung haben, einzugehen. Diese Veranstaltungen dürfen nicht mittelschichtorientiert sein, sondern müssen das gesamte Spektrum der Eltern ansprechen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Und wenn sie da nicht hingehen!)

Außerdem ist es notwendig, dort, wo nicht pädagogische Fachleute bereit sind, in der Schule mitzuwirken, diese Hand zu ergreifen. Nicht umsonst gibt es jetzt hierzulande ein **Quereinsteigerprogramm**, wie wir es für den Lehrernachwuchs gefordert haben. Wir begreifen es nicht nur als Notnagel, sondern auch als Gewinn. Ich glaube aber auch: Wir müssen den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern selbst führen. Wir haben hier im Land eine hervorragende **Schüler-selbstverwaltung**. Sie hat an vielen Beispielen - denken Sie nur an „Schüler helfen leben“ und an ihren Beitrag zur Schulprofilbildung - bewiesen, dass sie bereit ist, mit uns als Politikerinnen und Politikern zu sprechen. Ich glaube, gerade in Schleswig-Holstein haben wir eine Chance, nicht wie das Kaninchen auf

die Schlange zu blicken, die schlechten Ergebnisse bei der Regionalisierung abzuwarten, sondern jetzt schon mit den ersten Schritten zur Verbesserung zu beginnen. Ich wünsche mir, dass hierzu das ganze hohe Haus beiträgt und wir Bildungspolitiker bei den Finanzdebatten, aber auch bei den Strukturentscheidungen, nicht allein gelassen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt keine Hau-den-Lukas-Rede halten, denn ich finde nicht, dass das dem Thema angemessen ist. Der Kollege de Jager hat jedoch einige Äußerungen gemacht, die vielleicht doch eher zu so einer Rede anregen. Der Redebeitrag des Kollegen Dr. Klug hat dann aber wieder mehr Mut gemacht.

Das schlechte Abschneiden unserer Schülerinnen und Schüler in der PISA-Studie kann nicht wirklich überraschen, wenn man sich täglich mit der Materie Schule, Unterricht und Bildung beschäftigt. Ich gebe zwar der Bildungsministerin und dem Kollegen Hay Recht, wenn sie im Vorweg zu dieser Debatte sagen, dass wir jetzt nicht die bildungspolitischen Grabenkämpfe der 70er-Jahre wieder aufleben lassen sollten, aber dennoch müssen wir uns als verantwortliche Politikerinnen und Politiker ernsthaft fragen, ob wir mit dem aktuellen Zustand an unseren Schulen zufrieden sein können, genau so, wie das jetzt in dieser Debatte passiert. Ich meine nein - und das nicht erst seit den Ergebnissen der PISA-Studie. Ich habe das in unzähligen bildungspolitischen Debatten hier im Landtag immer wieder deutlich gemacht.

Die Ergebnisse der PISA-Studie können also nicht ernsthaft überraschen, sie tragen aber dankenswerterweise dazu bei, die Mängel des bundesdeutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich wieder ins Bewusstsein der Menschen zu rufen. Sie geben uns somit auch die Gelegenheit, die Zukunft unseres Schulwesens über unseren eigenen Tellerrand hinaus zu diskutieren. Ich bin aber auch der Meinung, das man nicht ohne weiteres all das übertragen kann, was in anderen Ländern funktioniert. Richtig ist es aber dennoch, dass wir jetzt keine Schnellschüsse brauchen. Die Ministerpräsidentin will Anfang nächsten Jahres zu einer Gesprächsrunde einladen, die sich ausführlich

**(Anke Spoorendonk)**

damit beschäftigen soll, was konkret zu tun ist. Das begrüßen wir.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Was ist denn jetzt so katastrophal an den Ergebnissen der PISA-Studie - dabei möchte ich unterstreichen, dass man im Grunde viele der internationalen Vergleichsresultate immer mit Vorsicht genießen sollte -: Es ist schon gesagt worden, wir wollen keine Schule wie in Japan oder Korea. Dennoch handelt es sich nach Aussagen der Expertinnen und Experten bei der PISA-Studie um eine sehr seriöse Untersuchung der OECD, die auch von allen Mitgliedsländern vorher anerkannt worden ist. Natürlich sind die bescheidenen Ergebnisse der deutschen Schülerinnen und Schüler in den Disziplinen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften im internationalen Vergleich völlig unbefriedigend - dazu kann es keine zwei Meinungen geben. Aber noch vielmehr sollten uns die Ergebnisse der deutschen Schüler in der **Lesekompetenz** mit einem nur 27. Platz von 31 Nationen beunruhigen. Gerade die Fragen in der Lesekompetenz hatten zum Ziel, nicht nur die Deutsch- oder Literaturkenntnisse zu prüfen, sondern die Cleverness der Schülerinnen und Schüler. Ein Lesetest-Versagen in diesem Bereich zeigt laut OECD-Koordinator Andreas Schleicher, dass diese Personen die zukünftigen Herausforderungen an das Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft wahrscheinlich nicht bewältigen können. Fast 25 % der getesteten Schülerinnen und Schüler hatten Probleme in diesem Bereich, der ja auch über die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidet. Das ist ein Aspekt, der nicht vergessen werden sollte.

Weiter sollte uns beunruhigen, dass die **Leistungsunterschiede** zwischen den Besten und den Schlechtesten in fast keinem Land so krass ausfallen wie in der Bundesrepublik. Das mag zum einen an den vielen ausländischen Schülerinnen und Schülern liegen. Es stellt schon fast einen Skandal dar, dass der bayerische Ministerpräsident - auch ich muss das loswerden - in diesem Zusammenhang fordert, das Zuwanderungsgesetz abzulehnen, weil sonst angeblich noch mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ins Land kommen, das heißt, dass der Durchschnitt dadurch noch weiter runtergehen würde. Das ist Populismus pur und lässt Böses für den kommenden Bundeswahlkampf ahnen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Klaus Schlie [CDU]: Und wie ist das jetzt in Dänemark?)

Zum anderen kann man in dieser Debatte aber nicht übersehen, dass das deutsche Schulwesen nicht zur Integration von schwachen Schülern gleich welcher

Nationalität, aber insbesondere der nicht deutschen Schüler, beiträgt. Denn der typische schwache Leser ist laut PISA der männliche Jugendliche aus einer Migranten- oder sozial benachteiligten Familie.

Wir haben heute schon gehört, dass die Mädchen beim Leseverständnis wesentlich besser abschneiden als die Jungen. Das heißt, das Ziel, durch die Bildungspolitik, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen, wird hierzulande scheinbar überhaupt nicht erreicht. Das ist angesichts der bildungspolitischen Diskussion der letzten 30 Jahre äußerst ernüchternd.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte diesen letzten Punkt besonders hervorheben, denn es ist ja nicht so, dass wir erst jetzt anfangen, eine bildungspolitische Debatte zu führen. Ich kann mich noch gut an die Diskussionen in den 70er-Jahren erinnern, wo es um Chancengleichheit ging.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Laut Veröffentlichungen sieht die Bildungsministerin die Hauptprobleme im Unterricht selbst. Sie ist der Meinung - wenn ich das richtig verstanden habe -, dass beispielsweise das **anwendungsbezogene Wissen** und das Verständnis von Texten - insbesondere den schwächeren Schülern - nicht genug vermittelt wird. Sie vertritt dazu die Auffassung, dass wir eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Eltern und Bildungseinrichtungen brauchen und bereits im Kindergarten unsere Kinder besser mit Texten und Büchern vertraut machen sollten. Auch die Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss verbessert werden. Alle angesprochenen Punkte sind richtig und werden auch vom SSW unterstützt. Das heißt, das Umfeld und der Inhalt der Schule müssen verbessert werden - in einer gemeinsamen Anstrengung von Eltern, Lehrkräften und Politikern, die die Rahmenbedingungen setzen müssen.

Darüber hinaus kommen wir nicht darum herum, uns auch mit der Frage der Ressourcen und Strukturen zu befassen. Auch bei den **Ressourcen**, die die Bundesrepublik pro Schülerin und Schüler einsetzt, liegen wir relativ weit hinten im Feld der Industrienationen. Dass das ein faktisches Problem ist, zeigt sich darin, dass wir in fast allen Bundesländern ein Problem mit der Unterrichtsversorgung haben. Kurz gesagt: Wir müssen mehr Ressourcen für die Bildung freisetzen, wenn wir im internationalen Vergleich in Zukunft mithalten



**(Anke Spoorendonk)**

wollen und wenn wir etwas für unsere Kinder und Jugendlichen tun wollen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Ekkehard Klug [FDP] - Sylvia Eisenberg [CDU]: Warum habt ihr denn unsere Anträge abgelehnt?)

Dazu sollte es aus Sicht des SSW allen Verantwortlichen zu denken geben, dass in den weitaus meisten Industrieländern, die im Schulleistungstest PISA weit vor der Bundesrepublik liegen, die Schülerinnen und Schüler bis zur 9. Klasse gemeinsam die Schule besuchen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lars Harms [SSW]: Eben!)

Ein gegliedertes Schulsystem ab der 4. Klasse gibt es nur in der Bundesrepublik, in der Schweiz und in Österreich.

(Lars Harms [SSW]: Das ist mittelalterlich!)

Für uns heißt das, das gegliederte Schulsystem - so wie wir es kennen - hat keine Zukunft.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht nur zu teuer, sondern es verschlechtert auch die Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien und trägt dazu bei, dass die Bundesrepublik ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr bringt - wenn man unbedingt diesen wirtschaftspolitischen Aspekt mit anführen möchte. Das heißt zwar nicht, dass die **ungeteilte Schule** immer nur gute Ergebnisse bringt oder ohne Probleme ist. So liegt beispielsweise Dänemark in vielen Bereichen nur im Mittelfeld der PISA-Studie. Aber die ungeteilte Schule kann viel besser zur Integration der Schülerinnen und Schüler beitragen. So ist es beispielsweise bemerkenswert - ich kenne nur die dänischen Zahlen -, dass die dänischen Schülerinnen und Schüler laut einer anderen Studie über einen sehr hohen Grad an **sozialer Kompetenz** verfügen und sehr gern zur Schule gehen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt unserer Meinung nach an der ungeteilten Schule.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Helmut Plüschau [SPD])

Der Kollege Klug sprach vorhin das Problem Bildung insgesamt an. Ich teile seine Auffassung, dass Bildung sehr viel mehr ist als Schule. Das heißt, wenn wir uns mit unserem Bildungssystem auseinander setzen, müssen wir auch weiter denken, wir müssen die Frage mit

einbeziehen, wie wir insgesamt in unserer Gesellschaft mit den Kindern und Jugendlichen umgehen, wie sie von uns akzeptiert werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Und wir müssen mit einbeziehen, welche Möglichkeiten wir den jungen Leuten bieten, das **Lesevergnügen** kennen zu lernen. Das Stichwort hierzu ist die Zukunft unserer **Bibliotheken** und Büchereien. Nördlich der Grenze hat man kürzlich ein neues Bibliotheksgesetz eingeführt, das genau auf diese neuen Herausforderungen eingeht. Ich denke, da kann man den berühmten Blick über den Tellerrand einmal wagen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Lothar Hay [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW mahnt schon seit Jahren in den bildungspolitischen Debatten des Landtages grundlegende Reformen des Schulsystems und auch der Lehrerbildung an. Leider versucht man immer nur, an dem Problem herumzudoktern - das muss ich einmal sagen -, statt endlich das gegliederte Schulsystem aufzubrechen. Wir wollen es gar nicht abschaffen, wir wollen es lediglich aufbrechen. Die Mehrheit im Landtag war - liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben Sie vielleicht schon vergessen - nicht bereit, kleine Schritte in diese Richtung zu gehen. So wurde zum Beispiel unsere im Frühjahr aufgestellte Forderung nach der Einführung einer **sechsjährigen Grundschule** auf regionaler Ebene vom Landtag abgelehnt. Es geht aber kein Weg daran vorbei: Wir müssen endlich eine grundlegendere Reform des Schulsystems in Angriff nehmen. Wir wollen keine Grabenkämpfe - das sagte ich anfangs schon -, aber ich wage zu bezweifeln, ob wir uns weiter über inhaltliche Fragen austauschen können, ohne uns auch mit den Strukturen zu beschäftigen. Das wird nicht gehen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch eine Bemerkung zum Kollegen de Jager machen, der in seinem Beitrag von einem Wettbewerb der bildungspolitischen Ideen sprach und sich gleichzeitig gegen ideologische Grabenkrämpfe

(Heiterkeit und Beifall)

- Grabenkrämpfe und Grabenkämpfe - aussprach. Wenn das, was er gesagt hat, nicht von ideologischen

**(Anke Spoorendonk)**

Ideen und Grabenkämpfen geprägt war, weiß ich nicht, wovon er geredet hat.

(Beifall beim SSW - Klaus Schlie [CDU]:  
Was war mit dem Beitrag eben, das war doch pure Ideologie!)

- Lieber Kollege Schlie, ich stehe dazu, ich führe aber keine Grabenkämpfe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie machen Ideologie pur!)

- Das machen Sie auch. Ich möchte zum Schluss noch eine Sache ansprechen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Aber bitte kommen Sie dann zum Schluss, Frau Abgeordnete!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Das werde ich auch tun, Frau Präsidentin.

Wenn man meint, alles bewältigen zu können, indem man den Begriff Leistung neu definiert, indem man fordert, von Anfang an Noten zu geben, und wenn man meint, die Förderung von benachteiligten Kindern im außerschulischen Bereich ansiedeln zu können, ist das wirklich eine Rolle rückwärts.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abgeordneter Greve das Wort.

**Uwe Greve [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Vier kurze Gedanken!

Erstens. Das Thema eignet sich nicht zur Polemik zwischen den Parteien. Alle führenden Parteien haben entschieden dazu beigetragen, dass das Ergebnis der PISA-Studie so aussieht, wie es jetzt aussieht.

Zweitens. Jürgen Weber hat Recht, wenn er sagt, dass es keinen Anlass zur Panik gibt. Es ist Anlass zur nüchternen Analyse und nicht zu hektischem oder unsinnigem Handeln, sondern wir müssen einen Weg gehen, der durchdachtes Handeln in dieser Frage möglich macht.

Drittens. Es wird Zeit, dass wir das Thema ernst nehmen. Ich darf daran erinnern, dass wir schon einmal

mit der Herzog-Rede die Chance hatten, das Thema groß aufzugreifen, und dass wir auch mit der Green-Card die Chance hatten, das Thema groß aufzugreifen.

(Holger Astrup [SPD]: Grüne Karte! - Martin Kayenburg [CDU]: Geben Sie Astrup lieber die rote Karte!)

Wenn Sie einmal die Grundlage der Green-Card im Auge haben, sollten wir uns die wirklich wichtige Frage stellen: Wie muss ein **Bildungssystem** ausschauen, das über fast ein Jahrhundert Menschen in alle Welt gebracht hat, die dort großes geleistet haben? Wir haben Bildung in riesigem Maßstab exportiert. Dass auf einmal ein solches Land in Entwicklungsländern darum bittet, Computerexperten zu finden, ist doch ein Armutszeugnis für ein Bildungswesen, wie es schlimmer gar nicht sein kann. Das hätte uns doch wachmachen müssen!

(Beifall bei der CDU)

Auch die Grünen hätte es unter einem anderen Aspekt wachmachen müssen. Wenn Sie einmal darüber nachdenken: Wenn wir den Entwicklungsländern auch noch die mühsam herangezogenen jungen Eliten entziehen, haben wir dann morgen nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen Armutswanderer?

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viertens. Es muss uns zu denken geben, dass die **Bildungsergebnisse** in früherer Zeit besser waren. Denken Sie einmal an die Jahre 1945 bis 1955: Da haben die Menschen die Bücher aus dem Schutt der Universitäten geklaut. Aber die Bildungsergebnisse waren zum Teil besser als heute.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Nein!)

Die Ursache für die Bildungskrise sehe ich deshalb in großem Maßstab nicht als institutionelle oder organisatorische Krise, sondern ich sehe die **Bildungskrise** als eine ideelle Wertekrise.

Eine Kernfrage lautet - ich sage das in einer Drei-Minuten-Rede bewusst extrem -: Wollen wir den Weg zur Spaß- und Unterhaltungsgesellschaft weitergehen oder wollen wir eine Verantwortungs- und Leistungsgesellschaft werden? Das ist für mich die Kernfrage, die hier aufgeworfen wird.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Uwe Greve [CDU]:**

Bildlich und kontrastreich gesprochen heißt dies: Ist es ein lebenswertes Ziel, möglichst viele Urlaube bei Ballermann und mit viel Halli-Galli zu machen, oder ist es Lebensziel, verantwortlich und mitgestaltend Mitglied der Gesellschaft zu sein?

Ein letzter Satz! Die Frage nach unserer Werteordnung ist auch im Bildungsbereich an dieser Stelle aufgeworfen. Wir sollten den Mut haben, nicht nur zu diskutieren, sondern wieder gemeinsam einen Wertekanon zu entwickeln, der nicht von oben verordnet, sondern aus Einsicht von einer großen Zahl von Menschen in unserem Lande gelebt wird. Das ist für mich die Wurzel dieses Themas.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Steenblock.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nicht auf den Beitrag des Kollegen Greve hin gemeldet. Lieber Kollege Greve, auch in Ihrem Beitrag ist eher die Debatte von gestern wieder aufgemacht worden.

(Holger Astrup [SPD]: Vorgestern!)

Natürlich geht es um gesellschaftliche Werte. Es geht nicht darum, gerade die Entwicklung zur Spaß- und Freizeitgesellschaft zu diskriminieren,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern wir müssen dahin kommen, dass es in dieser Gesellschaft Spaß macht zu lernen,

(Beifall)

dass wir eine Gesellschaft haben, in der Lust und Freude, auch Individualität gefördert werden. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. Wir brauchen eine Kulturdebatte. Kollege Klug hat dazu auch schon etwas gesagt. Es kann nicht hingenommen werden, dass es mittlerweile immer stärker werdende Subkulturen in dieser Gesellschaft gibt, in denen es cool ist, blöd zu sein.

(Beifall im ganzen Haus - Klaus Schlie [CDU]: Ein vernünftiger wertekonservativer Ansatz!)

Ich spiele doch mit dem Kollegen Greve auch gern Fußball, ich auf dem rechten Flügel, er links. Das ist

nicht das Problem. Man muss das nach vorn zusammenfassen und diese Debatte nicht rückwärts gewandt betrachten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine Debatte um eine Gesellschaft, in der **Bildung** einen **Wert** darstellt, in der Intellektualität einen Wert darstellt, in der sich Schulkinder - was ich gerade bei meiner Tochter erlebt habe - nicht dafür schämen müssen, dass sie intelligent sind und bei Arbeiten eine Eins schreiben. Das ist in vielen Schulsystemen ein Makel. Da brauchen wir eine andere Kultur.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Klaus Schlie [CDU])

Die Protagonisten dieser Kultur sind die Lehrerinnen und Lehrer, die in dieser Gesellschaft in den letzten zehn Jahren ziemlich verhunzt worden sind.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Es wäre aus meiner Sicht ein exzellenter Schritt in dieser Diskussion, das wieder zu öffnen und den **Vertrauensvorschuss** zu gewähren, den **Lehrer** brauchen, um in diese Debatte nach all dem, was in den letzten 20 Jahren gelaufen ist, wieder offen und motiviert reinzugehen und sich einige Politikerinnen und Politiker bis hin zum Bundeskanzler für die dämlichen Sprüche, die sie über Lehrerinnen und Lehrer gemacht haben, entschuldigen und sagen würden: Wir brauchen euch in dieser Debatte und wir wollen diese Diskussion gemeinsam um die Zukunft unseres Landes der Kinder willen führen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Dazu gehört aus meiner Sicht allerdings auch, dass die Lehrerinnen und Lehrer selber bestimmte Ursachen von leichtfertiger, populistischer Diskriminierung sehen und die Frage von Arbeitszeiten in den Ferien oder die Fragen, die sich jetzt beim Aufbau von Ganztagschulen stellen, aus ihrer Identität heraus offensiv besetzen und sich dabei nicht immer in die Defensive begeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ein letzter Punkt, den ich in diese Debatte zusätzlich einfügen möchte. Frau Ministerin Erdsiek-Rave, wir müssen uns auch über die Frage unterhalten, ob die **Steuerung unseres Bildungssystems** über die **KMK** tatsächlich noch zeitgemäß ist.

(Beifall)

**(Raider Steenblock)**

Wir brauchen aus meiner Sicht die Debatte darüber genauso. Der Bildungsföderalismus kann auch ein Hemmschuh sein. Wenn ich die Rede des Kollegen de Jager heute gehört habe und mir vorstelle, wie die Diskussion über die Auswertung der Länderebene läuft, wird diese PISA-Debatte und die Folgedebatte ein Hemmschuh sein und keine nach vorn gewandte Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Raider Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Deshalb bitte ich Sie, darüber nachzudenken, ob wir in Zukunft nicht ein Bildungssystem brauchen, das europäische Rahmenbedingungen hat, die offen sind, das den Wettbewerb, den auch ich will, nicht den Bundesländern, sondern den einzelnen Schulen überlässt, die viel besser in der Lage sind, sich ein Profil zu schaffen, mit den Freiheiten, die sie haben. Dann hätten wir eine Bildungslandschaft, in der Wettbewerb möglich ist, aber auch Freiheit für die einzelnen Schulen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und des Abgeordneten Claus Hopp [CDU])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG - Universitätsklinikum Jahr 2000 -**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1388

Das Wort hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, dass ich unzulässigerweise die Gelegenheit nutze, mich für die eben geführte Debatte zu bedanken. Ich finde, das war ein gutes Zeichen. Anders als in anderen Landtagen, von denen ich gelesen

habe, wie schrecklich dort debattiert worden ist, ist dies eine Mut machende Debatte gewesen, die eigentlich fortgesetzt werden müsste im Sinne einer ständigen Tagesordnung, auf die wir dieses Thema setzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, am vergangenen Freitag hat Professor Dieter Harms, der Direktor des Instituts für Pathologie am Klinikum der CAU, den Preis der Deutschen Krebshilfe erhalten. Sein weltweit einzigartiges Kinderkrebsregister umfasst inzwischen 27.000 Präparate. Ich möchte ihm auch von dieser Stelle aus ganz herzlich zu diesem Preis Glückwünsche sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Dies ist nicht ein beliebiges Beispiel, aber ich erwähne es deswegen, weil wir in Kiel und Lübeck **medizinische Experten** haben, die weit über unser Land hinaus Anerkennung finden. Dies ist gewiss nicht der einzige, aber doch ein sehr wichtiger Indikator für den hohen Leistungsstand, auf dem sich unsere Klinika befinden.

Der Bericht gibt dafür eindrucksvolle Beispiele: Im Bereich der Gentherapie, im Bereich der Immuntherapie, im Bereich der Stammzellentransplantation - der Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Errichtung des Mildred-Scheel-Hauses -, im Bereich der Neurowissenschaften und in vielen anderen Bereichen mehr; ich habe hier nur die Wichtigsten und Herausragendsten genannt.

Diesen **hohen Leistungsstand** zu halten, darum geht es in Zukunft, nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit durch mehr Arbeitsteilung und Profilierung auch noch auszubauen und zu stärken. Beide Klinika stehen seit der Verselbstständigung am 1. Januar 1999 auf einem soliden Wirtschaftskurs und haben schon zum zweiten Mal eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt. Die erwirtschafteten Jahresüberschüsse im Jahr 2000 liegen bei jeweils 3 Millionen DM. Die betriebswirtschaftlichen Freiräume, die die Klinika durch die rechtliche und organisatorische Verselbstständigung haben, haben sie erfolgreich genutzt.

Am Beginn des Jahres 2001, vor also ziemlich genau 12 Monaten, stand die Erkenntnis, dass der Weg der Verselbstständigung noch nicht ausreicht. Die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein ist nach wie vor zu teuer. Fast 40 % der Hochschulausgaben im Landeshaushalt entfallen auf die beiden Klinika. Wir haben das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Denn steigenden Ausgaben für Personal- und Sachkosten stehen stagnierende beziehungsweise rückläufige Einnahmen gegenüber - dies nicht nur aus dem Landeshaushalt, sondern vor allem deswegen, weil die Budgets der Krankenkassen auf niedrigem Niveau

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

gedeckt sind und auch bleiben und weil die Umstellung der Kassenabrechnung auf die Fallpauschalen im nächsten Jahr bevorsteht - noch niemand weiß genau, was das für die **Hochschulklinika** wirklich bedeutet. Dadurch ist übrigens auch die Varianz in den Defizitaussagen zu erklären, die die Gutachter machen. Die Landeszuschüsse werden in den Jahren 2002 bis 2005 um insgesamt 19 Millionen DM weiter sinken. Dies ist auch ohne Alternative - das sage ich in aller Klarheit - in Bezug auf den Landeshaushalt und in Bezug auf den hohen Anteil der Medizinkosten für die Hochschulen insgesamt.

Diese Lage - allein für das Jahr 2002 befürchten die Vorstände ein Defizit von 27 Millionen DM - ist nur mit gravierenden Veränderungen zu meistern. Eine der gravierendsten Veränderungen ist die **Zusammenführung** der beiden Universitätsklinika zum 1. Januar 2003 mit der Zielsetzung, ein Klinikum Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Das ist ein wirklich schwieriges und ehrgeiziges Unterfangen. Es verlangt viel Veränderungsbereitschaft von allen Beteiligten. Es verlangt auch einen erheblichen Verzicht auf Regionalinteressen, die dieses Land - finde ich - manchmal mehr prägen, als ihm zuträglich ist - um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

Dies gilt im Übrigen auch für die Hochschulpolitik insgesamt.

In diesem Zusammenhang mache ich einmal eine Bemerkung zu dem, was gestern die Landesrektorenkonferenz beschlossen hat. Ich will mich jetzt nicht weiter zur Finanzsituation der Hochschulen einlassen, aber die sind immerhin diejenigen, die als einzige Institutionen im Landeshaushalt mit einer deutlichen Steigerung rechnen können - und dies zugesagt für vier Jahre. Ich finde, da wird ein wenig unterschätzt, was dies in Bezug auf die schwierige Lage des Landeshaushalts insgesamt bedeutet.

Das Zweite, was ich sagen will, ist Folgendes. Ich begrüße ja die Bereitschaft, dass mit uns zusammen eine unabhängige Kommission eingesetzt werden soll. Dass ich die Einsetzung einer Kommission zu Beginn dieses Jahres selbst geplant hatte, war übrigens den beiden Rektoren der beiden großen Universitäten schon bekannt. Aber wie groß die Bereitschaft ist, an eigene Strukturen heranzugehen, wird sich dabei ja zeigen. Schon die kleine Veränderung im Bereich Architektur und Bauwesen oder auch die Veränderungen, die in Flensburg geplant sind, sorgen bei den betroffenen Hochschulen leider für Aufstände und Klagen. Ich finde, das ist kein gutes Omen.

Die Vorstellung, die manche so hegen - um es in Bezug auf die Klinika einmal ganz deutlich zu sagen -, man brauche ja nur mal eben etwas Mut zu fassen und

das Medizinstudium in Lübeck erst einmal einzustellen, dann hätte man ja genügend Ressourcen - das kann man ja ganz leicht ausrechnen -, geht doch wohl an der Realität dieses Landes etwas vorbei. Ich weise solche Hauruckvorstellungen auch mit Nachdruck zurück.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Ministerin, ich möchte Sie an die Redezeit erinnern.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Mut und Bereitschaft zur Änderung sind allerdings gefragt. Ich werde die Hochschulen dabei auch beim Wort nehmen.

Wir fördern die Zusammenführung der Klinika in dem festen Willen, eine möglichst herausragende Forschung und Lehre zu gewährleisten und - dies ist für die Menschen weit über die Wissenschaft hinaus von Bedeutung - eine optimale Krankenversorgung auf höchstem medizinischem Niveau auch in der Zukunft sicherzustellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jost de Jager.

**Jost de Jager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor knapp einem Jahr, am 12. Januar 2001, hat die Ministerpräsidentin, Frau Simonis, auf einer Kabinettspresskonferenz erstmals das Vorhaben einer **Fusion** der beiden **Universitätsklinika** in Kiel und in Lübeck zu einem gemeinsamen Universitätsklinikum Schleswig-Holstein vorgestellt. In der anschließenden Landtagsdebatte hatten wir als CDU bemängelt, dass zu dem Zeitpunkt noch gar nichts geklärt gewesen war - weder die Frage, wo der Verwaltungssitz sein sollte, noch die Frage, welche Teile wohin verlagert werden. Daran hat sich übrigens in der Zwischenzeit, Frau Erdsiek-Rave, nichts geändert.

Am vergangenen Dienstag hat es wieder eine Pressekonferenz gegeben, diesmal von Ihnen. Aber viel Neues haben wir dabei nicht erfahren.

Nach wie vor ist ungeklärt, wo der **Verwaltungssitz** dieser fusionierten Universitätsklinik Schleswig-Holstein liegen soll. Das soll ein Aufsichtsrat ent-

(Jost de Jager)

scheiden - so haben wir der Pressemitteilung entnommen -, aber diesen Aufsichtsrat gibt es noch gar nicht. Die Begründung dafür, dass dieser Aufsichtsrat, den es noch gar nicht gibt, entscheiden soll, wo der Verwaltungssitz sein soll, lautet - so sinngemäß die Ministerin -, dass die Frage des Verwaltungssitzes in den zurückliegenden Monaten eine Bedeutung angenommen habe, die dieser Frage gar nicht gerecht werde, und deshalb werde sie vertagt.

Aber glauben Sie denn wirklich, Frau Erdsiek-Rave, dass die Bedeutung dieser Frage abnimmt, nur weil man sie nicht beantwortet? Nein, das ist eher das Eingeständnis, dass Sie zwar den Mut hatten, eine Fusion anzustoßen, aber nicht den Mut haben und sich nicht zutrauen zu entscheiden, wo der Sitz dieser fusionierten Universitätsklinik sein soll.

Es ist nach wie vor nichts geklärt und wir glauben, dass das auch ein Zeichen für die **hochschulpolitische Handlungsunfähigkeit** dieser Landesregierung ist. Die hat sich auch darin dokumentiert, dass gestern die Hochschulrektorenkonferenz eine eigene unabhängige Kommission eingesetzt hat, die die Hochschulstrukturentwicklung in Schleswig-Holstein mit vorbereiten soll. Frau Erdsiek-Rave, ich kann verstehen, dass Sie sich darüber erregen, aber das kommt einer Entmündigung Ihres Hauses in diesen Fragen gleich.

Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir seinerzeit vorgeschlagen haben, dass man für die Hochschulstrukturentwicklung im Lande einen Landeswissenschaftsrat ins Leben rufen sollte, der dies dann auch begleiten und unabhängig Vorschläge machen könnte. Das ist von vielen kritisiert worden, unter anderem von der FDP, die gestern aber die Einsetzung der Expertenkommission der Hochschulrektorenkonferenz begrüßt hat. Wir glauben, dass sich diese beiden Gremien ziemlich ähnlich sind, und wir glauben, dass es richtig ist, wenn die Landesregierung diese Strukturentscheidung nicht treffen will oder nicht treffen kann, dass das dann ein unabhängiges Gremium machen soll.

(Beifall bei der CDU)

Man hat den Eindruck, dass Sie im Verlaufe dieses Jahres Angst vor Ihrer eigenen Courage bekommen haben, Frau Ministerin, und dass Ihnen erst im Verlauf des Verfahrens und des Vorhabens klar geworden ist, welche Enormität dahinter steckt, zwei solche Klinika zu vereinen. Ich glaube, dass Sie noch nicht einmal genau wissen, ob es dieser Fusion tatsächlich bedarf.

Wir haben bereits zu Beginn des Jahres gesagt, dass wir uns als CDU-Fraktion einer Zusammenlegung der Klinika dann nicht grundsätzlich widersetzen, wenn geklärt ist, dass eine solche **Fusion** für die **Landesfi-**

**nanzen** und für die **Wirtschaftlichkeit der beiden Einrichtungen** die beste Lösung ist. Dieser Beweis ist noch nicht geführt worden.

Es gibt das Roland-Berger-Gutachten, das dem Landtag übrigens noch nicht zur Verfügung gestellt wurde, in dem offenbar ein Defizit von über 40 Millionen DM für die nächsten Jahre prognostiziert wird. Aber man muss dabei zur Kenntnis nehmen, dass ein weiter Teil dieses Fehlbetrages darauf zurückzuführen ist, dass politische Entscheidungen dazu geführt haben, dass auf der Einkommenseite weniger Geld zur Verfügung steht.

Dann ist ein solches Defizit in der Tat eine Art „self fulfilling prophecy“. Insofern ist es ja auch so, dass Roland Berger jetzt ein zweites Gutachten machen soll; mit dem ersten sind Sie nicht klar gekommen.

Ich möchte Ihnen vielleicht auch anhand des Haushalts 2002 noch einmal vor Augen führen, auf welchen brüchigen Annahmen Ihre Entscheidungen eigentlich beruhen. Das Universitätsklinikum Kiel geht davon aus, dass es im kommenden Jahr, 2002, einen Jahresfehlbetrag von 10 Millionen € haben wird. Dieses Defizit ist ein überwiegend politisches Defizit, denn einer der ganz großen Brocken, 2,3 Millionen €, sind die Kürzungen des Landeszuschusses, 2 Millionen € gehen für die Kosten der Fusion drauf, 600.000 € gehen als GMSH-Abgabe drauf und der Restbetrag ist sozusagen für die Tarifsteigerungen, die nicht übernommen werden. Das heißt, wir haben es hier nicht mit einem kaufmännischen, betriebswirtschaftlichen Defizit zu tun, sondern sehr stark mit einem politisch geprägten.

Wir glauben, dass wir, bevor wir später auch als Parlament darüber entscheiden müssen, sehr viel mehr Klarheit über die Vorgaben und die Zielrichtung dieses Unterfangens haben müssen. Wir bleiben bei unserer Forderung, dass wir auch für die Frage der Fusion, die natürlich erhebliche Auswirkungen auch für die Frage der Standorte der beiden Fakultäten haben wird, sehr wohl den Masterplan, den Landeshochschulplan, haben müssen und nicht Einzelentscheidungen. Der Grund, weshalb so vieles von dem, was Sie in den letzten Monaten und Wochen vorgeschlagen haben, in die Kritik geraten ist, liegt nämlich mit darin, dass keiner weiß, wohin die Reise tatsächlich gehen soll. Das muss aber von Anfang an klar sein.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Lassen Sie mich aus gegebenem Anlass noch einmal darauf hinweisen, dass bilaterale Gespräche zwischen Abgeordneten und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

der Ministerien auch bilateral geführt werden. Und so verständlich Äußerungen von der Regierungsbank aus sind, sie sind nicht zulässig.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Klinika; deswegen möchte ich diesem Bericht zumindest so viel Ehre antun, drei Sätze zu ihm zu sagen. Danach will ich auf das eingehen, was hier bisher in die Diskussion eingebracht worden ist.

In der Tat ist positiv zu vermerken, dass der **Bericht** feststellt, dass beide **Klinika** einen positiven Abschluss getätigt haben - trotz einer Deckelung der Krankenkassenzuschüsse auf schwierigem Niveau und trotz Absenkung der Landeszuschüsse. Das haben wir lesen können.

Wer sich den Bericht genau durchliest, wird erkennen, dass viele der Dinge, die bei der **Rechtsformveränderung** angekündigt worden waren, auf einem sehr positiven Weg sind. Ich glaube, dass ein paar Elemente aus diesem Bericht zumindest wert sind, zur Kenntnis genommen zu werden, wenn auch die Frage, ob nun Kiel oder Lübeck Verwaltungssitz sein soll, die Gemüter sehr erregt. Dazu werde ich gleich auch noch etwas sagen.

Es ist eine positive Botschaft ist - das geht auch noch einmal deutlich aus dem Bericht des Kieler Universitätsklinikums hervor; aber das gilt auch für Lübeck -, dass deutlich gemacht wird, dass eine Anhebung der Mittel für die **interdisziplinären Forschungsschwerpunkte** innerhalb der Hochschulmedizin durch Umschichtungen erreicht werden soll. Das ist deswegen wichtig, um deutlich zu machen, dass wir eine Profilschichtung innerhalb der beiden Klinika auch im Forschungsbereich haben, die deutlich macht, welche Entwicklungschancen beide auch in Wissenschaft und Forschung haben.

Das kann man gar nicht deutlich genug unterstreichen, weil dann, wenn wir über die Frage reden - das ist meines Erachtens, Herr de Jager, die Frage, wohin die Reise geht -, es ohne Alternative ist, dass wir den Anteil der Hochschulmedizin im Bereich der Hochschulstruktur absenken. Das macht aber nur dann Sinn, wenn die Querverstrebungen, die Interdisziplinaritäten zwischen Medizin und anderen Bereichen der Wissenschaft nicht kaputtgemacht, sondern eher verstärkt und besser etabliert werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Das sind qualitative Punkte, die es lohnt, ins Auge zu nehmen.

Ich will jetzt auf ein paar Punkte hinweisen. Natürlich ist es so, dass die Fusion auf den Weg gebracht werden muss. Die Hintergründe und auch die wirtschaftlichen Gründe, die hier eine Rolle spielen, sind von der Ministerin ja noch einmal deutlich aufgeführt worden. Dass diese Fusion ohne Alternative ist, wissen auch die beiden Klinika.

Es macht keinen Sinn, jetzt eine vorgezogene Beratung über einen Gesetzentwurf zu machen, der noch gar nicht auf dem Tisch liegt. Das wäre relativ albern. Aber ich will einmal deutlich sagen: Natürlich wird man kurzfristig noch nicht **wirtschaftliche Effekte** durch einen **Fusionsprozess** haben, die das abdecken, was an Fehlbedarf prognostiziert wird. Aber das macht doch zweierlei deutlich: Ohne Fusion hätten wir gar nicht die Chance, in anderen Bereichen zu Effekten zu kommen, die wir durch Aufgabenteilung, Aufgabenabsprachen, durch Konzentration und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dringend brauchen. Ohne Fusion wäre das alles nicht zu machen. Aber die Fusion allein reicht eben nicht aus und deswegen muss schon im Vorwege, bevor wir zu dieser Fusion kommen, mehr an Absprachen, an Konzentration, an Aufgabenteilung passieren.

Dazu sind beide Klinika bereit und ich finde, dass das ein gutes Zeichen ist und auch im Landtag gelobt werden darf, dass zwei so große Umsatzbringer, zwei so große und riesige und qualifizierte Einrichtungen bereit sind, diesen schwierigen Prozess zu gehen und auch etwas für dieses Land auf einem hohen Niveau zu leisten und dabei im Auge zu haben, dass die Finanzmittel des Landes begrenzt sind. Dass auch zu respektieren, ist nicht der Alltag im Umgang von Institutionen oder Zuwendungsnehmern mit dem Land.

Ich meine also, dass die Klinika hier einen sehr positiven, einen sehr konstruktiven Prozess abwickeln. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich lobend hervorheben.

Zur Standortfrage will ich gern zwei, drei Sätze sagen. Man wird eines deutlich machen müssen: Wenn wir den Anteil der Hochschulmedizin im Bereich der Hochschulen senken wollen und wenn wir - das haben wir immer gesagt und dabei muss es auch bleiben - die Mittel, die wir dort freischaufeln, den Hochschulen insgesamt zugute kommen lassen wollen - das ist ja einer der Grundgedanken -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Was heißt „insgesamt“?)

dann heißt das in der Konsequenz natürlich auch, dass wir nicht aus dem Kiel-Lübeck-Dualismus heraus

(Jürgen Weber)

Kosten entstehen lassen dürfen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind.

Ich will deutlich sagen, eine Politik: „Was ihr habt, wollen wir auch haben“, sozusagen öffentlich durch das Land zu tragen, macht überhaupt keinen Sinn, sondern man muss deutlich absichten, wer was am Besten kann unter der Maßgabe - das haben wir in diesem Parlament auch schon mehr als einmal gesagt -, dass es natürlich nachher zwei Klinikstandorte in einem Klinikkonzern gibt und dass das natürlich beinhaltet, es wird zwei Poliklinika geben, weil man den medizinischen Bereich nicht auseinander teilen kann. Es gibt also sozusagen hunderttausend Gewährleistungserklärungen.

In der Frage, wann und wo man jetzt entscheidet, wo der **Verwaltungssitz** sein soll, kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Es gibt gute Gründe für beide Standorte. Ich glaube, dass in Abwägung weiterer Entscheidungen und auch weiterer Zuweisungen von Schwerpunkten nach Kiel und nach Lübeck dann die Frage entschieden werden muss, wo der Verwaltungssitz ist. Insofern glaube ich, dass wir dort noch einen unaufregteren Prozess haben werden, als er bisher auf dem Weg ist.

Übrigens - letzter Satz; das will ich gern noch sagen - steht es im Laufe des Gesetzgebungsverfahren natürlich jedermann frei - wir werden dazu dann auch noch Äußerungen treffen -, von sich aus einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Ich sage einmal, ich kann mir als Kieler Abgeordneter Lübeck vorstellen unter der Voraussetzung, dass das Gesamtpaket der Gewichtung der Schwerpunkte mit der Frage, wo welche Klinika und wo welche Leistungen und Kapazitäten vorgehalten werden, dann auch stimmig ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Es macht also keinen Sinn, eine Vorfestlegung zu treffen, ohne das Gesamtpaket zu bewerten. Deswegen bin ich in großer Gelassenheit in dem Wissen, dass die Klinika das bewältigen werden, was wir von ihnen verlangen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die politisch interessierte Möwe, die vorhin am Fenster auf- und abging und die PISA-Debatte verfolgte, ist nicht

mehr da. Wir sind beim nächsten Tagesordnungspunkt angekommen.

Die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein steht vor tief greifenden Einschnitten. Angesichts eines Defizits, das bereits im kommenden Jahr auf über 27 Millionen DM - und bis 2005 auf mehr als 42 Millionen DM - steigen wird, ist die **Position der Universitätsklinik** in der **medizinischen Forschung** - wie auch in der **Krankenversorgung** - gefährdet.

Ob die Fusionspläne der Landesregierung wirklich einen nennenswerten Beitrag zur Entlastung bringen können, steht in den Sternen. Zweifel sind angebracht. In den Uni-Klinika selbst glaubt kaum jemand an die **Fusion** und die damit verbundenen Erwartungen der Landesregierung. Bereits heute soll im Fakultätskonvent der Kieler Universität ein Spar- und Streichungskonzept im Volumen von 15 Millionen DM beraten werden. Auf die trügerischen Hoffnungen, die das Land in die Wirkung des Fusionsvorhabens setzt, geben die Hochschulmediziner hier in Kiel, aber - so denke ich - auch in Lübeck offensichtlich nicht sehr viel. Sie nehmen die Sache selbst in die Hand, bevor der Gesetzentwurf für die Fusion überhaupt in der parlamentarischen Diskussion angekommen ist.

Die Probleme bei der laufenden Finanzierung der Uni-Klinika stellen tatsächlich nur einen Teil der Probleme dar. Wir haben das vorliegende Berger-Gutachten nicht, Kollege Jürgen Weber.

(Jürgen Weber [SPD]: Ich habe das auch nicht!)

- Gut! Man hört, dass dort ein Investitionsbedarf in der Größenordnung von 990 Millionen DM genannt wird, der abgedeckt werden müsse, um die Klinika in Kiel und Lübeck in allen Bereichen auf einen modernen Stand zu bringen. Das ist ein **Investitionsdefizit** von knapp 1 Milliarde DM. Es wäre gut, dazu Informationen von der Landesregierung zu erhalten, um die Sachlage entsprechend bewerten zu können.

Angesichts solcher Daten ist es besonders bemerkenswert, dass die Klinika in Kiel und Lübeck - trotz schwieriger Rahmenbedingungen - hervorragende Leistungen vorweisen können. In Kiel sind die Drittmitteleinnahmen gegenüber dem Vorjahr von 19,3 auf 23,8 Millionen DM gestiegen. In Lübeck sind sie von 16,8 auf 18,2 Millionen DM gestiegen. Die steigende Anwerbung von Drittmitteln ist eindeutig ein Leistungsbeleg für beide Klinika. Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Von den 300 Millionen DM, die die Bundesforschungsministerin für das deutsche Human-Genomprojekt auswirft, gehen immerhin 21 Millionen DM nach Schleswig-Holstein. Das liegt weit über der durchschnittlichen 3,5-Prozent-Quote, die Schleswig-



**(Dr. Ekkehard Klug)**

Holstein aufgrund seiner Bevölkerungszahl im Ländervergleich erhalten würde. Es ist wirklich ein Leistungsausweis der Forscher in Lübeck und Kiel, dass wir in so hohem Maße an diesem wichtigen Forschungsgebiet partizipieren.

(Beifall bei der FDP)

Von den 300 Millionen DM gehen fast 100 Millionen DM nach Bayern. Das sicherlich nicht deshalb, weil die rot-grüne Bundesregierung in Berlin den Freistaat Bayern so toll findet. Das liegt daran, dass es in Bayern Forschungseinrichtungen, Universitätsklinika und Universitäten gibt, die in der Lage sind, die Grundausstattung einzubringen, die man braucht, um in vielen Bereichen erfolgreich **Drittmittel** einwerben zu können. Ich warne vor einer Verschlechterung der Ausstattung unserer Universitätsklinika im Bereich der Zuschüsse für Forschung und Lehre, die dazu führen kann, dass wir in dem Wettbewerb, in dem wir bislang durchaus vorzeigbare Ergebnisse haben, in absehbarer Zeit nicht mehr mithalten werden können.

Wenn wir - wie die Ministerpräsidentin das für notwendig hält - zum Gesundheitsland Nummer eins werden und den Zukunftsmarkt Gesundheit auch für die Entwicklung unseres Landes erschließen, brauchen wir funktionsfähige und im Wettbewerb stehende Universitätsklinika. Dann dürfen wir keine Entwicklung zulassen, durch die die Verteilung auf die beiden Standorte zu idiotischen Ergebnissen führen würde. Über eine sinnvolle Arbeitsteilung muss man sich Gedanken machen. Dass an einem Standort die Herzchirurgie und an dem anderen die innere Medizin ist, kann man sich nicht vorstellen. Es gibt sicherlich Möglichkeiten einer Arbeitsteilung zwischen beiden Standorten. Nicht jeder muss alles haben, was der andere hat. Wenn aber **funktionsfähige Uni-Klinika** in Kiel und Lübeck erhalten bleiben sollen, was offensichtlich die Position der Sozialdemokraten ist, dann muss ein Grundbestand an Fächerbreite und Angeboten da sein. Sonst ist die ganze Sache am Ende völlig idiotisch.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten  
Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete Birk hat das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Bericht mit Interesse gelesen und möchte einiges daraus hervorheben. Auf Zahlen sind meine Vorredner schon eingegangen. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Dieser Geschäftsbericht ist eine Mischung aus Bilan-

zen, Inhalten und Perspektiven für die Klinika. Es fällt der Hinweis auf, dass die **DRGs** zukünftig ein Kalkulieren schwerer machen. Es besteht die Sorge, dass sich die Hochschulpolitik in den Messeinheiten der Krankenkassen nicht niederschlagen wird. Das wird ein Problem aller Hochschulklinika sein. Es wird interessant, wie ein Bundesland in seiner Kleinheit - im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen oder Bayern - mit zwei so großen Hochschuleinheiten, die jeweils zwei riesige Klinika haben, auf diese Herausforderung reagiert. Das wird für andere Bundesländer sicher wegweisend sein. Trotzdem kann nicht so getan werden, als wäre dies nur ein jeweiliges Problem der Klinika in Kiel oder Lübeck. Es muss eine Gesamtantwort geben. Das ist eine bundesweite Ansage an die Gesundheitsfachleute.

Wie vernetzen sich die Klinika mit ihrem Umfeld? Diese Frage wird von beiden Klinika sehr unterschiedlich beantwortet. Kiel geht sehr ausführlich darauf ein, in welchen Bereichen mit städtischen Einrichtungen oder der Psychiatrie kooperiert wird oder eine **Kooperation** angedacht ist. Ich würde mir eine ähnliche inhaltliche Darstellung auch von Lübeck wünschen, denn auch da gibt es ein vielfältiges Netz an Kooperationen, sei es auch mit Einrichtungen, die nicht in Schleswig-Holstein liegen. Wenn so ein Bericht komplett sein soll und man inhaltliche Entwicklungen sehen möchte, dann wäre es eine zukünftige Anforderung an die Fusion, dass für uns Parlamentarier solche Entwicklungslinien ersichtlich werden.

Zu den **Finanzen!** Die **Lübecker** weisen auf Seite 25 darauf hin, dass sie im Institut für Radiologie ein alternatives Finanzierungskonzept in Form eines Nutzungsmodells für die komplette Erneuerung der bildgebenden Geräte und die überfällige Ausstattung der Abteilung **Neuroradiologie** in der Gesamthöhe von circa 20 Millionen DM ausgearbeitet haben. Es wird angekündigt, dass das Modell in diesem Jahr umgesetzt werden soll. Weil mich interessiert hat, welche neuen Finanzierungsformen sich da auftun, habe ich mich erkundigt. Frau Ministerin, ich habe bedauerlicherweise erfahren, dass der Finanzminister einen Strich gezogen und gesagt hat: Es gehen uns Bundesmittel verloren, wenn wir das selber finanzieren oder durch eine Methode, die durch ein externes Gutachten belegt wurde, die Klinik finanzieren lassen.

Inzwischen hat man sich auf einen Kompromiss geeinigt. Der ursprüngliche Entwurf, die Gesamtkonzeption neu zu machen, was insbesondere für die Neuroradiologie überfällig war, weil dies ein innovativer Wissenschaftszweig ist, der entsprechende Gerätschaften braucht, wurde nur in einer kleinen Lösung realisiert. Ich will damit nicht ein Plädoyer dafür halten, an diesem Kompromiss in Lübeck wieder etwas zu ändern.

(Angelika Birk)

Ich bitte aber darüber nachzudenken, in welcher Form zukünftig **Zuweisungen des Landes und des Bundes** an dieses Universitätsklinikum, das eine **neue Rechtsform** bekommen soll, ausgewiesen werden. Werden Bundesmittel abgegriffen? Werden Landesmittel als Zuweisung abgearbeitet? Was wird den Klinika im Sinne eines eigenständigen Wirtschaftens aus eigener Kraft zugemutet? Wenn es um die Fusion geht, sollten wir diese Fragen in Zukunft sehr gründlich untersuchen: Was ist dabei unsere Rolle als Parlamentarier und Haushaltsverantwortliche? Was ist von den Klinika aus eigener Kraft zu leisten? Das betrifft auch das Thema **Investitionen im baulichen Bereich**.

Wir haben als Land den - wie ich finde, nicht gerade günstigen und aus alter Zeit stammenden - Vertrag mit den Krankenkassen, der insofern eine ungeordnete Finanzsituation hinterlässt, als viele für die Drittmittelanforderung zuständig sind: Die Krankenkassen - zukünftig - mit der DRG-Abrechnungsmethode, das Land für Investitionen und die Klinika aus eigener Kraft.

Um hier Klarheit und Transparenz zu haben und zu wissen, was einzelne Leistungen tatsächlich kosten, brauchen wir einige Parameter mehr, als wir sie aus dem Zahlenwerk entnehmen können. Auch dieses Zahlenwerk muss für uns so transparent gemacht werden, dass wir die unterschiedlichen Finanzströme und ihre Entwicklung nachvollziehen können. Wir werden sicher im Bildungsausschuss noch ausführlich über das Thema sprechen.

Ich wünsche mir zukünftig in einem solchen Bericht nicht nur eine Bilanz über neue wissenschaftliche Kooperationen und darüber, dass die Einnahmen und Ausgaben in Ordnung sind, sondern auch Auskunft darüber, wieweit es den **Klinika** gelungen ist, dem Anspruch der **Frauengleichstellung** Rechnung zu tragen und in Forschung und Lehre Frauen mehr als bisher zu beteiligen. Wir haben in beiden Klinika hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte. Sie sind auch in herausragenden Gremien tätig, die meiner Ansicht nach gut daran tun, die Arbeit dieser Fachfrauen und ihre Ergebnisse, für die die gesamte Universität Verantwortung übernehmen muss, zu dokumentieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten Jutta Schümann  
[SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Bericht der Landesregierung deutlich macht, dass die beiden **Universitätsklinika**, Kiel und Lübeck, für 2000 einen ausgeglichenen **Haushalt** aufweisen, wissen wir, dass es unter anderem aufgrund der angespannten Haushaltslage des Landes künftig immer schwieriger wird, beide Klinika in bisheriger Form finanziell zu fördern. Auch die geplante Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen bringt Unwägbarkeiten mit sich und noch ist nicht sicher, inwieweit sich diese auf die Einnahmeseite des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein auswirken wird.

Die Kürzungen der letzten Jahre konnten die Klinika durch einschneidende Einsparungen, strukturelle Umschichtungen im Personalbereich sowie zunehmende Wirtschaftlichkeit in der Betriebsführung ausgleichen. In den Krankenhäusern sind etwa 70 % der Kosten Personalkosten. Daher ist davon auszugehen, dass genau in diesem Bereich der überwiegende Teil der Einsparungen der letzten Jahre erzielt wurde. Dies ist jedoch ein Weg, der nur in begrenztem Umfang und für begrenzte Zeit beschritten werden kann. Daher scheint die **Fusion** der Klinika der richtige Weg zu sein, um Synergieeffekte und Einsparpotenziale durch eine gemeinsame Leistungserbringung und Schwerpunktbildung zu erzielen und um die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein zu stärken.

Als die Landesregierung vor etwa einem Jahr die Pläne zur Zusammenführung bekannt gab, hat sie für viel Unruhe in den Klinika gesorgt. Seitdem ist an beiden Standorten viel geschehen, um die faktische Zusammenführung voranzubringen. An beiden Klinika wird aus eigener Kraft an Konzepten gearbeitet, um die Basis für die Fusion zu schaffen. Gleichzeitig wird mit Hilfe externer Beratungsgesellschaften in einem Zweistufenplan der Prozess der Zusammenführung unterstützt. Parallel hierzu wurde von der Landesregierung ein Gesetzentwurf erarbeitet, der - wie wir wissen - in dieser Woche im Kabinett beschlossen wurde. Damit hat die Landesregierung das Gesetzgebungsverfahren für die Zusammenführung der Universitätsklinika eingeleitet.

Wir wissen auch, dass diese Fusion in erster Linie aufgrund der künftigen finanziellen Unwägbarkeiten für die Universitätsklinika Kiel und Lübeck vorangebracht werden muss. So prognostiziert die Beratungsgesellschaft Roland Berger für beide Klinika Defizite von 30 bis 40 Millionen DM. Dieser Entwicklung gilt es natürlich entgegenzuwirken. Wir dürfen jedoch nicht dem Irrglauben erliegen, dass mit der in Aussicht gestellten Fusion heute schon alles besser und günstiger

(Anke Spoorendonk)

ger werden würde. Denn natürlich kostet auch die Fusion selbst Geld. Die eingesetzten externen Beratungsunternehmen arbeiten nicht umsonst. Das Personal der Uni-Klinika ist zunächst erheblich mehr belastet, da mit der Fusion verbundene Aufgaben von den Mitarbeitern wahrgenommen werden müssen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass diese Aufgaben in den meisten Fällen anspruchsvoll sind und deshalb gerade die qualifizierten Mitarbeiter überproportional eingebunden werden.

Es ist wichtig, dass die sich aus der **Fusion** ergebenden Einsparungen realistisch eingeschätzt werden. Die von der Beratungsfirma Berger **prophezeiten Einspareffekte** werden sich nämlich erst in einigen Jahren bemerkbar machen. Ob sie denn wie vorhergesagt eine Summe von 20 bis 40 Millionen DM pro Jahr erreichen, sei noch dahingestellt.

Die Entscheidung über den künftigen **Sitz des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** ist - das wissen wir - von der Landesregierung mehrmals verschoben worden. Nun wurde die Verantwortung an den noch zu bildenden Aufsichtsrat übertragen und damit auf 2003 vertagt, um in den Klinika nicht für Unruhe und Ärger zu sorgen und die Konkurrenzsituation nicht noch zu verstärken. Doch gerade die fehlende Entscheidung führt zu noch mehr Konkurrenz und zu noch mehr Verunsicherung.

(Beifall bei SSW und CDU)

Denn Spekulationen werden dadurch Tür und Tor geöffnet. Die Situation wird nicht besser dadurch, dass diese Entscheidung immer wieder vertagt wird. Jedes Klinikum wird darum kämpfen, den Sitz für sich zu gewinnen. Mit anderen Worten: Wir fordern die Landesregierung auf, nicht mit verdeckten Karten zu spielen. Erst wenn alle wissen, woran sie sind, wird es gelingen, die Kräfte zu bündeln und ein Großklinikum für die Zukunft wettbewerbsfähig zu machen.

Dazu noch eine Bemerkung. Ich denke nicht, dass wir diese Debatte unabhängig von der Frage führen können, was mit dem Bereich Medizin in der Zukunft in Schleswig-Holstein insgesamt passieren wird, ob es also nur eine Fakultät geben oder wie sich die Struktur sonst darstellen wird. Beide Diskussionen müssen parallel zueinander geführt werden.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung vor der abschließenden Beratung dem Bildungsausschuss zu überweisen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich beabsichtige, um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 5 - Gesundheitsdienstgesetz - weiterzumachen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung von 13:19 bis 15:02 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Es geht weiter.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst - Gesundheitsdienst-Gesetz (GDG) -**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1045

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 15/1403

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1439

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1457

Das Wort erteile ich dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran.

**Andreas Beran [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter der Drucksachenummer 15/1403 finden Sie die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Der Sozialausschuss hat den Gesetzesentwurf in zwei Sitzungen, zuletzt am 29. November 2001, beraten und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP, den Gesetzesentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen gegenüber dem Gesetzesentwurf der Landesregierung sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das sehe ich nicht. Dann

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jahner.

(Lothar Hay [SPD]: Wie dringend notwendig dieses Gesetz ist, sieht man am Gesundheitszustand der Abgeordneten!)

**Arno Jahner [SPD]:**

Herr Hay, ich bitte doch sehr!

(Martin Kayenburg [CDU]: Er hat für sich selbst gesprochen!)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lothar Hay [SPD]: Herzlich willkommen!)

Es ist geschafft! Nachdem die Institutionen und Verbände ihre Stellungnahmen eingereicht haben und die Anregungen und Wünsche im Rahmen des Machbaren in das Gesetz eingeflossen sind, liegt heute der Entwurf zur Entscheidung vor. Wir können dieses Gesundheitsdienstgesetz wahrlich als einen Meilenstein, als sehr gelungen bezeichnen.

Schon in der ersten Lesung habe ich darauf hingewiesen: Dieses Gesetz ist den Bedürfnissen der Kreise und kreisfreien Städte angepasst. Sie haben die große Möglichkeit, ein echtes **Gesundheitsmanagement** zu betreiben, die Ausführung eines Gesetzes, das in vielen Bereichen ausdrücklich von Kannbestimmungen spricht.

Ich habe mich schon sehr über die Stellungnahme der Ärztekammer gewundert, die nunmehr bezweifelt, dass eine Verwaltungsfachfrau oder ein Verwaltungsfachmann ein Gesundheitsamt leiten kann. Keiner hat die Kompetenz und Arbeit der Amtsärzte oder sonstiger medizinischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter infrage gestellt. Es wäre aber mit Sicherheit eine **Entlastung der Ärzte**, wenn Verwaltungshandeln nicht mehr Teil ihrer Arbeit wäre. Natürlich kann und darf - ich wiederhole mich: kann und darf! - eine **Verwaltungsfachkraft** an der Spitze die Aufgaben eines Arztes nicht wahrnehmen. Natürlich brauchen wir weiterhin fachlich versierte Ärzte im Gesundheitsdienst, um zum Beispiel die anfallenden Arbeiten sowie die hoheitlichen Aufgaben nach dem Infektionsschutzgesetz oder nach dem PsychKG wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, Herr Kalinka, die Behauptung, die Bevölkerung sei „schutzlos gegen Bioterror“, halte ich, gelinde gesagt, für frech und der Öffentlichkeit gegenüber unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kalinka, es ist schon interessant, wie Sie auf jeden Zug aufspringen, der Ihnen die Möglichkeit gibt, Ihren Hang zur Profilierung zu pflegen.

(Widerspruch bei der CDU)

Gestern war noch „alles Quatsch mit dem Anthrax-Alarm“ und heute die Behauptung, es werde nicht genug getan! Sie machen sich unglaublich, Herr Kalinka. Unglaublich!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zum Gesundheitsdienstgesetz! Wir bleiben dabei: Hatten wir bis zur Novellierung schon ein gutes Gesundheitsdienstgesetz, so ist das uns nun vorliegende in einigen Bereichen ergänzt und verbessert worden.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich habe gelesen, dass es noch nicht einmal gesetzesreif ist!)

- Sei einmal ruhig, Kollege Schlie! - Wir hatten in diversen Sitzungen mit erneuten Nachfragen und fruchtbaren Diskussionen mit den beteiligten Verbänden und Institutionen die Ihnen nunmehr vorliegenden **Änderungsanträge der Regierungsfractionen** von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzustimmen. Ich denke, jeder hier im Haus kann dem Gesetz zustimmen.

Unter den Punkten eins und zwei der Änderungsanträge sind mehr formale, redaktionelle Änderungswünsche berücksichtigt worden. Mit dem Punkt drei wollen wir im Bereich der Gesundheitsberichterstattung zumindest einmal in einer Legislaturperiode einen Bericht zur Auswertung erhalten. Dieser Bericht soll unter anderem die Möglichkeit zum Austausch zum Beispiel innerhalb der kommunalen Familie eröffnen.

Im Bereich der Zahnerkrankungen und hier besonders der Gruppenprophylaxe wollen wir eine Ausdehnung auf andere relevante Gruppen.

Wenn ich schon von Ausdehnung, von Berücksichtigung, von Gruppen und von Personen rede, gilt dies natürlich auch für den unter Punkt fünf unseres Änderungsantrags erwähnten Personenkreis. Im letzten Punkt geht es erneut um eine eher redaktionelle Änderung. Alle anderen Paragraphen im Gesetzentwurf sind Handwerkzeug für eine gute, kostengünstige und effektive Arbeit mit einem modernen Gesundheitsdienstgesetz.

(Beifall bei der SPD)

(Arno Jahner)

Ich muss noch einmal auf Sie zurückkommen, Herr Kalinka.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So viel Aufmerksamkeit verdient er gar nicht!)

Sie haben für die **Äußerung der Ärztekammer** wieder einmal die Klinge gezogen, sich wie ein Ritter vor sie gestellt. Ich sage Ihnen hier und heute: Die Stellungnahme des Ministeriums war okay; nichts ist hier stillos und arrogant. Ich habe Ihnen anhand des Beispiels der Leitung eines Gesundheitsamtes deutlich gemacht, wie die Ärztekammer fälschlicherweise Alarm geschlagen hat. Sie haben hier wirklich Äpfel mit Birnen verglichen. Begreifen Sie es bitte endlich. Lesen Sie die Begründung zum Gesetzestext. Dann werden auch Sie den Inhalt verstehen. Wo, bitte, Herr Kalinka, hat die erwähnte Ärztekammer Stellung bezogen? - Ich habe in den Stellungnahmen nichts gesehen.

Ich komme zum Schluss. Dieses Ihnen vorliegende novellierte Gesundheitsdienstgesetz gibt die Möglichkeit der übergreifenden, interkommunalen Zusammenarbeit, wie in § 4 ausdrücklich beschrieben. Dieses Gesetz garantiert eine Einbindung in kommunales Handeln, wie in § 5 ausdrücklich erwähnt. Es gibt beispielsweise die Möglichkeit der Entlastung, etwa der Einbindung der niedergelassenen Ärzte. Zu dieser positiven Regelung hat die Ärztekammer überhaupt nichts gesagt. Das ist schon interessant.

Kurzum noch einmal: Moderne Zeiten fordern modernes Handeln, fordern ein solches Gesundheitsdienstgesetz. Es wird die gesteckten Erwartungen erfüllen. Dessen sind wir uns sicher. An Sie, Frau Ministerin, noch einmal Dank für die geleistete Arbeit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Beran hat uns - wie ich denke - in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sozialausschusses heute Morgen einen Weihnachtsmann überreicht. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken, Herr Beran. Vor 14 Tagen in der Sozialausschusssitzung in Norderstedt hatten Sie, nachdem wir unsere Vorschläge mündlich vorgetragen haben, angeregt, noch einmal zusammenzukommen, um darüber zu

beraten. Leider bestand bei der Mehrheit von SPD und Grünen keine Bereitschaft, noch einmal zu diskutieren. Sie sollten schon einen etwas kritischeren Maßstab anlegen. Immerhin haben die Kassen des Landes gesagt, dieser Gesetzentwurf sei nicht gesetzesreif.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Eine solche Kritik sollte man ernsthaft aufnehmen und sich damit beschäftigen.

(Arno Jahner [SPD]: Das ist zurückgezogen!)

Krankenkassen, Ärztekammer, Landesverband der öffentlich angestellten Ärzte, Wohlfahrtsverbände, Landkreistag, also die fachlichen kompetenten Organisationen, haben Vorschläge unterbreitet. Es ist bedauerlich, dass Sie die **Chancen zur Verbesserung** nicht genutzt haben.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Genau! - Thorsten Geißler [CDU]: Ja, genau!)

Sie kritisieren uns gelegentlich dafür, dass wir nicht genug eigene Vorschläge haben. In dem Fachbereich, den ich vertrete, machen wir eigene Vorschläge, unterbreiten sogar Gesetzesalternativen. Sie haben bis heute nicht einen einzigen inhaltlich vernünftigen anderen Vorschlag gemacht. Das ist der Punkt, über den wir uns zu unterhalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist geradezu zum Schmunzeln, dass Frau Hinrichsen vom SSW als einzigen guten Beitrag beisteuert, dass wir schon im Jahr 2004 einen Bericht erhalten sollten. Ein bisschen mehr kritische Distanz zur Regierung könnte manchmal nicht schaden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die wesentlichen **konkreten Vorschläge**, die wir unterbreitet haben, konzentrieren sich auf folgende Punkte.

Erstens. Die **Aufgaben der Gesundheitsämter** sollten präzisiert werden. Ein Katalog von Unverbindlichkeiten wird der Sache nicht gerecht.

Es gehört sehr wohl zu den Aufgaben eines Gesundheitsamtes, sich mit Fragen des Verbraucherschutzes, der Heimaufsicht und des Katastrophenschutzes auseinander zu setzen und sich damit zu befassen.

(Arno Jahner [SPD]: Habe ich ja gesagt!)

Die Ärztekammer des Landes mahnt dies an und vonseiten des Ministeriums wird geantwortet, es würden Äpfel mit Birnen verglichen.

(Beifall des Abgeordneten Arno Jahner [SPD])

(Werner Kalinka)

Wer der Ärztekammer eines Landes in einer ärztlichen Frage unterstellt, sie könne Äpfel von Birnen nicht unterscheiden, muss sich Fragen nach seinem eigenen Selbstverständnis gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Wir als CDU verlangen, dass Kreise und kreisfreie Städte vom Land die Kosten erstattet bekommen, die ihnen in Wahrnehmung neuer Aufgaben nach diesem Gesetz entstehen. Machen Sie doch Ernst damit, dass die Kommunen die Kosten erstattet bekommen, wenn sie vom Land neue Aufgaben übertragen bekommen. Machen Sie Ernst damit, im Land das **Konnexitätsprinzip** durchzusetzen, und halten Sie die Kommunen von diesen Kosten frei.

(Beifall bei der CDU - Arno Jahner [SPD]:  
Haben wir doch schon!)

Das fehlt in Ihrem Gesetzentwurf.

Drittens: **Weniger Bürokratie!** In § 4 - ich weiß, es ist nüchterne Materie, aber ich bitte Sie, kurz zuzuhören -

(Anke Spoorendonk [SSW]: Wir hören immer zu! - Weitere Zurufe)

- Sie hören zu; ich danke für die Aufmerksamkeit! Ich bitte, dem Text zuzuhören: Die Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes, öffentliche Planungsträger und andere Stellen haben sich gegenseitig bei allen Planungen und Maßnahmen, die für gesundheitliche Belange der Bevölkerung bedeutsam sind, rechtzeitig anzuhören.

Der Gesetzgeber sollte den Behörden nicht vorschreiben, wie sie sich gegenseitig zu informieren haben. Das ist entschieden zu viel. Hier wäre weniger mehr. Dies sind einige der Beispiele.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: **Gesundheitshilfe!** Auch wir sind dafür, die Gesundheitshilfe - wie es der Landkreistag vorgeschlagen hat - den Migrantinnen und Migranten und den Obdachlosen besonders anzubieten. Aber ich bitte Sie dann auch, den nächsten Schritt zu machen und dem Vorschlag zu folgen, den der Landkreistag gemacht hat, nämlich dies auch besonders den älteren Menschen angeeignet zu lassen. Das wäre in unserer Zeit ein gutes Signal.

(Beifall bei der CDU)

Als Fünftes haben wir den Vorschlag gemacht, ein Stück **mehr Privatisierung** einzuführen, wo das sinnvoll ist.

Die Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten erlaubt es mir nicht, länger zu sprechen, aber ich möchte am

Ende noch einen Wunsch äußern: Wenn Sie zum neuen Jahr, am Silvesterabend, darüber nachdenken, was Sie sich politisch fürs nächste Jahr vornehmen wollen, würde es mir schon genügen, wenn Sie sich sagen: Wenn die Opposition bessere Vorschläge macht, werden wir sie nicht nur deshalb ablehnen, weil sie von der Opposition kommen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kalinka, sehr geehrter Herr Kollege Jahner, manchmal liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen. Ich kann mich weder diesem euphorischen Beitrag des Kollegen Jahner noch dem sehr engagiert vorgetragenen Beitrag des Kollegen Kalinka anschließen. Aus der Sicht der FDP kommt es mit dem Entwurf des Gesundheitsdienstgesetzes, das wir heute verabschieden wollen, zu einer - das ging bei Ihnen, Herr Jahner, ein bisschen unter - komplett **neuen Ausrichtung des öffentlichen Gesundheitsdienstes**. Nach der Abkehr von festgelegten Zielen soll jetzt die Steuerung betont werden. Auf der Basis von zu erstellenden Gesundheitsberichten werden die eigentlichen Gesundheitsziele durch die Kommunen selbst definiert und die Erreichung dieser Ziele initiiert und koordiniert. Die Umsetzung dieser Ziele muss dann nicht notwendigerweise durch den öffentlichen Gesundheitsdienst selbst erfolgen. Das finden wir völlig in Ordnung, Herr Kalinka.

(Beifall bei der FDP)

Im neuen Gesundheitsdienstgesetz wird der Wille formuliert, den **Kommunen weitere Freiheiten** im Bereich der Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung einzuräumen. Das soll den Kommunen ermöglichen, ein modernes, flexibel agierendes, für den Bürger attraktives Dienstleistungs- und Servicesystem zu schaffen. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss dabei nicht notwendigerweise alles selbst erfüllen. Auch das finden wir grundsätzlich richtig. Es geht darum, dass die Kommunen selbst entscheiden können, was sie im Rahmen der Gesundheitsförderung leisten können und wollen. Hier kann ich mich dann der Euphorie der Sozialdemokraten nicht so ganz anschließen. Es dürfen nämlich die neu eingeräumten Freiheiten und die damit einhergehende Selbstverantwortung der Kommunen nicht dazu führen, dass auf

**(Dr. Heiner Garg)**

Kosten der Bevölkerung die Gesundheitsvorsorge vor Ort auf null heruntergefahren wird.

(Beifall bei FDP und SSW)

Um es ganz deutlich zu sagen, die Gesundheit vor Ort darf nicht zum Sparschwein der Kommunen werden und es darf nicht dazu kommen, dass richtig erkannte und eingeführte Standards aus Kostengründen nicht mehr beibehalten werden.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Die den Kommunen neu eröffnete Freiheit bedeutet nämlich auch, dass sie erst durch die eigene Formulierung fester Ziele ihren Aufgabenbereich selbst festlegen.

Welche genauen Zielvorgaben will sich eine Kommune als Richtwert geben und nach welchen Qualitätskriterien soll die Arbeit einer Kommune gemessen werden? Wie übt dann die Kommune selbst ihre Überwachungsbefugnisse gegenüber Dritten aus, um eine gleich bleibende Qualität der Erfüllung der selbst definierten Aufgaben gewährleisten zu können? Und, sehr geehrte Frau Ministerin, worüber übt dann das Land seine **Aufsicht** über die von den Kommunen selbst definierten Aufgaben aus, wenn ein fester Aufgabenkreis nicht mehr beschrieben wird? Dies kann - und das sollte nach unserer Auffassung nicht vergessen werden - auch zu einer Verunsicherung bei den Kommunen führen, denn darauf gibt das heute zu beschließende Gesundheitsdienstgesetz nur eine vage Antwort.

Die Neuausrichtung des Gesundheitsdienstes bedeutet aber auch, dass die Wahrnehmung vieler Aufgaben, die die Kommunen dann an die Ärzte, Zahnärzte und Apotheker ausgelagert haben werden, auch durch die Kommunen koordiniert und kontrolliert werden müssen. Im Bereich der Gesundheitsberichterstattung müssen **neue Strukturen** durch die Kommunen geschaffen beziehungsweise an die jeweiligen Anforderungen angepasst sowie Daten gesammelt und ausgewertet werden. Wer die Mehrkosten der Datenerhebung trägt und wer die fachliche Evaluation vor Ort vornimmt, ist ebenfalls noch nicht genau geklärt. Dies soll aber nach Maßgabe des Gesundheitsdienstgesetzes im Zusammenwirken mit anderen Behörden geklärt werden. Frau Moser - ich sag mal ein bisschen salopp -, es ist schon ein bisschen komisch, wenn nicht ganz klar ist, welche Behörden damit eigentlich gemeint sind.

Nach der Abwägung der Vor- und Nachteile wird die FDP-Fraktion dem vorgelegten Gesetzentwurf - mit etlichen Bedenken - zustimmen, denn die Chance, dass durch eine neue Struktur im Gesundheitsdienst ein

effektiverer Einsatz der Ressourcen zu gewährleisten ist, überzeugt uns.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-  
neit-Lücke [FDP] und Arno Jahner [SPD])

Lieber Herr Kalinka, Ihre Änderungsanträge sind weit weniger laut als Ihre Rede vorhin.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind weit weniger laut, wie immer Sie das interpretieren möchten. Deshalb werden wir ihnen ebenfalls zustimmen. Wir werden allerdings dem Gesetzentwurf auch zustimmen, sollten die Änderungsanträge der CDU abgelehnt werden. Sie machen aber Sinn.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, der Änderungsantrag des SSW trifft genau den Punkt, auf den es uns ankommt. Wenn sich in den nächsten Jahren herausstellen sollte, dass es nicht funktioniert, dann muss nachgebessert werden, dann muss geändert werden. Aber diese Chance sollten wir dem neuen Weg einräumen. Deswegen, Frau Ministerin, stimmen wir dem Gesetzentwurf zwar mit Bauchschmerzen zu, aber wir stimmen zu.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das moderne **Gesundheitsamt** ist mehr als ein Amt für Seuchen, Hygiene oder Berufsunfähigkeitsbescheinigungen. Das neue Gesetz definiert die Aufgabe dieser Dienstleistungsbehörde vor allem als Koordinatorin für gesundheitsrelevante Entscheidungen und Strukturen innerhalb der Kommune. Das ist keine neue Aufgabe, sondern das ist eine **Neudefinition einer alten Aufgabe**. Damit ist nicht verbunden, sinnlos viel Geld auszugeben, wie Herr Kalinka hier unterstellt, sondern es handelt sich um eine Modernisierung einer Aufgabe der Daseinsvorsorge, die die Kommunen haben.

Das moderne Gesundheitsamt holt hierfür alle für die Gesundheit vor Ort Verantwortlichen - seien es die des öffentlichen Dienstes, seien es die Krankenkassen, die Ärzteschaft oder die Pflege- und Selbsthilfegruppen - an einen Tisch, um die Umsetzung gesundheitspolitischer Ziele für die Region zu vereinbaren und zu organisieren. Auf der Grundlage einer soliden interkommunalen und mit der Landesebene abgestimmten Gesundheitsberichterstattung erwarten wir, dass die kommunale Selbstverwaltung die Chance ihrer Rolle nutzt.

(Angelika Birk)

Im Rahmen sich heftig verändernder gesundheitspolitischer Parameter tragen Kreise und Städte mehr denn je die Verantwortung für gesunde Verhältnisse vor Ort. Zu Recht spricht das neue Gesetz in diesem Zusammenhang auch von Umweltmedizin. Genau diesen Gesichtspunkt - dass Kommunen einerseits eigenverantwortlich handeln, andererseits sich mit dem Land über bestimmte Parameter der **Gesundheitsberichterstattung** abstimmen - haben wir in unserem rot-grünen Änderungsantrag noch einmal zum Ausdruck gebracht. Der Änderungsantrag ist auf unsere Bitte hin eingearbeitet worden.

Bewährte **Präventions- und Interventionsfelder** der kommunalen Gesundheitsarbeit werden in moderner Form fortgeschrieben. Den Versuchen der kommunalen Landesverbände - ich erinnere, Herr Dr. Garg, auch an die FDP - in der Vergangenheit, sich aus der kommunalen finanziellen Hauptverantwortung für die äußerst erfolgreiche Zahnvorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen herauszustehlen, treten wir mit dem Gesetz entschieden entgegen. Auch hier haben wir als Grüne auf eindeutige Formulierungen bestanden. Hier zu sparen würde sich mit dicken Backen, schmerzhaft und teuer, rächen. Es ist zwar nach dem neuen Sozialgesetzbuch so, dass die Kommune nicht allein und selbst diese Aufgabe durchführen muss, aber sie muss dafür Sorge tragen, dass sie wahrgenommen wird - und dies nicht nur einmal irgendwo, sondern sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen. Die Gesundheitsberichterstattung in Lübeck zeigt zum Beispiel, welchen Sinn es macht, mehrmals und genau hinzugucken, insbesondere bei den Kindertagesstätten und Schulen in sozialen Brennpunkten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte erst mit meinen Bemerkungen zum Gesetzentwurf durchkommen, vielleicht können wir uns danach noch auseinander setzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich möchte mich gar nicht mit Ihnen auseinander setzen, sondern ich möchte Sie etwas fragen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Gestatten Sie nun eine Zwischenfrage, ja oder nein?

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. - Im Hinblick auf die **Beratung** und Hilfe für Bevölkerungsgruppen, die aufgrund rechtlicher Diskriminierung, Scham, Unkenntnis der Zuständigkeiten erschwerten Zugang zu kassenfinanzierten Leistungen haben - wie dies leider immer noch häufig bei Migranten und auch bei Obdachlosen geschieht -, finden wir, dass die Gesundheitsamtstätigkeit hier eine besondere Verantwortung wahrzunehmen hat und Beratung anbieten muss. Ebenso gehört für uns zur Aufgabe der modernen Gesundheitsdienstbehörde nach wie vor die Sexualberatung, der anonyme kostenlose AIDS-Test, die Hilfe von überforderten Eltern von Kleinkindern und auch die Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Diesen Katalog wird man sicher von Zeit zu Zeit überprüfen, verengen oder erweitern müssen, je nachdem wie die Lage ist. Insofern finden wir auch den Berichts Antrag vom SSW sehr sinnvoll, nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu schauen, wie sich das Gesetz bewährt hat. Wir werden diesen Antrag unterstützen.

Ich möchte meine restliche Redezeit dazu nutzen, auf die Einwände gegen den Gesetzentwurf einzugehen. Es ist schon sehr merkwürdig, dass sich die Ärztekammer erst überhaupt nicht gemeldet hat und dass wir von den Kassen keine sachliche Stellungnahmen erhalten haben, jetzt aber, fünf Minuten vor zwölf, von ihnen ein Panikbrief geschrieben worden ist. Ich habe inzwischen gehört, dass dieser offensichtlich nicht zwischen allen Kassen abgestimmte Brief zurückgenommen worden ist. Ich sage: Das ist auch besser so!

(Wortmeldung des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete - -

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Ich glaube, wir wollen alle früh nach Hause.

(Zurufe)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, Herr Kalinka, Ihre **Änderungsvorschläge** beschränken sich erstens darauf, die Bezeichnung Gesundheitsamt weiter fortführen zu wollen. Das haben Sie dann auch an allen Stellen treu durchdekliniert. Ich denke, dass ist nicht unbedingt wesentlich.

Als Zweites haben Sie an einigen Stellen redaktionelle Formulierungsvorschläge gemacht, die bei genauem Hinschauen keine fachlichen Änderungen ergeben.



(Angelika Birk)

Drittens wollen Sie Verbraucherschutz, Katastrophenschutz und Heimaufsicht im Gesetz extra erwähnt haben. Das ist jedoch an anderer Stelle gesetzlich genau geregelt; insofern scheint mir auch das entbehrlich. Deshalb möchte ich sagen: Ihr Antrag ist nur ein bisschen heiße Luft, deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Arno Jahner [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein zu einem modernen Bestandteil der Gesundheitspolitik mit einem eigenständigen Aufgabenprofil umgestaltet werden soll. Die kommunale Ebene kann für die Gesundheitspolitik der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Durch Vermeidung gesundheitsbelastender Verhaltensweisen und Lebensumstände sowie durch die Förderung eines gesundheitsförderlichen Lebensumfeldes lassen sich Erkrankungen nämlich verhindern. Auf diese Weise lässt sich nicht nur Leid reduzieren, eine **präventiv orientierte Gesundheitspolitik** kann auch dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu erhalten und längerfristig Folgekosten für Sozialhilfe, Jugendhilfe und anderes zu vermeiden. Deshalb unterstützen wir, dass verstärkt Zielsetzungen der Vorbeugung mit dem neuen Gesundheitsdienstgesetz angestrebt werden.

Allerdings wollen wir nicht den guten Willen mit der Tat gleichsetzen. Gute Absicht allein reicht nicht aus, um gute Politik zu machen. Entscheidend bleibt, wie die Umsetzung aussieht, und das erscheint schon etwas fragwürdiger. Denn der **Spielraum**, den man der **örtlichen Ebene** zur Erreichung der Ziele überlässt, ist sehr groß.

Einerseits sprechen handfeste Gründe dafür, den Leuten vor Ort viel Raum für Entscheidungen zu lassen. So muss die präventive Gesundheitspolitik nah am Alltagsleben der Menschen angelehnt sein und die kommunale Gesundheitspolitik kann besser bestimmen, wie vor Ort die Ziele konkret erreicht werden können.

Andererseits spricht auch einiges dafür, dass es schwer wird, diese Ziele zu erreichen, wenn wir so viel der kommunalen Selbstverwaltung überlassen. Man kann nicht leugnen, dass die Zeit für ein solches Gesetz denkbar schlecht ist. Die kommunale Ebene ist im

Moment bestimmt nicht besonders geneigt, das Gatter zu einem neuen weiten Feld zu öffnen, das es zusätzlich zu beackern gilt. Die Kräfte reichen oft nicht einmal für die Erfüllung der bisherigen Aufgaben. Deshalb sehen wir die Gefahr, dass die angestrebte Neuorientierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Sande verläuft, weil die Zielsetzung der kommunalen Gesundheitspolitik zu eng auf Fragen des Infektionsschutzes fokussiert ist und weil die allgemeinen Ziele kommunaler Gesundheitspolitik nicht ausreichend durch Standards und Qualitätssicherung gestützt werden.

Trotzdem honorieren wir, dass die Landesregierung mit dem Entwurf für ein Gesundheitsdienstgesetz endlich die seit sehr vielen Jahren sehnlich erwartete konzeptionelle Neuorientierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Angriff nimmt.

Wir werden daher dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen - mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen, die jedoch keine grundlegende Veränderung im Verhältnis zum Ursprungsentwurf bringen.

Wir haben dann noch einen Berichtsantrag gestellt - darauf sind die Kolleginnen und Kollegen ja schon eingegangen -, weil wir meinen, dass der Landtag in zwei Jahren nachsehen muss, was die kommunale Ebene aus dem neuen Regelwerk gemacht hat und ob weiterer Regelungsbedarf seitens des Landes besteht.

Wir meinen, dass dies die konstruktivste Vorgehensweise bei den Schwachpunkten des Gesetzes ist.

Sicherlich sind auch wir immer noch nicht glücklich damit, aber es mangelt auch an Alternativen. Keine Alternative ist aber für uns die perspektivlose Vertretung berufsständischer Interessen durch die Ärztekammer, die zunächst wenig mit gesundheitspolitischen Erfordernissen zu tun hat und - anscheinend mangels besserer Alternativen - von der CDU kritiklos übernommen wurde.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Arno Jahner [SPD])

Was mich persönlich besonders geärgert hat, ist, dass der Kollege Kalinka in einer Pressemitteilung behauptet, die Mehrheit des Sozialausschusses sei nicht willens gewesen, sich mit den Vorschlägen der CDU ernsthaft auseinander zu setzen.

(Werner Kalinka [CDU]: So war das!)

Der Beitrag des Unionskollegen bestand nämlich darin, im Ausschuss in der Sitzung in Norderstedt mündlich weitläufig eine Reihe von Fragen, irgendwelche

(Silke Hinrichsen)

Kritikpunkte vorzutragen. Ein wirklicher Vorschlag wurde uns nicht unterbreitet.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wie soll man sich damit ernsthaft auseinander setzen? Ich gebe zu, dass die nunmehr vorgeschlagenen Änderungen teilweise nicht einen gewissen Sinns entbehren.

(Lachen bei der CDU)

Insgesamt halten wir aber die Zielrichtung der CDU für falsch und können dem Antrag nicht zustimmen.

Wir tragen also das neue Gesundheitsdienstgesetz mit, obwohl ein gerütteltes Maß an Skepsis bleibt. Wir sind gespannt, ob die kommunalen Gremien in diesen Sparzeiten wirklich die Prioritäten richtig setzen und die Bedeutung einer kommunalen Gesundheitspolitik erkennen. Wir vom SSW werden das Unsere dazu tun.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

**Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neue Weichenstellung des Gesundheitsdienstgesetzes liegt darin, dass die Kreise und kreisfreien Städte die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes künftig in unmittelbarer eigener Verantwortung als pflichtige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe wahrnehmen werden. Der Ton liegt auf „pflichtig“. Die Aufgabenerfüllung ist politisch einklagbar und sie ist auch rechtlich einklagbar, weil in diesem Gesetz schon Aufgaben definiert sind.

Ich bin froh über den Antrag des SSW, der die politische Einklagbarkeit dieser Aufgabenerfüllung sehr deutlich unterstreicht und der auch dazu beitragen wird, die Kommunen zu hindern, hierin ein Sparschwein - wie Sie es gesagt haben, Herr Dr. Garg - zu sehen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Kommunen daran machen, gemeinsame Standards zur Aufgabenerfüllung zu erarbeiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich weiß, dass es in diese Richtung Bestrebungen gibt.

Im Rahmen der vom Sozialausschuss durchgeführten Anhörung haben die Verbände - insbesondere die kommunalen Landesverbände, die Kassen, der Landesverband der Ärzte im **öffentlichen Gesundheits-**

**dienst** - ihre Stellungnahmen im Wesentlichen wiederholt, die sie schon in der von uns durchgeführten Anhörung vorgetragen hatten. Es ging darum: zu wenig Regulierung des Zusammenwirkens der Akteure im Gesundheitsbereich, zu wenig gesetzlich vorgegebene Aufgaben, Befürchtungen, dass Sparzwänge in den **Kommunen** zulasten der Aufgabenerfüllung gehen werden. Ganz das Gegenteil wurde von den kommunalen Landesverbände vorgetragen, die meinten, ihnen seien zu viele Aufgaben und zu genaue Aufgaben zudiktiert worden.

Insbesondere in der Diskussion über die Zukunft der Jugendzahnpflege wurden die gegensätzlichen Standpunkte der Kassen und der Kommunen hinsichtlich der Subsidiarität der Leistungen im öffentlichen Gesundheitsdienst deutlich. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier in § 7 einen guten Kompromiss haben.

Es ist die Stellungnahme der Krankenkassen angesprochen worden, die in der Tat zurückgezogen worden ist. Dabei ging es eindeutig nur darum, dass die Kassen meinten, hier wären ihnen zu viele Aufgaben zudiktiert und den Kommunen zu viel Entlastung gewährt worden.

Meine Damen und Herren, die Chancen und die Gestaltungsmöglichkeiten des neuen Gesetzes sind beträchtlich. Ich will es einmal in aller Vorsicht so sagen: Mit dem bisherigen Gesetz drohte der kommunalen Gesundheitspolitik mancherorts doch eher ein Kümmerdasein. Wir sollen doch nicht so tun, als seien das nun die vorrangigen Aufgaben in den Kommunen gewesen. Jetzt gilt es, Gestaltungs- und Gewichtungsmöglichkeiten wahrzunehmen, aber auch die Notwendigkeiten wahrzunehmen.

Ich sage es einmal so: Die Anstrengungen der Kommunen, aber auch die Versäumnisse der Kommunen werden auf dieser neuen Gesetzesgrundlage sehr viel deutlicher sichtbar sein, als das nach alter Gesetzeslage der Fall war. Deshalb - davon bin ich überzeugt - werden die Kommunen ihre Verantwortung und Aufgaben wahrnehmen. Ich sage es noch einmal: Eine Berichterstattung dazu hier im Landtag, wie es der SSW vorschlägt, ist sehr hilfreich.

Ich begrüße es, dass der Landtag mit der Verabschiedung dieser Novellierung ein deutliches Signal zur Stärkung - jetzt erschrecken Sie nicht über den Begriff - der **Volksgesundheit** setzt. Dieser Begriff ist belastet, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber er fasst treffend eine ganze Reihe moderner Begriffe zusammen; ich nenne nur einige wie Gesundheitsförderung, Gesundheitsbewusstsein, Prävention, Herstellung gesunder Lebensverhältnisse für alle. Wenn man den

**(Ministerin Heide Moser)**

Begriff so versteht - so denke ich -, darf man ihn auch verwenden.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel  
[SPD])

Ich glaube, dass das neue **Gesundheitsdienstgesetz** eine wichtige Ergänzung für das System der GKV, der gesetzlichen Krankenversicherung, ist, und ich glaube im Übrigen auch, dass wir hier eine gute Vorarbeit im Hinblick auf die überfällige Reform des GKV-Systems leisten.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Diesem Gesetzentwurf ist zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Abgeordneten des SSW abstimmen, Drucksache 15/1457. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dem ist zugestimmt worden mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 34 auf:

**Generalplan Küstenschutz - Integriertes Küstenschutzmanagement Schleswig-Holstein 2001**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1075

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses

Drucksache 15/1394

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1459

Ich erteile zunächst dem Berichtersteller des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp, das Wort.

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache 15/1394. Den Generalplan Küstenschutz hat der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichtersteller. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordnete Malerius.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Küstenschutz ist Ausdruck eines historisch gewachsenen und berechtigten Wunsches der Küstenbevölkerung, Leben und Eigentum vor Überflutungen und Landverlusten zu schützen. Küstenschutz muss somit Vorrang vor anderen Interessen - auch vor den Interessen des Naturschutzes - und somit oberste Priorität haben.

(Beifall beim SSW)

Diesen Vorrang und diese oberste Priorität definiert der uns vorliegende „**Generalplan Küstenschutz** - Integriertes Küstenschutzmanagement“ als Entwicklungsziel des Küstenschutzes und geht damit über die Fortschreibung des alten Generalplans des Jahres 1986, unterschrieben vom damaligen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Günter Flessner, weit hinaus.

Der diesem Hause vorliegende neue Generalplan ist in mehreren Regionalkonferenzen an der Ost- und Westküste den Verbänden und der Öffentlichkeit vorgestellt worden und hat allgemein eine hohe Anerkennung gefunden. Für den vorliegenden Generalplan ist ein neues flexibles Verfahren entwickelt worden. Regelmäßig in etwa 10- bis 15-jährigem Rhythmus wird der Sicherheitsstatus der vorhandenen Deiche in Bezug auf Wasserstand und Wellenauflauf überprüft. Die Deiche, die nicht dem jeweiligen Sicherheitsstandard entsprechen, werden in eine Prioritätenliste für **Deichverstärkungen** aufgenommen.

Mit dem neuen Überprüfungsverfahren wird eine aktuelle, umfassende Übersicht über den Sicherheitsstatus der Deiche gewährleistet. Neue Erkenntnisse auch hinsichtlich der Folgen von Klimaänderungen können zusätzlich einfließen.

Für den Küstenschutz hat das **Vorland** eine große Bedeutung; es dämpft die Wellen und mindert dadurch

(Wilhelm-Karl Malerius)

die hydrodynamische Beanspruchung der Deiche. Darum ist es das gemeinsame Ziel des Fachbeirates „Vorlandmanagement“, dem auch die Vertreter der Marschenverbände angehören, vorhandenes Vorland zu erhalten und vor Schardeichen neu zu entwickeln. Das Vorlandmanagementkonzept ist nicht als starres Planungsziel angelegt, es bietet die Möglichkeit, der heutigen Zeit angepasst flexibel zu reagieren.

Problembereiche können rechtzeitig erkannt und Schutzmaßnahmen können ergriffen werden. Zum Beispiel wurde in den Bereichen Westerhever, der Tümlauer Bucht, der Hallig Gröde, der Insel Sylt und dem Neufelderkoog das Managementkonzept ergänzt und fortgeschrieben. Mit zusätzlichem Lahnungsbau wurde dort auf geänderte naturräumliche Verhältnisse reagiert, um Kantenabbruch erfolgreich zu begegnen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Die Vorlandsicherungsmaßnahmen wurden anteilig aus Ausgleichsgeldern finanziert. Zur Finanzierung von Vorlandarbeiten können seit neuestem unter bestimmten Voraussetzungen Ausgleichsgelder aus Küstenschutzmaßnahmen Verwendung finden.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Der Bestand der Inseln und Halligen in der Nordsee übernimmt für das Festland eine Wellenbrecherfunktion. Somit ist die Sicherung der Watt-, Insel- und Halligsockel eine öffentliche Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein und es müssen die sandigen Küsten der Inseln Sylt, Föhr und Amrum entsprechend gesichert werden.

Seit 1972 wurden an der Westküste von **Sylt** insgesamt 30 Millionen Kubikmeter Sand mit Gesamtkosten von etwa 224 Millionen DM aufgespült.

(Konrad Nabel [SPD]: Ein bisschen teuer!)

Aus haushaltstechnischen Gründen wurden die Maßnahmen bisher für ein Jahr oder für zwei Jahre ausgeschrieben für große Geräte mit kurzer Aufspülzeit. Besser und auch wirtschaftlich günstiger ist der Einsatz von speziell für diesen Zweck gebauten Geräten mit kleinerer Leistung und einem langfristigen Vertragsabschluss. Hierfür muss aber die Landesregierung die haushaltstechnischen Voraussetzungen schaffen.

Jetzt zu Ihren Änderungsantrag, meine Damen und Herren von der CDU! Ihr heutiger Änderungsantrag ist wirklich ärgerlich.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Scheinbar haben Sie bei der Diskussion über den Generalplan geschlafen.

Punkt 1 Ihres Antrages ist nicht Bestandteil des Generalplans.

Punkt 2 Ihres Antrages im letzten Satz: Fragen Sie Frau Todsens-Reese nach ihrer Meinung!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] und Lars Harms [SSW])

Sie hatte einen ähnlichen Antrag des SSW in diesem Haus vehement abgelehnt und Herrn Harms abgewatscht.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] und Lars Harms [SSW])

Punkt 3: Stammpersonal ist auf den **Inseln** und **Halligen** ausreichend vorhanden.

Punkt 4: Das ist im Generalplan vorgesehen.

Punkt 5: Extensive Beweidung verhindert nicht Kantenabbruch, sondern das tut nur der Lahnungsbau.

Punkt 6: Das ist in Arbeit.

Punkt 7: Das ist im Generalplan vorgesehen.

Meine Damen und Herren, bei der Seefahrt gilt eine Regel: Schütze mich vor Sturm und Wind und Seelenverkäufern, die auf dem Wasser sind. - Hier in diesem Haus muss es heißen: Schütze mich vor Sturm und Wind und CDUlern, die in diesem Landtag sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir werden der Beschlussempfehlung des Agrarausschusses folgen und den Änderungsantrag der CDU ablehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Feddersen hat das Wort.

**Jürgen Feddersen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fortschreibung des Generalplans Küstenschutz war überfällig. Der alte Entwurf galt bis 2000. Seit Februar 2001 liegt ein Entwurf vor, der in die Anhörung gegangen ist. Sein Untertitel lautet: Integriertes Küstenschutzmanagement in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat sich ganz offensichtlich zum Ziel gesetzt, diesen verspäteten Plan auf den Weg zu bringen, damit er 2001 noch in Kraft tritt. Anders ist aus meiner Sicht nicht erklärlich, warum letztlich so wenig Anregungen aus der Region eingearbeitet wurden.

(Jürgen Feddersen)

Was bringen Regionalkonferenzen und eine Anhörung im Agrarausschuss, wenn wesentliche Argumente der Betroffenen letztlich unter den Tisch fallen?

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat sich bei ihren heutigen Anträgen an den Empfehlungen des nordfriesischen Kreistages orientiert. Dort sind alle regionalen Stellungnahmen eingegangen und vom Kreistag einstimmig - einschließlich der Fraktionen von SPD und SSW - beschlossen worden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es würde uns als Landtag gut anstehen, wenn wir uns diesen einstimmigen Forderungen anschließen könnten und damit den Menschen entgegenkommen, die an der Küste unmittelbar betroffen sind.

(Beifall bei der CDU)

Das in Ministerreden angekündigte **Küstenschutzgesetz** darf nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden. Wir legen daher Wert darauf, dass die Landesregierung im Jahr 2002 den Entwurf eines eigenständigen Küstenschutzgesetzes vorlegt.

Bereits im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2000 hat die CDU **Ausgleichsmaßnahmen für Küstenschutzmaßnahmen** abgelehnt. Dafür gibt es gute Gründe: Seit Übernahme der Landesregierung durch die SPD sind die Küstenschutzmittel um rund ein Drittel zurückgefahren worden. Diese drastischen Kürzungen von ehemals fast 90 Millionen DM auf nur noch 56 Millionen DM lassen nun endgültig nicht mehr zu, davon einen Teil für sicherlich wünschenswerte, aber nicht zwingend erforderliche Ausgleichsmaßnahmen aufzuwenden.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin grundsätzlich nicht gegen Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit Küstenschutzmaßnahmen. Schon zu Zeiten des CDU-Ministers Flessner wurden hierfür Mittel aufgewendet. Angesichts des drastischen Rückgangs der Mittel für den Küstenschutz ist es derzeit aber nicht verantwortbar, diese für andere Zwecke weiter zu kürzen und in Kauf zu nehmen, dass deswegen notwendige Küstenschutzarbeiten gestreckt oder verschoben werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Überzeugung, dass auf den **Inseln** und **Halligen** das Stammpersonal aufgestockt werden muss. Herr Kollege Malerius, ich würde mal im ALR nachfragen. Fragen Sie bei der Fachbehörde nach, ob auf den Inseln genügend Stammarbeiter sind. Sie werden schon die richtige Antwort bekommen!

(Beifall bei der CDU - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Kostet alles nichts, nicht wahr!)

Zur Gefahrenabwehr in Katastrophenfällen muss ausgebildetes Personal vor Ort sein, um mit dem notwendigen Fachwissen unter Einschluss der örtlichen Hilfskräfte gezielte Arbeit leisten zu können. Es nützt nichts, wenn wir auf den Inseln nur Hilfskräfte haben, wenn vor Ort keine Facharbeiter sind.

(Beifall bei der CDU)

Die extensive Beweidung der Vorländereien ist ohne Nachteil für Natur- und Umweltschutz auszubauen. Im Gegenteil, es sind auch für den Naturschutz Vorteile damit verbunden. Daneben werden mit der **Beweidung** erfahrungsgemäß die Treibselmengen reduziert und auch Existenzen der Deichschäfer gesichert. Seit Jahren ist spürbar, dass sich die rot-grüne Regierung nicht an dieses Thema herantraut, weil der **Naturschutz** das **Wattenmeer** sich selbst überlassen will. Der **Kreistag Nordfriesland** fordert konkrete Maßnahmen zur Eindämmung von Erosionen um die Halligen Gröde, Süderoog und Nordstrandischmoor. Deshalb ist der auszuarbeitende Fachplan für einen flächenhaften Küstenschutz unerlässlich.

(Beifall bei der CDU)

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf die Finanzen zurückkommen. In der Gemeinschaftsaufgabe trägt der Bund bekanntlich 70 % der Küstenschutzmittel. Dennoch hat diese Landesregierung im Verlauf ihrer Regierungszeit diese Mittel stark zurückgefahren. Wir legen außerordentlichen Wert darauf, dass hier keine weiteren Kürzungen erfolgen. Im Gegenteil, wir wollen diese Mittel aufstocken. Die Menschen an den Küsten erwarten zu Recht, dass im Haushalt Prioritäten richtig gesetzt werden. Zwingend notwendige Küstenschutzmaßnahmen dürfen nicht wegen fehlender Finanzmittel unterbleiben oder in die nächsten Jahre verschoben werden. Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan hat das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege, hinsichtlich des Sachverstandes möchte ich bemerken, dass ich aus dem Kreis Herzogtum-Lauenburg komme. Daher bin ich natürlich in der regionalen Diskussion nicht drin. Ich habe mich aber sehr intensiv mit dem vorgelegten Plan beschäftigt. Entsprechend intensiv habe ich auch die Anhörung

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

verfolgt. Kollege Feddersen, vor diesem Hintergrund finde ich es irreführend, wenn Sie so tun, als lägen wir im Bereich des Küstenschutzes wahnsinnig auseinander.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hatte bei der Anhörung im Gegenteil den Eindruck, dass wir hinsichtlich der Notwendigkeit des Küstenschutzes und der Bewertung des Generalplans in wesentlichen Punkten einer Meinung sind. Auch Sie haben mit Ihren Änderungsvorschlägen im Wesentlichen die etwas ideologisch besetzten Felder - wie die Vorlandbeweidung - aufgegriffen, in denen es Streit gibt. Lesen Sie sich die Materialien, die dem Ausschuss zugegangen sind, durch! Ich erinnere an den Umdruck 15/1670. Dort wurde unter anderem sehr deutlich, dass die **Vorlandbeweidung** nicht zu einer Erhöhung der Treibselmenge beiträgt. Das kann man aus der Grafik deutlich erkennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher widerspricht Ihr Antrag eindeutig dem, was wir im Ausschuss gehört haben. Sie haben im Ausschuss leider nicht belegt, dass diese Aussagen falsch sind.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher muss ich als lauenburgische Abgeordnete davon ausgehen, dass uns vom Nationalparkamt korrekt dargestellt worden ist, wie die Situation ist. Wir als FDP-Fraktion können Ihrem Antrag deshalb nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Ich halte es außerdem für falsch, wenn wir so tun, als lägen wir in der Frage des Küstenschutzes sehr weit auseinander. Wir müssen nach wie vor feststellen, dass aus der Gemeinschaftsaufgabe wesentliche Ausgaben für den **Küstenschutz** getätigt werden. Wir müssen im Rückblick auf die letzten Jahrzehnte auch feststellen, dass die Küstenschutzmaßnahmen an der **Westküste** gewirkt haben. Wir haben inzwischen eine sichere Küste.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Wir kürzen die Küstenschutzmittel in diesem Jahr um 3 Millionen DM. Das hat die linke Seite des Hauses so beschlossen. Ich möchte daran erinnern, dass es eine ganze Reihe anderer wichtiger Bereiche des Landeshaushalts gibt, die ebenfalls Kürzungen hinnehmen mussten. Ich glaube, wir sind uns einig, dass man die Kürzungen gerecht verteilen muss. Man kann nicht nur eine Seite damit bedenken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Küste kommt es ganz wesentlich darauf an, dass die richtigen Prioritäten gesetzt und kontinuierlich abgearbeitet werden. Bislang ist diese Bilanz positiv.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Lars Harms [SSW])

Weiterhin brauchen wir die objektive Analyse der Gegebenheiten. Ideologisch begründete Analysen führen zu dramatischen Fehlinvestitionen, die wir uns nicht leisten können.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Ich mahne dringend, dies ideologiefrei und nach den realistischen Vorgaben zu machen, denn nur so können wir die Gelder dort ausgeben, wo sie gebraucht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegin Spoorendonk, ich will aber auch nicht verhehlen, dass die Initiative des SSW, der sich in diesem Beitrag leider der CDU angeschlossen hat, bei **Küstenschutzmaßnahmen** auf **Ausgleichsmaßnahmen** verzichten zu wollen, auf Beifall zielt. Die Initiative ist aussichtslos und in der Sache völlig daneben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Egal, ob beabsichtigt oder nicht: Sie demontiert ein wichtiges Instrument des Naturschutzes und vermindert die Chancen mittelständischer Betriebe an der Westküste, Aufträge zu erhalten.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Vor diesem Hintergrund ist es verantwortungsloser Populismus, dem der SSW damit Priorität einräumt. Herr Kollege Kayenburg, ich bedauere sehr, dass die

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

CDU den gleichen Weg geht. Meines Erachtens gibt sie damit ein Stück ihrer Regierungsfähigkeit auf.

(Holger Astrup [SPD]: Man kann nur aufgeben, was man hat! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist ein falscher Weg. Ich bitte Sie nachzulesen, was Kollegin Todsden-Reese zu diesem Thema gesagt hat. Sie hat damals einen ausgesprochen guten Beitrag dazu gehalten. Ich möchte Sie zu Ihrer Position beglückwünschen. Aber auch die Behörden - zum Beispiel das Amt für Ländliche Räume - haben manchmal Schwierigkeiten, Realitäten anzuerkennen. Die Kosten für die Treibselbeseitigung - ein wichtiges Thema - sind jedes Jahr ein ärgerlicher Posten im Landeshaushalt. Seit 1976 ist die Menge des Treibsel, die abgefahren werden muss, rückläufig. Der Verzicht der Beweidung von Vorlandflächen im Nationalpark hat somit nachweislich zu keinem Anstieg des Treibselanfalls vor unseren Seedeichen geführt. Der Verzicht auf Beweidung hat sogar noch zu einem Gewinn an Vorlandflächen geführt. Herr Dr. Scherer vom Nationalparkamt hat das in der Anhörung eindrucksvoll aufgezeigt.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

- Entschuldigung, das ist keine Meinung! Ich habe mich im Nationalparkamt zu dem Thema kundig gemacht. Ich bin da gewesen und habe mir dort alle Karten angeguckt. Ich habe mir genau die Flächen angeguckt, die hinzugekommen sind, und mit denen verglichen, die abgebrochen sind. Die Bilanz ist eindeutig positiv. Sie müssen es mir einfach widerlegen!

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um den gesamten Küstenschutz. Es geht nicht um drei Punkte an der Küste. Wir sind aufgefordert, dies rational und nicht nur emotional zu betrachten. Sie sprechen die Deichschäfer an. Das ist eine Sache.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das sind Existenzen!)

- Das sind Existenzen, das ist mir sehr wohl bewusst. Mir ist aber auch bewusst, dass in den letzten zehn Jahren sehr verantwortungsbewusst mit dem Thema umgegangen wurde. Ich glaube, dass dort ordentliche Lösungen gefunden worden sind. Es tut mir Leid!

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch wenn ich aus dem Lauenburgischen komme: Den Weg an die Küste habe ich in jedem Jahr gefunden, und zwar mehrmals. Wie Sie sehr wohl wissen, bin ich

auch auf die Insel Pellworm gekommen. Ich habe es mir angeguckt und ich habe es mir auch im Nationalparkamt angeguckt. Es reicht nicht, punktuell auf einen Kilometer Küste zu gucken. Wir müssen die gesamte Küste im Auge haben. Dann stellen wir fest, dass wir mit der jetzigen Art und Weise, wie im Nationalpark Küstenschutz betrieben wird, zufrieden sein können.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute Morgen eine Debatte über eine Untersuchung, die einer größeren Anzahl von Deutschen bescheinigt, dass sie Schwierigkeiten hat, Texte zu lesen, daraus Schlüsse zu ziehen und diese Texte zu verstehen. Wir haben heute in dem Debattenbeitrag der CDU davon eine praktische Anwendung erfahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ich finde, wir haben in diesem Land eine ausgesprochen konstruktive Debatte über den Generalplan gehabt. Die Ministerin hat einen Entwurf vorgelegt, der in der Region sehr breit diskutiert worden ist. Wir haben hier im Landtag eine sehr sachliche Anhörung gehabt. Mindestens 50 % der Zeit der Ausschussanhörung wurde von der CDU mit Debatten um die Vorlandbeweidung vertan. Das ist nicht der Kernpunkt. In einer gesonderten Sitzung des Agrarausschusses ist vom Nationalparkamt dazu noch einmal ausgesprochen ausführlich Stellung genommen worden. Die Ergebnisse hat die Kollegin Happach-Kasan hier vorgestellt. **Küstenschutz** ist ein zentrales Politikfeld unseres Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich halte es für falsch, auf so einem Niveau mit solchen Fragestellungen zu versuchen, dieses Thema ideologisch zu betrachten, und nicht die Kernpunkte des gemeinsamen Interesses zu betrachten und darzustellen. Das ist hier streitbar diskutiert worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Kollege Feddersen muss gleich zur Fähre, daher sage ich nur noch zwei Sätze:

Wir haben als Land Interesse an dem Plan; ich bin aber sehr dafür, dass wir einen weiteren Aspekt in die

**(Raider Steenblock)**

Debatte einführen. Wenn wir mittlerweile alle davon überzeugt sind, dass wir uns in einem Klimawandel befinden, dass die Meeresspiegel ansteigen und dass wir uns deshalb mit einer defensiven Strategie im Küstenschutz darauf vorbereiten müssen, dann müssen wir uns noch sehr ernsthaft mit den Ursachen dieser Probleme auseinander setzen. Küstenschutz ist sehr viel mehr als Deichbauen. Dabei geht es natürlich zentral auch um energiepolitische Bereiche. Wenn wir über Küstenschutz diskutieren, müssen wir also auch über die Art und Weise, wie wir Energie erzeugen, reden. Das hat doch etwas damit zu tun, dass wir immer wieder Milliarden DM im defensiven Bereich ausgeben müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei geht es mir - das will ich noch einmal deutlich sagen - nicht um die Alternative der Windkraftnutzung. Ich glaube, es kann keine Perspektive sein, dass wir unser ganzes Land und dann auch noch die Nord- und Ostsee mit Windenergieanlagen zuballern - nur um mit der zusätzlichen Windenergie die zusätzlichen Bedarfe für die Stand-by-Schaltungen unserer elektrischen Geräte abzudecken. Vorrangig geht es darum, Strategien zu entwickeln, um Energie einzusparen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb möchte ich die Debatte Windkraft/Atomenergie nicht führen. Die Einsparpotenziale im Energiebereich müssen genutzt werden, um zum Küstenschutz entscheidend etwas beitragen zu können. Langfristig werden unsere Anstrengungen nur zum Ziel führen, wenn wir Umweltpolitik, **Energiepolitik** und Küstenschutz im defensiven Bereich zusammenbringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eines vorwegschicken: Mindestens 95% des Generalplans Küstenschutz sind sinnvoll, zielführend und innovativ. Dafür sind wir auch dankbar.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der  
SPD)

Aber natürlich gibt es Bereiche, die noch verbesserungswürdig sind. Da ist zum Ersten vor allem der

Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die wichtigsten im Generalplan beschriebenen Maßnahmen würden rund 256 Millionen € verschlingen und man würde somit bei gleich bleibender Finanzausstattung für den Küstenschutz rund 16 Jahre brauchen, bis alle diese Maßnahmen durchgeführt worden sind. Die Maßnahmen mit einer geringeren Priorität hätten nach Aussage des Landwirtschaftsministeriums in der Anhörung zum Generalplan ungefähr einen gleichen Finanzrahmen, sodass wir dann schon bei 500 Millionen € oder 32 Jahren wären. Hierbei sind Unterhaltungsmaßnahmen, Vorlandarbeiten, Sandvorspülungen und Ähnliches noch nicht einberechnet. Alleine die Sandvorspülungen werden ungefähr 60 Millionen € in 10 Jahren verschlingen. Wir können also davon ausgehen, dass der Generalplan in 30 bis 35 Jahren abgearbeitet sein wird - die gleich bleibende Finanzierung vorausgesetzt. Mit anderen Worten: Der **Generalplan Küstenschutz** ist völlig unterfinanziert.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt  
den Vorsitz)

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich zu verstehen, dass die Vertreter der Küstenregionen auch in der Anhörung immer wieder deutlich gemacht haben, dass man die **Küstenschutzmaßnahmen** nicht zusätzlich mit **Ausgleichszahlungen** für den **Naturschutz** belasten dürfe. Nun fordert die CDU das auch! Mit unserem damaligen Entwurf zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes bestand diese Chance. Sie wurde von der CDU damals nicht ergriffen, sondern von der ganzen CDU-Fraktion vehement bekämpft. Was sagt eigentlich Frau Todsens-Reese zu dieser Wendung der CDU-Hinterbänkler? Mit ihrem Antrag kommt die CDU jetzt viel zu spät und zeigt sich schlafmützig. Ihr hattet die Chance, habt aber damals gegen die Westküste votiert und nun müsst ihr damit leben!

(Beifall beim SSW)

Der SSW ist damals den richtigen Weg gegangen, und dass das so ist, müsst ihr euch auch noch die nächsten Jahre anhören!

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

**Lars Harms [SSW]:**

Nein, leider keine Zeit. - Nun aber zurück zur allgemeinen Kritik. Wir hatten im Verfahren die Möglichkeit, endlich den Begriff „Vorrang für den Küstenschutz“ näher zu definieren. Wie dieser Begriff zu verstehen ist, deuten die Naturschutzverbände natürlich anders als beispielsweise die Wasser- und Boden-



(Lars Harms)

verbände. Gleichwohl wird der Begriff „Vorrang für den Küstenschutz“ in der Küstenregion doch arg strapaziert. Ich glaube, die Landesregierung hätte zur Klärung des Verständnisses dieses Begriffes beitragen können. Da dies nicht geschehen ist, ist die große Chance vertan worden, für mehr Klarheit zu sorgen. Das ist ja wohl auch der Hintergrund des Ansinnens, ein Küstenschutzgesetz zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen  
[CDU])

Im Plan werden **Vordeichungen** grundsätzlich ausgeschlossen. Wenn es insofern um die reine Landgewinnung geht, kann ich dem durchaus zustimmen. Die Anhörung zum Generalplan hat jedoch deutlich gemacht, dass es in begründeten Einzelfällen - zum Beispiel auf Eiderstedt - durchaus sinnvoll sein kann, durch Vordeichungen Speicherköge einzurichten, um so die Entwässerung des niedrig liegenden Festlandes besser zu gewährleisten. Ich will nicht pauschal Vordeichungen das Wort reden, aber ich will auch nicht von vornherein ausschließen, dass Vordeichungen sinnvoll sein können.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen  
[CDU])

Positiv ist, dass man sich im Generalplan auf das Vorlandmanagementkonzept, das von allen Seiten akzeptiert wird, beruft. Die Zusammenarbeit zwischen Wasser- und Bodenverbänden, ALR und Nationalparkamt ist sehr gut und fast völlig konfliktfrei. Der einzige Konfliktbereich, der noch besteht, ist der der **Schafbeweidung**. Ich glaube, dass weder die intensive Beweidung noch das völlige Freihalten des Vorlandes von Beweidung derzeit ausreichend begründet werden kann. Ich bin vielmehr der Meinung, dass man sich auch an diesem Punkt auf einen Kompromiss einigen sollte, der eine moderate und extensive Beweidung bei Freihaltung von einzelnen - durchaus auch großen - Bereichen beinhaltet. Ich hätte mich gefreut, wenn sich eine solche Formulierung als Zielsetzung im Generalplan gefunden hätte und wenn die CDU dies schon im Ausschuss beantragt hätte. Dann hätte man vielleicht eine partiübergreifende Formulierung finden können und die CDU hätte sich diesen Antragspopulismus zugunsten der Sache sparen können.

Zu guter Letzt aber auch noch ein Beispiel für Innovationen im Generalplan Küstenschutz. Mehrfach wird im Generalplan deutlich gemacht, dass man sich noch mehr als bisher mit alternativen und ergänzenden Küstenschutzmaßnahmen befassen will. Wichtig ist dabei vor allem, dass wir auch entsprechende Versuche durchführen. Ich denke dabei vor allem an Maßnahmen, die möglicherweise in Einzelfällen die bisherigen **Sandvorspülungen** ersetzen können. Im Generalplan

ist zumindest die Grundlage dafür geschaffen worden. Darauf sind wir stolz.

Zum CDU-Antrag nur Folgendes: Im Ausschuss waren wir einhellig der Meinung, dass wir trotz partiell unterschiedlicher Auffassungen den Generalplan unverändert verabschieden wollten, weil wir alle erkannt haben, dass der weit überwiegende Teil des Plans mehr als in Ordnung ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Der grenzenlos populistische Antrag der CDU ist daher nur der untaugliche Versuch, die Meinungsführerschaft in Bezug auf den Küstenschutz zu gewinnen.

(Glocke des Präsidenten - Beifall bei der  
SPD)

Wo diese Meinungsführerschaft liegt, brauche ich diesem hohen Hause nicht zu sagen; sie wird da auch bleiben. Wenn wir im Ausschuss signalisieren, dass wir den Generalplan so, wie er ist, verabschieden wollen, dann stehen wir dazu. Wir empfinden die Vorgehensweise der CDU als indiskutabel und lehnen daher den Antrag der CDU ab.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Ministerin Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn noch einmal etwas zur Bedeutung des Küstenschutzes sagen, denn man kann die Zahlen nicht oft genug nennen. Insgesamt ein Viertel der Landesfläche von Schleswig-Holstein mit 345.000 Einwohnern und 47 Milliarden € an Sachwerten wäre ohne Küstenschutz überflutungsgefährdet. Das ist eine gute Motivation für den neuen **Generalplan Küstenschutz**, den wir mittel- und langfristig angelegt haben und der nach den Prinzipien des integrierten Küstenschutzmanagements erstellt worden ist. Sie, meine Damen und Herren, wissen inzwischen sehr gut, was das bedeutet.

Zu diesem Management gehört auch, dass wir erstmals eine so umfangreiche Beteiligung durchgeführt haben. Es ist richtig, dass wir diesen Plan noch dieses Jahr verabschieden wollen; er geht am Dienstag ins Kabinett, also direkt nach der Befassung im Parlament. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Wir haben fünf Regionalkonferenzen gemacht: drei an der Nordsee und zwei an der Ostsee. Ich bin jeweils

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

stets bis zum Schluss dabei gewesen. Wir sind vielen Anregungen gefolgt. Natürlich ist es nicht möglich gewesen, allen Anregungen zu folgen. Insgesamt habe ich aber selten so viel Komplimente gehört - sowohl in den Anhörungen als auch in den schriftlichen Stellungnahmen. Diese Komplimente gebe ich gern an meine kleine, aber feine Abteilung Küstenschutz und an das ALR weiter. Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP)

Ich möchte zu dem CDU-Antrag nicht mehr so wahn-sinnig viel sagen. Zum Teil haben Sie Ihren Antrag wider besseres Wissen gestellt, denn die Fragen, die Sie gestellt haben, haben wir längst beantwortet. Ich hatte Ihnen die Zahlen bezüglich der Menschen auf den Halligen genannt. Es geht doch um den Normalfall von Küstenschutz. Für Katastrophen können Sie nicht die Grundlast fahren. Warum muss ich Ihnen das erklären? Ich denke, Sie sind eine wirtschaftliche Partei.

Zum **Küstenschutzgesetz**. Sie werden mit einem solchen Abstauberantrag bestimmt nicht die Meinungsführerschaft übernehmen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende und mit ihm die ganze Fraktion haben das schon sehr frühzeitig gefordert. Ich habe gesagt, nach dem Generalplan geht es um das Küstenschutzgesetz. Das ist denn auch der letzte Punkt der Kabinettsvorlage, die abgestimmt und unterzeichnet für nächsten Dienstag vorliegt. Ihren Antrag brauchen wir also gar nicht mehr.

Lassen Sie mich etwas zu den **Finanzen** sagen. Sie vom SSW liegen mit Attributen wie „völlig unterfinanziert“ leider völlig daneben. Auch die CDU hatte nur falsche Zahlen.

(Lars Harms [SSW]: Ja, aus dem Ministerium!)

- Sie müssen die Zahlen einfach einmal zur Kenntnis nehmen; das hat ja nichts mit Ideologie zu tun.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Wir haben die Zahlen doch vom Ministerium!)

Ich will Ihnen einmal einen Vergleich der Jahre 1997 bis 2002 vorstellen. Im Jahre 1997 haben wir 92,4 Millionen DM ausgegeben, 1998 waren es 89,9 Millionen DM, 1999 dann 92,0 Millionen DM, 2000 waren es 114,4 Millionen DM, 2001 dann 106,0 Millionen DM und im Jahre 2002 werden es 94 Millionen DM sein. Wenn das keine Leistung für den Küstenschutz ist, dann möchte ich einmal wissen, was Sie, meine Damen und Herren, geleistet haben!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es steht doch fest, dass der alte Generalplan, der aus den sechziger Jahren stammte und den wir jetzt ablösen mussten, weil die technischen Werte nicht mehr stimmten, nie umgesetzt worden ist. Ich will mich da nicht beschweren, aber ich bin zum Beispiel immer noch dabei, Neufeld zu bauen - 40 Jahre und noch immer nicht umgesetzt!

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir - Herr Harms, Sie haben zutreffend darauf hingewiesen - die Sicherheitsstandards und auch die daraus resultierenden Kosten im Generalplan ohne Schere im Kopf formuliert haben. Das müssen wir auch; dazu sind wir verpflichtet. Wenn man an dieser Stelle direkt darüber nachdenkt, wie arm wir sind, und zweifelt, ob wir das Geld dafür haben werden, dann würden wir nicht weiterkommen. Es ist richtig, dass wir an den Prioritäten noch arbeiten werden, aber ich glaube auch, dass wir auf einem guten Weg sind.

Ich möchte noch einen Satz zum Thema Eingriff/Ausgleich sagen. Die CDU muss - das habe ich auch schon beim SSW-Antrag gesagt - wirklich selbst damit leben, dass sie in einem so zentralen Punkt innerhalb von einem Jahr ihre Meinung ändert. Das ist aber Ihr Problem und nicht mein Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was aber ist eigentlich so fundamental wichtig, dass es freien Eingriff und keinen Ausgleich geben darf? Sie sagen, der Küstenschutz. Was ist mit Schulen? Was ist mit Wohnhäusern? Was ist mit Krankenhäusern?

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das können Sie doch nicht vergleichen!)

Wo wollen Sie da denn einen Unterschied machen? Das ist doch so unlogisch, wie es überhaupt nur unlogisch sein kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist einfach nicht zu Ende gedacht. Auch eine andere Sache schimmert durch Ihren Antrag durch: Ich meine - und das ist auch das, was ich vor Ort in den Regionalkonferenzen von Ihren Kommunalpolitikern erlebt habe - den alten Kampf gegen das **Nationalparkgesetz**.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Ich hatte nun das Glück, dass ich schon damals dabei war und die Unterschiede kannte. Ich habe meine Überzeugung und die meines Hauses zum **Natur-**

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

**schutz** nicht an der Garderobe abgegeben. Dazu stehe ich nach wie vor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass es das Ziel der Landesregierung ist und bleibt, Sicherheit für die Menschen in Schleswig-Holstein hinter den Deichen - wenn Menschen vor den Deichen leben, selbstverständlich auch für die - zu garantieren. Dieses Ziel ist unumstritten. Ich wünsche mir - und ich glaube, wir finden auch dahin zurück - mehr Einigkeit zu diesem Thema in diesem Parlament.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Todsens-Reese das Wort.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in den letzten Reden mehrfach angesprochen worden. Ich möchte gern erklären, warum ich mich heute bei der Abstimmung über den Antrag meiner Fraktion nachher abweichend verhalten werde.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe mich zu diesem Thema an dieser Stelle im Mai dezidiert geäußert. Für mich ist damals und ist auch heute noch die Eingriffs-Ausgleichs-Regelung eine zentrale Säule im Naturschutzrecht, und zwar neben der Landschaftsplanung und neben dem Ordnungsrecht. Daran hat sich für mich nichts geändert. Deswegen werde ich heute mein eigenes Stimmverhalten an den Tag legen. Ich bitte meine Kollegen dafür um Verständnis. Es geht auch um meine persönliche Glaubwürdigkeit als Umweltpolitikerin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich will aber auch in aller Deutlichkeit sagen, dass wir den Vorrang für den Küstenschutz nicht nur verbal geäußert und auf Papier festgeschrieben brauchen, sondern auch die dafür notwendige entsprechende finanzielle Ausstattung, um die notwendigen **Küstenschutzmaßnahmen** durchzuführen.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Dann werden wir in der Lage sein, den dafür erforderlichen Ausgleich zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund Ihrer Aussagen im

Mai, Herr Harms, verstehe ich Ihre Pirouette von heute nicht.

(Lars Harms [SSW]: Ich habe doch keine Pirouette gemacht!)

An diesem Punkt waren wir uns damals nicht so ganz einig. Wenn Sie Ihrer Linie von damals treu bleiben würden, dann könnten Sie im Gegensatz zu mir dem Antrag der CDU heute zustimmen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 15/1459 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Frau Abgeordneten Todsens-Reese gegen die Stimmen der übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Empfehlung des Ausschusses abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären und den Generalplan Küstenschutz zur Kenntnis zu nehmen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer und zur Änderung des Heilberufegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1319

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 15/1418

(Unruhe)

Meine Herren und Damen, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. - Ich erteile zunächst das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran. - Kann jemand aus dem Sozialausschuss Bericht erstatten? - Herr Abgeordneter Baasch!

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielen Dank für diesen ausführlichen Bericht.

(Beifall)

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Einzelberatung. Das Wort hat Frau Abgeordnete Tenor-Alschausky.

**Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute liegt uns der Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer **Psychotherapeutenkammer** und zur Änderung des Heilberufegesetzes zur zweiten Lesung vor. Wie wichtig das hohe Haus die Verabschiedung dieses Gesetzes erachtet, sieht man daran, dass wir das Thema am heutigen Freitagnachmittag ausführlich diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Gesetz schafft für circa 1.000 Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, sich in einer eigenen Kammer zu organisieren. Grundlage des uns vorliegenden Gesetzentwurfs ist das im Juni 1998 auf Bundesebene verabschiedete Psychotherapeutengesetz, in dem erstmals die Berufe der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten anerkannt wurden. Seitdem gilt die Psychotherapie gegenüber den Krankenkassen als ärztliche Behandlung. Patientinnen und Patienten können psychotherapeutische Leistungen jetzt ebenso selbstverständlich in Anspruch nehmen wie zum Beispiel den Besuch bei einer Augenärztin. Zuvor war ein aufwendiges Antrags- und Genehmigungsverfahren bei den Krankenkassen nötig.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten haben sich in Schleswig-Holstein die Allgemeinen Ortskrankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung über Eckpunkte bei der Bezahlung der psychotherapeutischen Leistungen geeinigt, sodass diese Schwierigkeiten nicht mehr auftreten.

Bislang bestehen in Schleswig-Holstein vier Kammern der Heilberufe: die Ärztekammer, die Apothekerkammer, die Tierärztekammer sowie die Zahnärztekammer. Nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzentwurfs kommt die Psychotherapeutenkammer als fünfte Kammer hinzu. Die Kammern haben die Aufgabe, die Qualität des Berufsstandes zu wahren, den öffentlichen Gesundheitsdienst bei seinen Aufgaben zu unterstützen, die Berufspflichten der Kammermitglieder zu regeln, einen Notfallbereitschaftsdienst sicherzustellen,

die beruflichen Belange der Kammermitglieder wahrzunehmen und das Verhältnis der Kammermitglieder untereinander und zu Dritten zu gestalten.

In der letzten Sozialausschusssitzung wurde vonseiten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz mitgeteilt, dass alle Beteiligten ihre Zufriedenheit mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geäußert haben.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Meine Fraktion teilt diese Zufriedenheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zu begrüßen ist insbesondere, dass der Errichtungsausschuss seine Arbeit aufnehmen kann und dass Angehörigen der beiden eigenständigen Berufe Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten angemessen vertreten sind. Wichtig scheint mir auch die Regelung der Weiterbildung in § 53 b:

„Die Weiterbildung umfasst insbesondere die Vertiefung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Feststellung, Heilung und Linderung von Störungen, bei denen eine psychotherapeutische Behandlung angezeigt ist, einschließlich der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt sowie die notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation.“

Lassen Sie uns den vorliegenden Gesetzentwurf verabschieden in der Hoffnung, dass das Psychotherapeutenkammergesetz dazu beiträgt, die Arbeit der Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten noch effektiver zu gestalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seitens der Psychotherapeutinnen und -therapeuten - so hat uns die Landesregierung wissen lassen - besteht der Wunsch, rasch die Einrichtung einer eigenen Kammer zu ermöglichen. Durch unser Ja zum vorliegenden Gesetzentwurf bekunden wir dazu unsere Bereitschaft.

Im November wurde der Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet, im Dezember 2001 wird er einvernehmlich verabschiedet. Das ist ein Zeichen guter Kooperationsbereitschaft im Landtag, wo das möglich ist.

(Werner Kalinka)

Wir verlassen uns dabei auf die Landesregierung, die sich im Gespräch mit allen Beteiligten und angrenzenden Bereichen wie den Ärzten um eine möglichst einvernehmliche Lösung bemüht hat. Wir selbst haben eine Anhörung nicht durchführen können, sondern wir haben das Gespräch mit Ihren Fachbeamten gesucht, Frau Moser. Wir haben dabei einen guten Eindruck und die Überzeugung gewonnen, dass der Gesetzentwurf auf guter Grundlage steht.

Rund 1.000 Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben in Schleswig-Holstein ihr Interesse an einer Niederlassung bekundet - eine Zahl, die die Erwartungen sicherlich übertroffen hat.

Durch die Gründung einer eigenen Kammer schaffen sie sich eine eigene Interessenvertretung. Überlegungen, diese gemeinsam mit der Ärztekammer zu haben, wollten beide Seiten nicht. Dennoch wird sicherlich zu überprüfen sein, inwieweit organisatorisch gemeinsame Grundlagen geschaffen werden - handelt es sich doch beiderseits um medizinische **Heilberufe**. Einzelne Punkte wie die Ausrichtung der Grundrichtungen und Fragen der Weiterbildung werden sicherlich noch eine große Rolle in den weiteren Erörterungen spielen.

Eines ist auch klar: Eine eigene Kammer lässt sich nur über die Beiträge ihrer Mitglieder finanzieren und die sollten möglichst niedrig sein. Sie sind es dann, wenn möglichst kostengünstig gearbeitet wird. Insoweit wird sich die Frage stellen, wie die Form der organisatorischen Zusammenarbeit genutzt werden kann.

Die CDU stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu und wünscht der jüngsten Kammer in unserem Land viel Erfolg.

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Renate Gröpel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich hoffe, es wird mir niemand als Geringschätzung auslegen, wenn ich auf meine Redezeit verzichte und Ihnen meinen Redebeitrag sozusagen zu Weihnachten schenke. Frau Ministerin, wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde hier aufgefordert, das zu unterbreiten.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Zwei Sätze noch dazu! Auch wir unterstützen den Gesetzentwurf. Endlich sind die **Psychotherapeuten** nicht mehr am Gängelband der Ärzte. Ich darf hier noch einmal daran erinnern, dass im zweiten Halbjahr 1999 überall in der Bundesrepublik plötzlich das Budget für die Psychotherapie nicht mehr ausreichte, weil es offensichtlich für andere Arztgruppen verwendet wurde. Spätestens nach diesem Ereignis, das in vielen Bundesländern viele Fachleute unter den Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in den Ruin getrieben hat, war es überfällig, dass wir eine Kammer bekommen.

Auch wenn wir auf eine solche Zwangsinstitution durchaus ein kritisches Auge werfen, muss angesichts dessen, dass wir nun einmal ein Kammersystem in Deutschland haben, auch diese Berufsgruppe ihre Kammer finden.

Nachdem es sehr lange Auseinandersetzungen unter den sehr vielfältigen Berufsverbänden gegeben hat, ist es dem Ministerium gelungen, alle an einen Tisch zu bringen, alle auf diesen Gesetzentwurf zu vereinigen, die Weiterbildung zu regeln und so weiter.

Ich wünsche der Kammer, wenn sie sich jetzt gründet, viel Erfolg und Durchsetzungskraft und auch eine Weiterentwicklung der Psychotherapie in fachlicher Hinsicht. Gerade dafür bietet ja auch die Kammer eine Möglichkeit. Weil wir uns hier alle einig sind, können wir schnell zur Abstimmung schreiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich wurde gebeten, mich den Worten von Herrn Dr. Garg anzuschließen. Dem kann ich leider nicht folgen, aus dem ganz einfachen Grunde, dass wir - wie ich bereits im Sozialausschuss angekündigt habe - diesem Gesetz nicht zustimmen können. Das werde ich Ihnen jetzt erklären.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Pfui!)

(Silke Hinrichsen)

- Vorsicht, bevor Sie das sagen!

Der Hintergrund für die Einrichtung der **Psychotherapeutenkammer** ist natürlich sehr erfreulich: Könnte sich früher jeder Pferdeflüsterer Psychotherapeut nennen, eine Couch kaufen und im Leben anderer Menschen herumpfuschen, so hat der Staat jetzt endlich die Verantwortung dafür übernommen, dass Bauernfänger und Scharlatane nicht länger psychotherapeutische Dienstleistungen anbieten dürfen. Das kann man nicht hoch genug einschätzen. Die logische Folge daraus ist, dass sich die Psychotherapeuten auch organisieren wollen und müssen.

Bereits mit dem Psychotherapeutengesetz aus dem Jahr 1998 sind bestimmte Berufe als eigenständige und eigenverantwortlich behandelnde Heilberufe geschaffen worden. Den Ländern wurde auferlegt, entsprechende Kammern für Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten zu errichten. Dadurch können diese Aufgaben im Wege der Selbstverwaltung geregelt werden.

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer erhalten circa 1.000 Personen eine eigene Kammer. Diese Institution soll Berufspflichten und deren Erfüllung sowie die Erhebung von Daten und deren Verarbeitung regeln. Diese Aufgaben hätten ansonsten durch die Landesverwaltung wahrgenommen werden müssen.

Aber es handelt sich eben nicht nur um die Errichtung einer Psychotherapeutenkammer, sondern es finden durch die Änderung des Heilberufegesetzes ganz erhebliche Änderungen statt, die Auswirkungen auf die anderen **Heilberufe** haben. Die Rügeerteilung entfällt aus dem Gesetz. Darüber hinaus wird - was sehr erfreulich ist - in § 5 die Qualitätssicherung genauer als vorher ausgeführt. Die Kammern können nunmehr nähere Bestimmungen zur Qualitätssicherung treffen und insbesondere die Erteilung von Qualitätszertifikaten regeln. Das wird hoffentlich langfristig zur Weiterentwicklung der Berufe beitragen, die durch das Heilberufegesetz umfasst werden - und nicht nur der Psychotherapeuten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum lehnt ihr das denn ab?)

- Das kriegst du gleich zu hören.

Grundsätzlich ist es aber gut, eine Instanz für die Psychotherapeuten einzurichten. Aber wir haben in diesem Hause schon mehrmals gesagt, dass wir nach wie vor gegen das Kammersystem sind. Das aus der alten berufsständischen Ordnung abgeleitete Kammerwesen ist kein geeignetes und zeitgemäßes Instrumentarium zur Vertretung berufsmäßiger Interessen und Überwa-

chung von ordnungsgemäßer Aufgabenerfüllung. Aus diesem Grunde und weil der SSW die Kammern mit ihrer Zwangsmitgliedschaft, wie sie bisher organisiert sind, ablehnt, werden wir dem Gesetz nicht zustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Günter Neugebauer [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Sozialministerin das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grund, Entstehung, Inhalt, Machart und Akzeptanz des Gesetzes sind hier ausreichend gewürdigt worden. Ich bedanke mich dafür und für das Interesse, dass hier in zweiter Lesung eine Aussprache stattfindet. Ich bedanke mich für die überwiegend signalisierte Zustimmung. Das macht es uns möglich, jetzt sehr schnell mit der Errichtung der Kammer zu beginnen.

Die grundsätzliche Ablehnung des Kammersystems muss ich so hinnehmen. Allerdings können nun nicht just die Psychotherapeuten als jüngster Kammerberuf darunter leiden.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Der Stein, den die Sozialpolitiker bei mir im Brett haben, ist größer als das Brett selbst.

(Heiterkeit)

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW sowie mehrerer Abgeordneter der SPD ist dieses Gesetz angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften**

Landtagsbeschluss vom 11. Juli 2001  
Drucksache 15/1064

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1254

Ich erteile Herrn Minister Müller zur Berichterstattung das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Der Landtag hat im Juli die Landesregierung um einen Bericht über die Maßnahmen der GMSH zur Reduzierung der Kosten für **Ver- und Entsorgung** bei den Landesliegenschaften gebeten. Bereits zuvor wurde unter Einbindung von Fachleuten der GMSH, der IB und dem Land ein Konzept erarbeitet und durch das Kabinett am 16. Juli 2001 gebilligt. Mit dem Konzept sollen dem im Geschäftsbesorungsvertrag festgelegten Ziel entsprechend die Kosten um 20 % reduziert werden.

Das Konzept bildet mit den zwei Teilkonzepten Energiekosten und Entsorgungskosten die Grundlage des Ihnen nun vorliegenden Berichtes. Zusätzlich wird das Projekt zur Einführung eines Umweltmanagementsystems nach EG-Ökoaudit-Verordnung vorgestellt.

Die GMSH setzt zur Senkung der Energiekosten auf ein prozessorientiertes **Energiemanagement**. Der Gesamtprozess kann durch drei laufende Bewirtschaftungsaufgaben der GMSH, Betriebsoptimierung, Energiebeschaffung und Energiecontrolling, abgedeckt werden. Ergänzend wirkt ein vierter Bereich, der auf die Erarbeitung weiterführender Konzepte und die Durchführung gesonderter Energiesparmaßnahmen zielt.

Ich möchte aus dem vielfältigen Maßnahmenbündel nun einige herausgreifen.

In dem Bereich Betriebsoptimierung können allein durch Beratung und Aufklärung der Nutzer und Betreiber durch die GMSH unmittelbar erhebliche Einsparpotenziale erschlossen werden. Die optimale Einstellung, Überprüfung und Überwachung von Steuerungs- und Regelungseinrichtungen der heizungs- und raumluftechnischen Anlagen wird ebenfalls im hohen Maße Energie sparen.

In dem Aufgabenkreis Energiebeschaffung werden die bestehenden Verträge überprüft, die vertraglichen Einsparpotenziale erkannt und effektive Abnahme- und Auslastungskonzepte erarbeitet werden.

Zu den Maßnahmen im Bereich Energiecontrolling zählen unter anderem objektspezifische und übergreifende Energieberichte und Bilanzen. Diese ermöglichen Vergleiche mit anderen Liegenschaften und eine fortlaufende prioritätsgesteuerte Analyse über die Effektivität möglicher Maßnahmen.

Zu dem vierten Konzeptbereich gehört die Einbindung der Dienststellen, um durch nutzerspezifische Maßnahmen das Energiesparverhalten der Nutzer zu för-

dern sowie das Erkennen und Nutzen investiver Energieeinsparpotenziale.

In diesem Zusammenhang greift auch die Richtlinie des BMVBW. Das Bundesministerium hat für die Durchführung von Bundesbaumaßnahmen den „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ erlassen. Die Richtlinie zielt auf die Minimierung des Verbrauchs von Energie und Ressourcen sowie auf eine möglichst geringe Belastung des Naturhaushalts.

Wir haben die Ressorts und die **GMSH** gebeten, künftig auch bei hiesigen Baumaßnahmen den Leitfaden zu beachten. Dem Gedanken der Nachhaltigkeit wird hier weiteres Gewicht verliehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Teilkonzept zur Senkung der Entsorgungskosten wird der Aufgabenbereich der Abfallentsorgung zurzeit hinsichtlich gesetzlicher Vorgaben, zu denen insbesondere das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zählen, aufgearbeitet. Das Abfallmanagement wird in Analogie zum Energiemanagement in prozessorientierter Form ausgestaltet. Ansatzpunkte sind Abfalldaten- und Vertragscontrolling, die zur laufenden Optimierung der Abfallentsorgung und zu weiterführenden Konzepten zur Abfallentsorgung führen sollen.

Mit Beschluss vom 16. Juli hat das Kabinett das Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten und das Ministerium für Finanzen und Energie gebeten, darauf hinzuwirken, dass bei der GMSH ein **Umweltmanagementsystem/Ökoaudit** eingeführt und eine Registrierung der GMSH im Europäischen Standortregister bis Ende 2003 angestrebt wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ziel ist es, alle umweltrelevanten Aspekte des Standortes zu erfassen und auf dieser Basis weitere Verbesserungen vorzunehmen.

Auch wenn das Konzept erst im Juli dieses Jahres durch das Kabinett gebilligt wurde, so können wir Ihnen bereits heute einige konkrete Ergebnisse nennen und Prognosen aufstellen.

Im Bereich des Vertragscontrollings Strom sind bis Ende 2000 bereits gut 12 % der Ver- und Entsorgungskosten beziehungsweise 2,2 Millionen DM pro Jahr nachhaltig eingespart worden.

Durch investive Energiesparmaßnahmen können mindestens weitere 300.000 DM pro Jahr gespart werden. Detailliertere Aussagen können hierzu erst im Zuge der ingenieurmäßigen Bearbeitung getroffen werden.

**(Minister Klaus Müller)**

Ungefähr weiter 10 % sind durch Betriebsoptimierung und Energiecontrolling zu erreichen.

Wichtig ist, dass alle Vertragspartner mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Erarbeitung und Umsetzung weiterer Einsparmöglichkeiten konsequent und erfolgsorientiert mitwirken. Die Landesregierung ist sicher, mit den vorgestellten Konzepten und Maßnahmen das Einsparziel des Geschäftsbesorgungsvertrages nachhaltig zu übertreffen. Dies sage ich in Vertretung des Kollegen Energieministers.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW - Holger Astrup [SPD]: Ausgezeichnet! Gut vorgelesen!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Steincke.

**Berndt Steincke [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat am 11. Juli die Landesregierung um einen Bericht gebeten, wie sie das Ziel von 20 % Einsparungen bei der Ver- und Entsorgung von Landesliegenschaften erreichen will, und zwar in einem Zeitraum von fünf Jahren. Es ist ein sehr ergeiziges Ziel, 20 % einzusparen.

In der Drucksache, die Ihnen vorliegt, wird berichtet, dass die Landesregierung dafür drei Konzepte gebilligt hat: erstens das Konzept zur Senkung der Energiekosten, zweitens das Konzept zur Senkung der **Entsorgungskosten** und drittens die Einführung eines Umweltmanagementsystems. Bereits in dem Papier selbst gibt es Widersprüche und Aussagen, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob die 20 % Einsparungen realistisch sind, selbst wenn ein Teil der Energieeinsparungsmaßnahmen durch so genannte Flächenreduzierungen erreicht werden kann.

Zum zweiten Konzept, zum Beispiel den Entsorgungskosten, heißt es auf Seite 16, dass zurzeit das Kosteneinsparpotenzial bei der Abfallentsorgung nicht genau beziffert werden könne. Auf Seite 6 können keine konkreten Zahlen zu Personalkosten genannt werden. Auf Seite 12 wurde der Personalaufwand ebenfalls nicht beziffert.

Für die laufende Optimierung der Abfallentsorgung wie zum Beispiel die Überwachung einer konkreten, korrekten Behälterfüllung und einer optimierten Trennung wären zum Beispiel zusätzliche Personalkosten unvermeidbar. Dazu werden Konzepte zur Abfalloptimierung mit verwaltungsaufwendigen Abfallbilanzen

und einem Abfallwirtschaftskonzept nicht gerade Kosten senken.

Auch im dritten Bereich, dem **Umweltmanagementsystem**, lassen die Ausführungen der Vorlage nicht gerade erkennen, dass wirklich Einsparungen erzielt werden. Es sollen nämlich Standorterfassungen vorgenommen werden, ein Umweltprogramm für Verbesserungen, Regelungen zum Aufbau und zur Ablauforganisation eingeführt sowie regelmäßige Fremdkontrollen und Standortregistrierungen durchgeführt werden. Auch diese Schritte sind sehr verwaltungsaufwendig und kosten Personal.

Bleibt der Bereich **Einsparungen** bei den Energiekosten. Erfolg versprechend erscheint mir, zum Beispiel durch große Ausschreibungslose günstige Strompreise erzielen zu können. Bitte stellen Sie sich aber einmal die aus der Drucksache erkennbaren Verwaltungsabläufe vor. Unter den 20 Arbeitspunkten, die dort aufgelistet werden, werden zum Beispiel Beratung und Aufklärung von Nutzern und Anlagenberatern, Schaffung des operativen Bewirtschaftungspersonals, technische Überprüfung und Überwachung von Anlagen, Verbrauchsdatenerfassung, Erstellung von übergreifenden Energieberichten, fortlaufende, prioritätsgesteuerte Analysen des Anlagen- und Gebäudebestandes und so weiter angeführt. Das sind sehr verwaltungsaufwendige Vorgänge.

Der Bericht gipfelt in seiner eigenen Skepsis sogar noch in dem Satz auf Seite 19:

„Über die letzten Jahre zeigte sich zum Beispiel bei dem im Rahmen der Testphase untersuchten Pilotprojekten ein Anstieg, im Wesentlichen des Stromverbrauchs, von fast 30 % (trotz gleichzeitig durchgeführter umfangreicher Energiesparmaßnahmen).“

Ich schlage der Regierung daher im Namen meiner Fraktion vor, nach einfacheren und besseren Wegen zu suchen, wie das vielfach in Firmen und im Privatbereich gemacht wird,

(Beifall bei der CDU)

und das einfach deshalb zu tun, weil man mit diesem Konzept sehr teuren Sachverstand einkaufen muss, teure Schulungen des eigenen Personals durchführen, viel Papier für Statistik produzieren muss. Man könnte Teile dieser Aufgaben kostengünstiger delegieren. So kann man zum Beispiel bei den Stadtwerken meiner Heimatstadt über Wärmegesellschaften zusammen mit der Handwerkerschaft ein Modernisierungspaket in Auftrag geben. Dabei werden alle Modernisierungsinvestitionen von der Gesellschaft getragen und finanziert, die Wartung, die Reparaturen, die Betriebsführung und die Erneuerung der Anlagen übernommen.



**(Berndt Steincke)**

Zugesichert werden sinkende Energiekosten und keine Gesamtkostenerhöhung. Das spart Kapital, Bürokratie und verbessert durch moderne Energieanlagen automatisch auch die Ökobilanz.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeit reicht leider nicht aus, weitere konstruktive Vorschläge zu machen. Deshalb komme ich zum Schluss.

Wir halten das vorliegende Konzept für zu theoretisch und zu verwaltungsaufwendig und bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht einfachere Wege gefunden werden können. Wir erkennen durchaus die Bemühungen des Ministeriums an und raten der Regierung, für die Einsparung in der erhofften Höhe Alternativpunkte zu setzen und nicht die vollen 20 % in die Haushalte aufzunehmen, weil sie aus unserer Sicht auf Dauer nicht erreichbar sein werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Das bedingt eine andere Finanzierung. Ich hoffe, dass in der Ausschussarbeit noch einige Ideen zum Tragen kommen, die das ganze System etwas einfacher und damit kostengünstiger machen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Gröpel das Wort.

**Renate Gröpel [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass am Freitag Nachmittag bei den meisten schon so viel Energie verbraucht ist, dass man meint, man könnte vielleicht Punkte einsparen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Lassen Sie mich diesen Bericht trotzdem würdigen. Das fällt unter das Motto: Tue Gutes und sprich darüber!

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanz- und Energieministeriums für den detaillierten Bericht zur Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften danken. Stellvertretend danke ich auch Herrn Minister Müller,

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

der das sicherlich an seine Kollegen weitergeben wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat er nach gestern auch nötig!)

Dieser Bericht gibt einen guten Überblick über bereits ergriffene Maßnahmen sowie handfeste Handlungsweisen für die Zukunft.

Ein wesentliches Ziel bei der Gründung der GMSH und der **Übertragung der Liegenschaften** war eine bessere **Kostentransparenz** bei der Nutzung und Bewirtschaftung der Gebäude sowie eine Reduzierung der Ver- und Entsorgungskosten. Schwerpunktmäßig sollten die Energiesparmaßnahmen sowie ein Energiemanagement dargestellt werden.

Der Bericht zeigt auf, welche Erfolge bereits erzielt werden konnten, aber auch, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sind. Die Handlungsfelder zur Senkung der **Energiekosten** sind hier schon vom Minister und meinen Kolleginnen und Kollegen dargestellt. Ich denke, ich kann darauf verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Nach Auffassung der SPD-Fraktion muss die Priorität bei der Verringerung des Energieverbrauchs liegen - einerseits, um die erwünschte Kosteneinsparung zu erreichen, andererseits aus Verpflichtung zum Klimaschutz.

Das aufgeführte **Energiecontrolling** bietet dafür gute Voraussetzungen. Dazu gehören eine DV-gestützte Verbrauchsdatenerfassung und eine Verbrauchsüberwachung, jährliche objektbezogene Energieberichte und ein Benchmarking - ich weiß nicht, ob Herr Greve da ist: Steuerung über Kennzahlen -

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Sandra Redmann [SPD] und Lars Harms [SSW])

für die Liegenschaften sowie die technische Überprüfung des Anlagen- und Gebäudebestandes.

So ergaben zum Beispiel die im Jahr 2000 durchgeführten Regelungen selten eine optimale Einstellung des Heizbetriebes. Ebenso wichtig ist die energetische Verbesserung der Anlagen und Gebäude, das heißt investive Energiesparmaßnahmen, vor allem im Zusammenhang mit Instandhaltungsmaßnahmen. Auch das war schon Gegenstand der Beratung über das Thema Modernisierung von Gebäuden, die übertragen worden sind.

Im Jahr 2000 sind 120 Maßnahmen durchgeführt worden, die an die mietfinanzierte Instandhaltung gekoppelt waren. Für das Jahr 2001 sind es circa 300 Maßnahmen. Allein durch diese **Investition** können jährlich mindestens 300.000 DM eingespart werden.

Die Energiebeschaffung ist ein weiterer wichtiger Punkt. Auch das wurde gesagt, dass nämlich in Nachverhandlungen bereits eine Kostenersparnis von

**(Renate Gröpel)**

2,2 Millionen DM erzielt werden konnte. Durch die Bündelung von Verträgen nach dem Auslaufen der Vertragszeiten und damit verbundenen größeren Energiemengen ist zukünftig mit weiteren verbesserten Konditionen zu rechnen. Ich begrüße die Absicht der Landesregierung, dass sie vor einer Ausschreibung prüfen wird, inwieweit der Energiebedarf im Zusammenhang mit der ersten Ausschreibung durch die GMSH gepoolt werden soll und ob und wie weit **Kontingente** so genannten **Ökostroms** ausgeschrieben werden sollen. Durch das Energieeinspeisegesetz haben sich die Rahmenbedingungen für die Erzeugung regenerativer Energien erheblich verbessert. Daher stellt sich die Frage, ob es noch notwendig ist, eigene Kontingente für den so genannten Ökostrom auszuscheiden. Allerdings erwartet die SPD-Fraktion, dass bei den Mengenausschreibungen den regionalen Anbietern wie den Stadtwerken eine faire Chance gegeben wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Da der Energieverbrauch auch vom Nutzerverhalten abhängig ist, ist die Beratung von Nutzern und Anlagenbetreibern ein weiterer wichtiger Ansatz. Dazu ist die Bewusstseinsbildung und die Bereitschaft zur Umsetzung der Einsparziele aller Vertragspartner, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ressorts, notwendig. Eine gute Einbeziehung und Motivation durch Beteiligungsmöglichkeiten bietet zudem die Einführung eines **Öko-Audits**. Herr Steincke, ich glaube, es ist nachgewiesen worden, dass alle, die das Öko-Audit durchgeführt haben, sowohl im ökologischen als auch im ökonomischen Bereich Erfolge erzielt haben. Das heißt, es wird dadurch auch kostengünstiger werden.

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich besonders, dass das Bundesbauministerium und das Finanz- und Energieministerium des Landes für die Durchführung von Baumaßnahmen einen „Leitfaden nachhaltiges Bauen“ verabschiedet hat, den die GMSH jetzt anwendet. Auch das wird zukünftig dazu führen, Geld zu sparen.

Mit der Einführung des Öko-Audits bei der GMSH und der Umsetzung zum nachhaltigen Bauen wird Schleswig-Holstein wiederum seiner Vorbildrolle beim eigenen Handeln gerecht.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insgesamt ist die GMSH mit den vorgelegten Konzepten und Maßnahmen auf einem guten Weg. Ich bin sicher, dass damit die vorgegebenen Einsparziele erreicht werden können. Ich denke, wir sollten Ihre Vorschläge im Ausschuss aufgreifen, Herr Steincke, und darüber ausführlich beraten. Es waren gute Ansätze darin enthalten.

Ich beantrage die Überweisung federführend an den Finanzausschuss und mitberatend in den Umweltausschuss.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal bei den Antragstellern dafür, dass sie uns in der Begründung noch einmal eindringlich verdeutlicht haben, dass Energieeinsparungen die Energiekosten senken.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Allerdings muss ich anmerken, dass dies nicht nur - wie es im Antrag steht - bei tendenziell steigenden Energiepreisen gilt, sondern eigentlich immer.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sind die Auswirkungen von PISA!)

- Genau.

Ich bedanke mich bei dem Minister dafür, dass er uns in seinem Bericht noch einmal eindringlich verdeutlicht hat, dass rechtzeitiges Lichtausmachen und preiswerter Einkauf unter sonst gleichen Bedingungen die Kosten senken.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Caroline Schwarz [CDU])

Jetzt wissen wir, warum es in Schleswig-Holstein die Personalunion zwischen dem Finanz- und dem Energieminister gibt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Ich weiß nicht, ob wir das alles ohne Ihre Hilfe hätten verinnerlichen können.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Jetzt haben wir auch endlich eine einleuchtende Begründung dafür, warum wir die GMSH brauchen. Es stellen sich allerdings die Fragen, ob wir uns dafür den Immobiliendeal auf den Hals laden mussten und warum das nicht beispielsweise die Energiestiftung oder ein externes Unternehmen hätte erledigen können, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Bericht gibt sehr detailliert wieder, mit welchen Schritten, Ver- und Entsorgungskosten gesenkt werden sollen: Man hat ein Ziel, stellt die Lage fest, beurteilt die unterschiedlichen Möglichkeiten auf ihre Zweckdienlichkeit und wählt die beste Lösung. Das scheint uns ein widerspruchsfreies Konzept zu sein. Viel Erfolg bei der Umsetzung und demnächst sollten wir vielleicht heute hier auch das Licht ausmachen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den vorgelegten Bericht, wir haben den mündlichen Beitrag der Regierung und wir haben die Anregungen von Herrn Steincke. Wir sollten alles zusammen ausführlich im Ausschuss beraten.

Ich glaube, es war richtig, dass der Bericht von uns angefordert worden ist. Bei der Vorlage eines Berichtes bietet es sich natürlich immer an, die wesentlichen Sätze zu zitieren, Frau Aschmoneit-Lücke. Aber das Ziel ist ja, dass wir als Parlament kontrollieren, dass das, was wir der Regierung mit auf den Weg gegeben haben, auch stattfindet. Ich glaube, dass wir zwar auf dem richtigen Weg sind, dass wir aber darauf achten müssen, dass die 20 %, die in fünf Jahren an Ver- und Entsorgung eingespart werden sollen, auch tatsächlich eingespart werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Real oder nominal!)

Für meine Fraktion möchte ich noch einmal sehr deutlich machen, dass der Schwerpunkt beim Energieeinsparen nicht das billige Einkaufen ist, sondern

Schwerpunkt muss aufgrund der **CO<sub>2</sub>-Problematik** sein, dass real Energie eingespart wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben Sie bei Kernkraft nicht!)

- Herr Kayenburg, wenn Sie mir etwas mitteilen möchten, dann jetzt!

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Ja, ich hatte den Zwischenruf gemacht, dass Sie die CO<sub>2</sub>-Problematik bei der Kernkraft nicht haben!)

- Ich habe eben nicht von Atomkraftwerken gesprochen, sondern ich hatte gesagt - ich glaube, darüber gibt es Konsens bei uns allen -, dass wir über Energie sparen den Ausstoß von CO<sub>2</sub> vermindern wollen. Das dürfte nicht strittig sein. Wenn das strittig ist, sollten wir noch eine Stunde miteinander diskutieren.

(Klaus Schlie [CDU]: Kein Problem! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nicht heute!)

Wir freuen uns, dass der Instandhaltungsstau Stück für Stück behoben wird. Das ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Ich habe das oft genug deutlich gemacht. Ich glaube, dass die **GMSH** bei aller Problematik hierzu nicht nur beitragen kann, sondern dass sie dazu auch beiträgt. Das haben wir gerade im letzten Jahr gesehen.

(Unruhe)

- Ich habe viel Zeit. Ich habe noch 2:40 Minuten, wenn Sie noch etwas zur Debatte beitragen wollen, tun Sie das.

Gut, ich möchte das nicht weiter in die Länge ziehen, da wir miteinander im Ausschuss noch darüber diskutieren werden. Ich möchte nur noch einen letzten Punkt ansprechen, das ist die EDV-Problematik. In dem Bericht wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der zunehmende Einsatz von EDV, von Computern, zu einer Steigerung des Energieverbrauchs führt. Ich hoffe, dass die GMSH sich dieser Problematik annimmt und dort zu Sparvorschlägen kommt, die möglich sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Taschenrechner mit Batterien!)

Ich mache dann jetzt einfach mal Schluss.

(Heiterkeit)

Ich denke, die Aufmerksamkeit ist begrenzt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie aufhören zu reden, spart das auch Energie!)

**(Monika Heinold)**

Das gemeinsame Ziel der Energieeinsparung steht. Das haben wir miteinander geklärt. Wir freuen uns alle miteinander auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Harms, Sie haben das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dem guten Beispiel des Kollegen Garg folgen und schenke Ihnen die Redezeit zu Weihnachten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ik wansch jam en fröiliken jül än luk än freese önjt nai iir. Foole tunk!

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Umweltausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig.

Haben Sie etwas dagegen, Frau Spoorendonk?

(Anke Spoorendonk [SSW]: Nein!)

- Nein.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1071

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 15/1364

Herr Abgeordneter Beran ist wieder anwesend, ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

**Andreas Beran [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich wieder etwas Energie aufgetankt habe, stehe ich dann auch wieder zur Verfügung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Konzentrieren Sie sich bitte auf Ihren Bericht.

**Andreas Beran [SPD]:**

Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 8. November 2001 dieses Thema beraten. Während der Beratung hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag gestellt: Die Landesregierung soll im zweiten Quartal 2002 einen Bericht über den Sachstand, die Struktur, die Handlungsmöglichkeiten sowie Perspektiven zum Bereitschaftsdienst von Ärztinnen und Ärzten in Krankenhäusern unter besonderer Berücksichtigung der in dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/1071, aufgeführten Punkte Nummern 1 bis 6 abgeben. Der Sozialausschuss hat daraufhin alternativ über beide Anträge abgestimmt. Der Antrag der Fraktion der CDU erhielt vier Stimmen, der Antrag der Fraktion der SPD erhielt sieben Stimmen. Damit war der Antrag der Fraktion der SPD angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag damit, die Landesregierung aufzufordern, im zweiten Quartal 2002 einen Bericht über den Sachstand, die Struktur, die Handlungsmöglichkeiten sowie Perspektiven zum Bereitschaftsdienst von Ärztinnen und Ärzten in Krankenhäusern abzugeben. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Fragen, auf die besonders eingegangen werden soll, die Sie in der Drucksache wiederfinden.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichtersteller für den Bericht. Wortmeldungen dazu sehe ich nicht; dann eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frohe Weihnachten, jetzt kommt Knecht Ruprecht!)

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass Sie ohne Aussprache vom Hof kommen wollen, aber diesen Gefallen tue ich Ihnen nicht, auch am vorweihnachtlichen Abend nicht.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

(Werner Kalinka)

Seit langem ist das Problem bekannt, seit Juli 2001 liegt dem Landtag ein CDU-Antrag vor.

(Konrad Nabel [SPD]: Nur einer! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Peng, peng!)

- Es gibt Beiträge, die sich durch das eigene Niveau disqualifizieren.

Im November 2001 hat das Kieler **Arbeitsgericht** eine Entscheidung mit bundesweiter Bedeutung getroffen. Dennoch haben bis heute weder die Landesregierung noch Rot-Grün, noch die FDP oder der SSW auch nur irgendeinen konkreten Vorschlag zu diesem Thema unterbreitet.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU] - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist unglaublich!)

Ich finde es schon in hohem Maße beachtlich, in welcher Form Sie uns ständig kritisieren, sich Ihre Aussagen aber auf das Kritisieren erschöpfen, jedoch keinen eigenen Vorschlag enthalten.

(Arno Jahner [SPD]: Weil Sie im Ausschuss nichts sagen!)

- Wissen Sie, Herr Kollege Jahner, wir haben im Ausschuss einen Vorschlag mit Details vorgelegt. Reden Sie hier doch nicht wider besseres Wissen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch die Landesregierung hat bis jetzt keinen Vorschlag unterbreiten können. Das ist ein politisches Armutszeugnis.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt insbesondere für eine Landesregierung, die den Anspruch erhebt, Schleswig-Holstein zur Nummer eins im Wellness- und Gesundheitsbereich machen zu wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wissen Sie, zu Zielen zu klatschen reicht nicht, das Handeln und die Tat sind entscheidend. Das ist der Punkt, an dem Sie Ihre Defizite haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeit drängt. Entscheiden die Gerichte letztinstanzlich im Sinne des Kieler Arbeitsgerichtes, kommen Kosten von 1,5 bis 2 Milliarden DM auf die Arbeitgeber, auf die Krankenhäuser, zu.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kalinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Dr. Garg, wenn es kurz geht.

**Heiner Dr. Garg [FDP]:** Herr Kollege Kalinka, ist Ihnen bekannt, dass das Kieler Gericht vor zwei Tagen wiederum in einem ähnlichen Fall entschieden hat, und zwar völlig anders als beim ersten Mal?

- Ja, das ist völlig klar. Der Fall lag allerdings auch so, dass es sich eindeutig nicht um Bereitschaftsdienst handelte.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Kompromiss in dieser Frage, einen Kompromiss durch Änderung des **Arbeitszeitgesetzes** oder der Tarifverträge.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Und Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Sie uns im Ausschuss gesagt haben, es sei keine Aktivität nötig, nehmen Sie zur Kenntnis, dass durch die Bundesregierung eine Änderung der **Bundespflege-satzverordnung** zum Jahr 2003 kommt, um 200 Millionen DM zur Linderung dieses Problems zur Verfügung zu haben. Es ist also sehr wohl etwas möglich - im Gegensatz zu dem, was Sie uns über Monate hinweg gesagt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Gute Regierung!)

Meine Damen und Herren, es ist nur noch peinlich. Sie sind doch diejenigen, die gern die Dialognotwendigkeit betonen. Richtig. Aber dass Sie noch nicht einmal bereit waren, im Ausschuss dem Vorschlag der CDU zuzustimmen, den Marburger Bund als Interessenvertretung der Ärzte nur zu einem Gespräch einzuladen, das entspricht verdammt wenig politischer Diskussionskultur in diesem Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Wegschauen ist keine Politik. Deswegen ist die Empfehlung des Sozialausschusses bedauerlich.

Nun gäbe es manchen, der würde vielleicht sagen, immerhin hat Rot-Grün ja im Ausschuss entschieden, dem CDU-Vorschlag, einen Bericht anzufordern, zuzustimmen. Mancher wäre vielleicht sogar stolz zu hören, die CDU-Vorschläge waren so gut, dass die Landesregierung in der ganzen Sache zumindest darauf antworten sollte.

**(Werner Kalinka)**

Nur, meine Damen und Herren, ein Thema, das seit Jahren bekannt ist, das seit einem halben Jahr mit konkreten Vorschlägen diskutiert wird und zu dem man sich dann trotzdem nicht positionieren kann, wird zu lange diskutiert. Hier wäre Handeln notwendig. Das Thema der Überbelastung der Ärzte ist ein aktuell wichtiges Thema. Es bleibt auf der Tagesordnung. Durch Ihre Nichtentscheidung und Verzögerung haben Sie den Ärztinnen und den Ärzten, den Arbeitgebern und den Kassen keinen Gefallen getan. Sie haben eine große politische Chance in dieser Frage verpasst.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jahner das Wort.

**Arno Jahner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist der Moment, wo man sich beliebt machen kann. Ich sage es noch einmal: Wir hatten uns ja vereinbart, dass wir bei Zweiminutenbeiträgen bleiben. Ich will versuchen, es wirklich kurz zu machen.

Herr Kalinka, ich habe das jetzt bei Ihnen nicht verstanden. Wir haben im Sozialausschuss zusammen diskutiert und wir haben uns auch darüber geeinigt. Wir haben zum Schluss zu Ihren Beispielen, die wir mit hineingenommen haben, einvernehmlich gesagt: Wir warten auf einen Bericht im zweiten Quartal 2002.

(Wortmeldung des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Bleiben Sie sitzen, Sie bekommen von mir nicht die Zustimmung zu einer Zwischenfrage.

(Heiterkeit)

Warum - das ist hier jetzt ernsthaft die Frage - warten Sie diesen Bericht nicht ab, damit wir dann endlich auch auf vernünftiger Basis darüber diskutieren können? Nur auf der Grundlage dieser Einschätzung des Fachministeriums werden wir unsere weiteren Diskussionen fortsetzen.

Herr Kalinka, Sie können Ihre Argumente gleich in einem weiteren Dreiminutenbeitrag vortragen. Aber ich habe es mir vorgenommen, bei meinen zwei Minuten zu bleiben.

Nur noch so viel: Wahr ist, dass die Spitzenfunktionäre der Ärztekammer einen neuen Schutzpatron brauchen, unwahr ist, dass das Werner Kalinka ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Kalinka, manchmal kann man sich auch künstlich aufregen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Um es ganz deutlich zu sagen: In der Frage, dass die Arbeitsbelastung vieler Ärztinnen und Ärzte an den Klinika - übrigens nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit - in vielen Fällen unerträgliche Arbeitszustände bedeuten, gibt es überhaupt keinen Dissens.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe im Übrigen auch auf der linken Seite - egal ob es die SPD, die Grünen oder der SSW ist - nie Widerspruch gehört, wenn gesagt wurde, dass an manchen Klinika unerträgliche Arbeitsverhältnisse vorherrschen.

Das Problem ist - das habe ich auch mit Ihrem Antrag -, dass jedenfalls aus unserer Sicht jetzt nicht die Zeit für irgendwelche hektischen Aktionen ausgebrochen ist, sondern

(Martin Kayenburg [CDU]: Die ruhige Hand wie beim Kanzler erforderlich ist!)

dass wir in der Tat abwarten müssen, welche Situation es hier in Schleswig-Holstein an den einzelnen Klinika gibt. Aus diesem Grund habe ich für meine Fraktion im Sozialausschuss nicht nur dem Berichts Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD zugestimmt, sondern habe - wenn Sie sich erinnern - ausdrücklich darum gebeten, dass man sämtliche Punkte Ihres Antrages quasi als Leitfaden für den Berichts Antrag nimmt, um sie sauber abzuarbeiten.

Wozu ich nicht bereit bin, ist, dass, nachdem es innerhalb von vier Wochen zwei völlig unterschiedliche Urteile allein aus Kiel zu der von Ihnen angesprochenen Problematik gibt, jetzt eben einmal schnell eine Antwort auf dieses vielschichtige Problem gegeben werden soll. Ich traue es mir nicht zu - ich kann das auch nicht - und ich würde es auch niemandem sonst empfehlen. Insofern würde ich Sie wirklich noch einmal herzlich bitten - auch in Anbetracht der Ernsthaftigkeit dieses Themas -, sich zu fragen, ob es nicht vielmehr Sinn macht, dass wir uns in vier, fünf Monaten diesen Bericht angucken, ihn sauber analysieren, gucken, wo im Einzelnen tatsächlich Schwachpunkte sind und dann dort nacharbeiten.

**(Dr. Heiner Garg)**

Wenn Sie sich schon auf den Marburger Bund berufen, dann müssen Sie dazu auch sagen, dass beispielsweise der **Marburger Bund** nicht immer nur Probleme mit dem derzeit in der Bundesrepublik bestehenden Arbeitszeitrecht hat, sondern insgesamt eine flexiblere Handhabung von Arbeitszeiten an Klinika einfordert. Um es ganz konkret zu sagen: Unsere Forderung beziehungsweise unsere Schlussfolgerung nach Einführung von Schichtdiensten wird so ohne Weiteres nicht geteilt, weil die sagen, das kann man auch flexibler anders handhaben. So einfach, wie sich manche Seite die Antworten vorstellt, ist es nicht.

Deswegen bitte ich Sie noch einmal ganz herzlich: Denken Sie noch einmal darüber nach, ob Sie wirklich das, was Sie vorgeschlagen haben, zur Abstimmung stellen beziehungsweise als Empfehlung hier in den Raum stellen wollen oder ob Sie nicht doch warten wollen, bis wir den Bericht haben, und wir dann auf dessen Grundlage eine vernünftige Debatte führen sollten.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt stellen wir uns einmal alle vor, nach diesen drei Tagen Landtag müssten wir schwierige chirurgische Operationen durchführen. Ich glaube, wir könnten alle Patienten nur bemitleiden, die uns unter die Finger geraten würden.

(Zurufe)

Nun stellen Sie sich vor, Sie hätten auch noch die Nächte durchgearbeitet. - Aber Spaß beiseite.

(Anhaltende Zurufe)

- Offensichtlich werden da bei Schwerstarbeit in der Nacht ganz andere Erinnerungen wach. Ich sehe das schon.

(Glocke des Präsidenten - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU arbeitet schon seit Wochen die Nächte durch!)

- Ja, vielleicht ist darauf auch die Aufgeregtheit von Herrn Kalinka zurückzuführen.

Es ist jedenfalls so, dass dieses Anliegen hier im ganzen Haus als ernstes Anliegen angesehen wird, dass

sich bei den **Bereitschaftsdiensten** der Ärztinnen und Ärzte etwas ändern muss.

Ich kann Ihnen für meine Fraktion jedenfalls deutlich sagen - auch wenn das hier vielleicht von Herrn Kalinka anders aufgefasst worden ist -: Aussitzen ist nicht! Es ist klar: Keine Hektik, weil die nichts bringt. Aber aussitzen ist nicht. Es gibt ja auch Stimmen, die sagen, lasst die **EU-Kommission** doch erst einmal ein bisschen Gras darüber wachsen; rühren wir möglichst nicht daran. Deshalb ist es schon sehr dankenswert, dass Ärztinnen und Ärzte endlich den Mut gefasst haben, vor Gericht zu gehen, und es ist auch in mehreren Urteilen bundesweit der Tenor, dass sich hier etwas tun muss.

Insofern finde ich, Sie können ganz zufrieden sein, Herr Kalinka, dass Ihr Antrag - wie das der Kollege Garg hier ja ausgeführt hat - zum Leitfaden für eine Berichterstattung der Landesregierung werden soll.

Wir hier vom Landtag Schleswig-Holstein werden nun ja nicht vom Norden her die ganze Republik schrittweise mit neuen Arbeitszeiten aufrollen können, die wir hier per Willenserklärung abstimmen. Wir sind weder Tarifpartner noch sind wir Finanziere der meisten Krankenhäuser. Ich glaube, wir sind auch nicht berechtigt, hier einhellig für eine sich höchst unterschiedlich in der Meinungsbildung zeigende Ärzteschaft zu sprechen. Insofern ist unsere Pflicht, glaube ich, an dem Thema dranzubleiben, mit den Fachleuten Gespräche zu führen, und dann, wenn wir sehen, wo gesetzgeberisch Handlungsbedarf ist, dies auch in die Hand zu nehmen, natürlich auch mit den Kollegen auf der Bundesseite darüber zu sprechen. Aber mehr können wir hier nicht tun. Wir sollten uns hier dann auch nicht so aufführen, als könnten wir per persönlicher Willenserklärung auf Knopfdruck die Arbeitszeit in den Krankenhäusern ändern, so sehr man das, wenn man das mit ansieht oder wenn man davon hört, auch möchte.

In diesem Sinne eine etwas versöhnliche Weihnachtsbotschaft: Nehmen Sie unsere Hand an, Herr Kalinka, die wir Ihnen gereicht haben, indem wir Ihren Antrag zur Vorlage für einen Berichtsantrag gemacht haben, und lassen Sie uns dieses Thema nicht weiter im Dissens vertiefen, sondern lassen Sie uns in der Sache vorankommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen** [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der SSW wird der Beschlußempfehlung des Sozialausschusses folgen.

(Konrad Nabel [SPD]: Gut!)

Ich darf trotzdem noch einmal auch aus der Rede des Herrn Kalinka wiederholen, die Arbeitsbedingungen beim Bereitschaftsdienst in den Krankenhäusern sind zwischen den Tarifparteien und nach dem **Arbeitszeitgesetz** zu regeln. Wir sind hier nicht bei der Gewerkschaft und wir sind hier auch nicht im Bundestag, sodass diese Regelungen von hier aus gar nicht getroffen werden können.

Der Bereitschaftsdienst der Ärztinnen und Ärzte ist aber weiterhin in aller Munde, und zwar aufgrund eines neuen Urteils des Arbeitsgerichts Kiel. Trotz allem - ich weiß nicht, ob alle mitbekommen haben, was darin steht -: Der Bereitschaftsdienst ist sehr wohl zu differenzieren,

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Heiner Garg [FDP])

nämlich danach, wo man diesen Bereitschaftsdienst verbringt.

Ausweislich des Antrages der CDU - soweit ich das verstehe -, der weiterhin zur Abstimmung steht, lautet die erste Forderung der CDU, die Zahl der Bereitschaftsdienste soll im Monat auf fünf begrenzt werden, Urlaubszeiten und Freizeitausgleich dürfen nicht zu einer Ausweitung der Zahl der Bereitschaftsdienste führen.

Zweitens. Arbeitszeit und Bereitschaftsdienst sollen zusammenhängend in der Regel 24 Stunden nicht überschreiten.

Eine Differenzierung, wie sie bereits durch das Arbeitsgerichtsurteil vorgenommen wurde, zeigt sich hier überhaupt nicht. Sie sagen einfach, das ist so zu machen. Das kann eigentlich so nicht sein.

Aus diesem Grund möchte ich sagen - da diese Differenzierung Ihrerseits überhaupt nicht vorgenommen wird -, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Wir stimmen der Beschlussvorlage zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka.

**Werner Kalinka** [CDU]:

Meine Damen und Herren, manchmal sollten Betroffene einmal miterleben, wie man mit ihren Problemen umgeht.

Ich möchte noch ganz kurz, aber deutlich etwas zu den einzelnen Punkten sagen. Ich meine, es gehört schon zum nötigen Niveau, dass man sich hier auch auseinander setzt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sie zerreißen das Thema doch!)

Erstens. Wir wollen nichts mit Knopfdruck machen, aber wollen Sie ernsthaft widersprechen, Frau Birk, dass die öffentlichen Arbeitgeber - ob Land, Kommunen oder andere - als Tarifpartner oder dass die Landesregierung über eine **Bundesratsinitiative** zum Arbeitszeitgesetz etwas machen können? Wollen Sie dem ernsthaft widersprechen?

Zweitens. Zu dem Stichwort, der Vorschlag ist von der CDU! Ich denke, die CDU-Vorschläge sind eine gute Grundlage, über die man selbstverständlich diskutieren kann und die man modifizieren kann.

(Unruhe)

- Hören Sie doch einmal einen Augenblick zu. Dann frage ich mich, warum haben Sie die Chance seit Juli nicht genutzt, mindestens einen Änderungsantrag zum CDU-Antrag zu formulieren?

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch! - Silke Hinrichsen [SSW]: Haben wir doch!)

- Wo denn? - Das ist doch schlichtweg falsch, was Sie sagen. Sie haben zu keinem der Punkte - - Wissen Sie, Lautstärke ersetzt keine Argumente.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben zu keinem der Punkte, die wir zum Thema Schichtdienst und zu anderem im Sozialausschuss vorgeschlagen haben, auch nur einen Änderungsantrag vorgetragen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

**Werner Kalinka** [CDU]:

Gern.

**Anke Spoorendonk** [SSW]: Herr Kollege, habe ich das richtig verstanden, dass die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen,



(Werner Kalinka)

jetzt alle in den Berichts Antrag eingegangen sind?

- Als Fragestellung, nicht als Aussage!

(Zurufe)

- Wissen Sie, Ihr schlechtes politisches Gewissen zu diesem Thema merkt man auch daran, dass Sie nicht ernsthaft diskutieren wollen.

Drittens. Wenn man hier seitens der FDP sagt, es seien unerträgliche Arbeitsbelastungen - darin stimme ich Ihnen zu -, dann, Herr Dr. Garg, müssen Sie sich die Frage stellen lassen, ob Sie wirklich dieses halbe Jahr, das jetzt nach unserer Antragstellung schon verloren gegangen ist, nicht hätten nutzen sollen, um über dieses Thema zu diskutieren und dazu konkrete Vorschläge zu machen. Die Frage müssen Sie sich schon stellen.

Wenn der Bericht im zweiten Quartal des nächsten Jahres kommen wird, dann ist doch mit einer Fortsetzung der Debatte vor dem Ende des nächsten Jahres überhaupt nicht zu rechnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie wissen doch ganz genau, woran das liegt! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Letzter Punkt: Herr Kollege Jahner, Sie haben am Anfang gesagt, wir hätten uns im Ausschuss geeinigt. Wissen Sie, zumindest sollte man in seinem Beitrag eine korrekte Wahrnehmung darlegen.

Natürlich haben wir uns im Ausschuss nicht geeinigt. Sie haben den CDU-Antrag mit sieben zu vier Stimmen abgelehnt. Wir haben alternativ abstimmen lassen. Deshalb werden wir unseren CDU-Antrag natürlich befürworten. Bei der Abstimmung über den anderen Antrag werden wir uns enthalten. Sie können sich nicht ernsthaft hier hinstellen und den Eindruck erwecken, als hätten wir uns geeinigt. Sie haben mit Ihrer Mehrheit unseren Antrag abgelehnt!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Kollege, im Ausschuss ist kein Antrag abgelehnt worden. Es wurde alternativ abgestimmt. Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verweise auf meine Ausführungen während der Debatte vom 13. Juli zu diesem Thema. Ich fasse noch einmal zusammen: Wir haben es mit einem schwer wiegenden Problem zu tun. Im Verlauf der

Beratungen im Sozialausschuss hat niemand dem widersprochen. Dieses Problem berührt die Sicherheit von Patientenversorgung und die Gesundheits- und Arbeitsmotivation des ärztlichen - und nicht nur des ärztlichen - Berufsstandes.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Die schwierige Lösung dieses Problems muss zwischen **Arbeitszeitgesetz**, Tarifhoheit, europäischer und nationaler **Rechtsprechung** und Krankenhausorganisations- und Finanzierungsstruktur gefunden werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

- Herr Wadephul, seien Sie doch mal ruhig, wenn Sie nichts davon verstehen!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Lieber Herr Schlie, wer vorgibt, dieses Problem auf Landesebene lösen zu können, disqualifiziert sich selbst.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die letzten Urteile, die in Kiel und in Herne zum Bereitschaftsdienst gesprochen wurden, haben - gegenüber Juli - an den realen Problemen und ihrer notwendigen Lösung überhaupt nichts geändert. Ich werde gemäß des Beschlusses des Sozialausschusses berichten. Wie ich angeboten habe, werde ich auch schon früher berichten, und zwar über das, was im Arbeits- und Sicherheitsausschuss auf Bundesebene passiert. Ich werde auch über das berichten können, was der **Landesrechnungshof**, der zurzeit die Uniklinika in Kiel und Lübeck prüft, zum Thema **Arbeitszeit** und Bereitschaftsdienste herausfindet. Das können wir vorziehen.

Wir erwarten von diesem Bericht gründlichere Erkenntnisse über manche Praxis in den Krankenhäusern. Wie hoch der Problemlösungsdruck auch in Berlin, wo das Problem auf Bundesebene gelöst werden muss, gesehen wird, zeigt die Beschlussfassung des Gesundheitsausschusses des Bundestages, der in der Tat - da haben Sie ausnahmsweise einmal Recht, Herr Kalinka, - beschlossen hat, dass die Krankenhäuser im Rahmen des Fallpauschalengesetzes in 2003 und 2004 jeweils 100 Millionen € bekommen sollen, um dieses Problem anzugehen. Das ist nur ein erster Schritt, aber er geht in die richtige Richtung. Was wir hier im Lande organisatorisch dazu tun können, das haben wir

**(Ministerin Heide Moser)**

längst - vor dem CDU-Antrag - begonnen. Wir werden das weiterführen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich auf der Tribüne eine ehemalige Kollegin. - Herzlich willkommen, Frau Ingrid Olef!

(Beifall)

Ich denke, wir machen es uns einfach. Der Herr Berichterstatter hat die Beschlussempfehlung ausführlich vorgetragen. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW ist die Beschlussempfehlung bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Brandschutz an Kindergärten und Schulen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1402 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir stimmen in der Sache ab.

(Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Heinz Maurus [CDU])

- Wir stimmen also nicht in der Sache ab. Dann gibt es nur noch die andere Möglichkeit. Wir überweisen den Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss. Wer so verfahren will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit der über-

wiegenden Mehrheit der Stimmen des Hauses - bei Gegenstimmen der Abgeordneten Hay und Rother - wurde entschieden, so zu verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

**Modellversuche in der Drogenpolitik**

Landtagsbeschluss vom 28. September 2001  
Drucksache 15/1238

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1441

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir werden so verfahren.

Der Tagesordnungspunkt 25, Bericht zur Biologischen Vielfalt, wird im Januar aufgerufen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Tagesordnungspunkt 45 auch!)

- Herr Abgeordneter Klug ruft richtigerweise: Tagesordnungspunkt 45 auch! Wir werden das tun.

Wir sind am Ende dieser Tagung angelangt. Das war die letzte Landtagsitzung im Jahr 2001. Ich darf Ihnen für die bevorstehenden Ferien alles Gute wünschen. Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Ihren Lieben eine frohe Weihnacht und einen guten und fröhlichen Rutsch ins neue Jahr.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:22 Uhr**